

Courier

**Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäff. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**
Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franko 12 Mk.
Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Exped.: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV. 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr Vorm., 8-1 Uhr Nachm. Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Aufschriften und Adressationen an die Schriftleitung.

Nr. 10.

Berlin, den 7. Mai 1905.

9. Jahrg.

Zum Verbandstage.

Das dampfschnaubende Maschinetroß trägt bereits die Auserwählten der Verbandsmittelglieder nach der ehemaligen freien Reichs- und Handelsstadt Frankfurt, wenn diese Jellen in die Hände der Feiler gelangen. Ein Abschnitt des Verbandeslebens soll dortselbst seinen Abschluß, ein neuer seinen Beginn finden. Es soll geprüft und gewogen werden, was in den letzten 2 Jahren der Organisation gesammelt und was ihr zum Schaden war; alles, was zu leicht oder als Ballast sich herausgestellt, soll über Bord gehen. Neue, bessere Waffen sollen geschmiedet werden, denn auch der Gegner ist nicht müßig gewesen und hat sich zu hartem Kampf gewappnet. Im Anfeindungsprall des Streikturniers dürfen sich unsere Rangen nicht als die schwächeren erweisen, muß unsere Rüstung tüchtig und maßlos sein, müssen wir fest im Sattel sitzen. Das ganze Dasein ist ein Kampf um es selbst, und wer die Ringe am besten zu kreuzen versteht, wird im Tummel des Lebens oben auf bleiben.

Dieser Einsicht hat sich die große Mehrheit unserer Verbandskollegen augenscheinlich nicht verschlossen, die mehr als zahlreich eingelaufenen Anträge zum Verbandstage beweisen es, daß viele Wünsche der Mitglieder in den verschiedensten Orten nach mehr als einer Seite zusammenfließen, zeigt uns ein gesundes, einheitliches Streben nach vorwärts auf der Bahn planmäßiger Entwicklung.

Zu den Anträgen selbst wollen wir, um der Generalversammlung nicht vorzugreifen, nur einige Worte vermelden.

Allgemein wird gewünscht, daß unser Fachblatt in Zukunft wöchentlich erscheinen soll. Diese Anträge sind alte Bekannte von früheren Generalversammlungen her, deren Vertretung sich nur an der finanziellen Seite gescheitert ist. Es gibt in Deutschland keine andere Gewerkschaft mit 44 000 Mitgliedern, die nur über ein alle 14 Tage erscheinendes Fachorgan verfügt. Viele bedeutende kleinere Gewerkschaften haben wöchentlich erscheinende Fachblätter. Auch bei uns muß endlich ein Schritt nach vorwärts getan werden. Es gilt nicht, unnötigen Versammlungsüberflüssigkeit Platz zu schaffen, wohl aber gilt es, das Organ der Stärke des Verbandes entsprechend wehrhaft und schlagfertig zu machen, was in der Periode stetigen Kampfes mit dem Unternehmertum unbedingt notwendig ist. An gutem Stoff wird es auch für ein achtseitiges Blatt, dessen Raum ja nur um 25 pCt. dem gegenwärtigen Zustand gegenüber vergrößert würde, bei dem rapiden Wachstum unseres Verbandes nicht fehlen. Die Mehrkosten des Blattes bei wöchentlichem Erscheinen werden sich sicherlich agitatortisch gut vergüten. Da die Expeditions-technik in den größeren Verwaltungsstellen bei wöchentlich Verbreitung des Blattes einer weitgehenden Neugestaltung unterzogen werden muß, läßt sich die Sache nicht übers Ende brechen, also wohl nicht vor Beginn des Jahres 1906 realisieren.

Das finanzielle Ergebnis in der Hauptkasse für die letzten 2 Jahre ist ein berächtigtes, das unbedingt für gründliche Remedur gefordert werden muß, soll nicht der Verband für die Zukunft in allen seinen Aktionen lahm gelegt werden. Dies hat auch die Mehrzahl der Kollegen bereits eingesehen, die auf Beitragserhöhung gestellten Anträge sind ein sprechender Beweis dafür. Auch darüber ist man sich ansehnend allgemein einig, daß die tragfähigeren Schultern stärker belastet werden und daß jene Orte, welche naturgemäß die meisten Lohnbewegungen zu führen haben, erheblicher zu den Kosten beitragen müssen. So erfreulich das Erkennen des Notwendigen

bei den Mitgliedern, so bedauerlich ist es andererseits, daß es doch noch Mitgliedschaften, wie beispielsweise Potsdam, gibt, die direkt beantragen, keine Beitragserhöhung vorzunehmen und keine Streikmarke einzuführen, aber doch zugleich die Notwendigkeit bei der Arbeitslosenunterstützung herabgesetzt wissen wollen. Daß bei solcher Wirtschaft der Verband finanziell schamlos bankrott werden müßte, davon hätten sich die Potsdamer Kollegen selbst überzeugen können, wenn sie sich nur ein einziges mal die Mühe genommen hätten, die im "Courier" gegebenen Abrechnungen der Hauptkasse oberflächlich zu studieren. Wenn die Potsdamer Kollegen mit Gehalt Selbstmord treiben wollen, so werden ihnen dabei wohl die übrigen Mitglieder schwerlich Gefolgschaft leisten. Es ehrt das Verständnis der Verbandskollegen, daß das Potsdamer Beispiel in keinem anderen Antrage Wiederholung findet.

Vom rechtlichen Standpunkte aus wäre es gewiß das Richtige, die Einstufung des Beitrages, wie Hamburg es will, nach den Lohnverhältnissen des Mitgliedes vorzunehmen. Die Sache hat aber den Haken, daß sich ein solches System technisch nicht durchführen läßt. Nur die wenigsten Orte haben angelegte Einstufungen, zumeist sind es Verbandskollegen, die im Nebenerwerb die Beiträge zusammenheften, diesen aber zuzumuten, dreierlei Beitragsmarken, außerdem noch Streikmarken und vielleicht auch noch Marken zu totalen Zwecken bei sich zu führen, das wäre denn doch eine Arbeit, für die sich die betreffenden Kollegen bestenfalls bedanken würden. Auch den örtlichen Kassierern würde durch dieses System die Arbeit so erschwert, daß sie wohl vielfach auf ihre Ehrenämter lieber verzichten, während in den großen Verwaltungsstellen die Zahl der angestellten Beamten vermehrt werden müßte. Aber ganz abgesehen davon, wer will den Kontrollieren, wann die Kollegen Lohnzulagen erhalten und so in eine höhere Beitragsstufe aufrücken, oder wenn bei einem Arbeitswechsel die betreffenden weniger als ehemals verdienen; außerdem würde jede örtliche erfolgreiche Lohnbewegung die ganze Beitragsaufstellung immer wieder über den Haufen. Und erst das hierdurch entstehende Lohnwaben bei den Unterstufungen, die doch für jede Beitragsstufe anders sein müssen. Es dauerte wahrlich kein Jahr, und auch der tüchtigste Verbandsbeamte fände sich nicht mehr zurecht. Diese Regelung ist also trotz ihrer theoretischen Schönheit und Gerechtigkeit praktisch undurchführbar.

Aber auch die Beitragsaufstellung nach der Einwohnerzahl eines Ortes durchzuführen, geht schon einfach aus dem Grunde nicht, weil die Lohnverhältnisse sich durchaus nicht nach der Größe des Ortes richten. So weiß beispielsweise das kleine Lichterfeld den höchsten Durchschnittslohn auf, während das große Breslau in der niedersten Klasse rangiert. Um also bei der Beitragsaufstellung die Gerechtigkeit in Einklang mit der praktisch möglichen Durchführung zu bringen, blieb dem Zentralvorstand nichts übrig, als den örtlichen Durchschnittslohn als Grundlage zu nehmen.

Mit der Beitragsaufstellung mußte natürlich auch eine entsprechende Abklärung der Unterstufungskasse unter genauer Berechnung der finanziellen Leistungsfähigkeit Hand in Hand gehen. Dies ist in dem Entwurf des Zentralvorstandes erfolgt, das denkbar mögliche ist hier geschehen, und ist es daher ausgeschlossen, daß weitergehenden Anträgen auf Unterstufungen Rechnung getragen werden kann, soll nicht in kurzer Zeit eine finanzielle Misere eintreten, die wir gerade durch die Beitrags-erhöhung abzuwehren gedenken. Es wird also gut sein,

wenn die Mitglieder sich nicht Illusionen hingeben, daß die Generalversammlung noch in irgend einer Weise über die Unterstufungsvorlage des Zentralvorstandes hinausgehen kann. Gewiß birgt diese Vorlage einzelne Härten für einzelne Orte der dritten Beitragsklasse. Im Interesse der einheitlichen Regelung und der finanziellen Erwägungen konnten andere Sätze aber nicht in Betracht gezogen werden, dies umso mehr nicht, als ohnehin der dritten Beitragsklasse ohne jede Mehrleistung wesentliche Verbesserungen bezüglich einiger Unterstufungsarten gewährt wurden.

Niemlich viel Staub scheint durch die Frage, in welchem Maßstabe die Verbandsbeamten auf der Generalversammlung vertreten sein resp. Stimmrecht haben sollen, aufgewirbelt zu haben. Gewiß ist es der Organisation nicht nützlich, wenn die Beamten allein ausschlaggebend am Verbandstage sein würden, das Gegenteil aber, die Beamten ganz aus der entscheidenden Versammlung auszuschalten, würde zumindestens ebenso verkehrt sein. Daß die Zahl der Beamten auf dem Verbandstage in einem gewissen Prozentverhältnis stehen muß, daß diese nie die Zahl der berufstätigen Mitglieder überschreiten darf, das ist so ziemlich selbstverständlich, unsere drei größten Verwaltungsstellen sind es schon diesmal gewesen, die das richtige diesbezügliche Verhältnis gefunden haben, die Frage wird also auch allgemein leicht zu lösen sein.

Auf die große Zahl der sonstigen Anträge eingegangen, dazu fehlt es jetzt in der letzten Minute an Raum, es ist aber auch gar nicht so notwendig, da alle diese weniger schwer wiegenden Natur sind und die Generalversammlung selbst sie gewiß einer gründlichen Beratung unterziehen wird. Es hätte uns gestreut, wenn der eine oder der andere Verbandskollege zur Diskussion der gestellten Anträge das Wort ergriffen hätte, leider ist dies nicht geschehen, desto gründlicher wird die Aussprache in Frankfurt sein müssen.

Den Delegierten zum Verbandstage steht wahrlich keine leichte Arbeit bevor, nicht Stunden des Vergnügens und der Erholung, sondern Tage des Schaffens harren ihrer in der Metropole am Silberband des Rheins. Dort wird jetzt das Schwerste geschmiedet, mit dem der Verband seine künftigen Schlachten schlagen soll, dort wird über das Wohl und Wehe der Gesamtmitgliedschaft auf zwei Jahre hinaus entschieden, und groß ist daher die Verantwortung, die jeder Einzelne der Abgeordneten für seine Worte und Handlungen zu tragen hat. Aber eines können die Mitglieder versichert sein, alle Delegierten sind sich des ihnen gewordenen Vertrauens bewußt und werden dieses nach bestem Wissen und Gewissen zu rechtfertigen suchen.

Ein Markstein am Wege des Verbandes wird auch die Frankfurter Generalversammlung sein, gilt es doch dort der blühenden Entwicklung unserer, allen so lieb gewordenen Organisation die Bahnen künftigen Fortschritts zu ebnen, gilt es doch ein festes und starkes Bollwerk zu schaffen, das allen Stürmen erfolgreich zu trotzen imstande ist.

Die Zwingherren der Arbeit sind überelrig tätig, sie wollen ihre Mitmenschen ins alte Ansehnloch spannen, den Hungerriemen als wirksamste Sklavenpeitsche schwingen; sorgen wir durch praktische, weltliche Arbeit dafür, daß der Keim der Freiheit zur unbeugsamen Knorrigen Eiche werde.

Dem Willen folge die Tat.

Die Lohnbewegung der Kutscher in den gewerblichen Fuhrwerksbetrieben Magdeburgs.

Die erste größere Lohnbewegung der Kutscher in den gewerblichen Fuhrwerksbetrieben Magdeburgs liegt hinter uns. Lange, lange Zeit hat es gedauert, und viel Mühe und Arbeit hat es gekostet, bis wir die Mehrzahl der Kutscher für die Organisation gewonnen hatten. Als vor 2 Jahren bei der Firma Otto Kraak zum ersten Male von den Kutschern Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne gestellt wurden und wir, nachdem die Firma die Forderungen ablehnte, durch eine Arbeitszeiteinstellung sie zur Bewilligung gezwungen hatten, war für die Organisation Breishe gelegt worden. Nicht allein wurde durch diese Arbeitszeiteinstellung der Kutscher bei der Firma Kraak eine Lohnerhöhung erzielt, sondern die meisten Magdeburger Fuhrherren, bezieht durch das Beispiel, das wir bei der Firma Otto Kraak hatten, zahlten von dieser Zeit ab ihren Kutschern den selben Lohn, der bei der Firma Kraak durch den Streik erzielt wurde. Der Wochenlohn, der bis zum 1. April 1908 im Durchschnitt für die Kutscher 17—18 Mk. betrug, stieg allgemein auf 19—20 Mk. pro Woche. Eine Anzahl Fuhrherren glaubte, durch die Lohnerhöhung ihre Kutscher von der Organisation fern zu halten. Vorwiegend erlosch sich als Übergehalt, denn man hatte den wichtigsten Faktor, die Organisation, und die unermüdliche Tätigkeit der Mitglieder für dieselbe außer Betracht gelassen. Durch eine intensiver betriebene Agitation gewonnen wir nach und nach die Mehrzahl der Kutscher für die Organisation; damit war die Vorbereitung gegeben, wiederum einen kräftigen Vorstoß gegen die lange Arbeitszeit und die Hungerlöhne, unter denen die Kutscher in den gewerblichen Fuhrwerksbetrieben furchtbar leiden, zu unternehmen. Von den 367 Kutschern, die in den 47 gewerblichen Fuhrwerksbetrieben Magdeburgs beschäftigt sind, gehörten 273 der Organisation an. Wir wollten deshalb in diesem Frühjahr den Augenblick für günstig, mit unseren Forderungen an die Fuhrherren Magdeburgs heranzutreten.

Zur Einleitung der Lohnbewegung wurde zum 18. März eine öffentliche Kutscherversammlung nach dem „Dresslerbund“ einberufen. Die Versammlung war sehr stark besucht und beschloß nach einem Referat des Kollegen Bendor über: „Die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kutscher und wie können dieselben verbessert werden“, einstimmig, die angenommene Resolution, in der die Forderungen der Kutscher niedergelegt waren, sämtlichen Fuhrherren Magdeburgs zuzustellen.

Die Versammlung beauftragte die Ortsverwaltung unserer hiesigen Verwaltungsstelle, die Resolution, mit entsprechender Begründung versehen, den Magdeburger Fuhrherren zuzustellen. Dieser Auftrag wurde von der Ortsverwaltung dadurch erledigt, daß am 21. März an die Magdeburger Fuhrherren nachstehende Eingabe abgefaßt wurde.

Magdeburg, den 21. März 1908.

An den
Fuhrherren

Der unterzeichnete Vorstand ist durch Beschluß einer öffentlichen Kutscherversammlung, welche am 18. März im Dresslerbund stattfand, beauftragt worden, sämtlichen Fuhrherren Magdeburgs mit nachstehender Resolution, die einstimmig angenommen wurde, bekannt zu machen.

Resolution.

„Die am 18. März im „Dresslerbund“ tagende öffentliche Kutscherversammlung hält zur Verminderung der hohen Kranken- und Sterbekassenzinsen und der frühzeitigen Invalidität und zur Vermehrung der vielen Unfälle und zur Wiederherstellung des Familienlebens und einer besseren Ernährung, eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Löhne der Kutscher in den gewerblichen Fuhrwerksbetrieben Magdeburgs dringend geboten.“

Die Versammlung erblidte in der Einführung der unten angegebenen Arbeitszeit und der Wochenlöhne den ersten Schritt auf dem Wege, die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Kutscher in den gewerblichen Fuhrwerksbetrieben Magdeburgs so zu gestalten, daß sie den Anforderungen entsprechen, die das Leben an die Kutscher stellt.“

Vorschläge der Kutscher.

a) Arbeitszeit.

1. Die tägliche Arbeitszeit beginnt am Werktagen um 5 Uhr morgens und endet um 7 Uhr abends.
2. Am Sonn- und Festtagen darf der Kutscher nur von 7 bis 9 Uhr morgens beschäftigt werden.
3. Die tägliche Arbeitszeit wird unterbrochen durch eine ½ stündige Frühstückspause, 1 ½ stündige Mittags- und ½ stündige Vesperpause.
4. Jeder vierte Sonntag ist dem Kutscher vollständig frei zu geben.

b) Löhne.

Der Wochenlohn beträgt für die Kutscher 24 Mark.

c) Ueberarbeit.

Die Ueberarbeit wird pro Stunde mit 50 Pf. vergütet.

d) Ueberlandtouren.

Den Kutschern, die über Land fahren, wird für den Tag 1,50 Mk. und für die Nacht 3 Mk. Bezahlung vergütet.

e) Behandlung.

Den Kutschern wird eine humane und anständige Behandlung zugesichert.

f) Allgemeines.

Die Fuhrherren haben in Zukunft Laternen, Del usw., was sich bisher die Kutscher teils selbst anschaffen mußten, zu liefern.

Die Versammlung beauftragt den Vorstand des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrs-

arbeiter den Bestreben der gewerblichen Fuhrwerksbetriebe Magdeburgs die Resolution mit entsprechender Begründung versehen, zu übermitteln.

Der unterzeichnete Verband schließt sich dem Verlangen der Kutscher nach Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne und humaner und anständiger Behandlung an.

Begründung.

Durch die lange Arbeitszeit, die nach der amtlichen Erhebung über die Arbeitszeit in den gewerblichen Fuhrwerksbetrieben in Magdeburg 16 Stunden pro Tag beträgt, wird die Arbeitskraft der Kutscher frühzeitig verbraucht, sie verfallen im besten Mannesalter dem Siechtum, zu einer Zeit, wo sie für die Familie am notwendigsten sind.

Ständige Ueberanstrengung erzeugt wie bekannt Erschöpfung. Von vielen Kutschern wird versucht, durch den Genuß von Alkohol die Erschöpfung zu überwinden.

Um in den verkehrsreichen Straßen Magdeburgs ein Fuhrwerk richtig und ohne Gefahr für Leben und Gesundheit der Kutscher und das die Straße pollierende Publikum zu führen, gehört viel Aufmerksamkeit und Vorsicht. Erschöpfung und Ermüdung macht aber unvorstellbar und das ist die Ursache einer großen Zahl Unfälle, die der Familie den Ernährer entweder ganz rauben oder ihn mehr oder weniger zum Krüppel machen.

Nach die weitaus größte Zahl der Ueberreitungen der Straßenpolizei-Verordnungen und der Zusammenstoße mit der Straßenbahn sind auf die Ueberanstrengung der Kutscher, die eine Folge der übermäßig langen Arbeitszeit ist, zurückzuführen. Unter den vielen Straßen, die die Kutscher treffen, leiden die Familien auch sehr.

Bei einer Arbeitszeit von 16 Stunden pro Tag und der Sonntagsarbeit kann von einem Familienleben der Kutscher gänzlich gesprochen werden. Des Morgens, wenn er zur Arbeit geht, schlafen seine Kinder noch, wenn er des Abends zurückkehrt, schlafen sie wieder. Im günstigsten Falle sieht er seine Kinder des Sonntags auf ein paar Stunden. Er bleibt deshalb seiner Familie ein Fremder.

Angesichts dieser traurigen Tatsachen ist eine Verkürzung der Arbeitszeit der Kutscher nicht nur wünschenswert, sondern im Interesse seines Lebens, seiner Gesundheit und seiner Familie unbedingt erforderlich. Auch würde durch eine Verkürzung der Arbeitszeit die Verkehrssicherheit auf den Straßen zunehmen.

Setzen schon die vielen Unfälle, die frühzeitige Invalidität der meisten Kutscher, daß sie die bei ihrer schweren Arbeit verbrauchte Lebenskraft, durch die niedrigen Löhne und die kurze Ruhezeit nicht genügend ersetzen können, so zwingt sie aber auch das ständige Steigen der Preise für die Lebensnotwendigkeiten, wie Nahrung, Wohnung und Feuerung, dazu, durch eine entsprechende Lohnerhöhung sich die Lebensmöglichkeit zu sichern. Die in Vorschlag gebrachten Sätze stellen die Grenze dessen dar, was zur Erhaltung der Arbeitskraft und der Ernährung der Familie notwendig ist.

Wir erwarten, daß auch den Kutschern Ihres Betriebes nicht vorenthalten wird, was sie zur Lebenshaltung nicht entbehren können.

Sie ersuchen Sie deshalb, uns bis zum Montag, den 27. März, Mitteilung zu machen, ob Sie den Wünschen der Kutscher Rechnung tragen wollen, und ersuchen Sie, den Fall uns mit Angabe, in welcher Weise die Regelung dieser Frage stattfinden soll. Zu einer Verhandlung würden wir gerne bereit sein, Delegierte zu entsenden.

Einer geist. Antwort entgegenkommend, welche die Kutscher zufrieden stellt, zeichnet

Gechachtungsvoll

Der Vorstand

des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter für Magdeburg.

F. A. Ferdinand Bendor, Stephansbrücke 38.

Auf diese Eingabe antworteten 2 Fuhrherren. Der Fuhrherr Aug. Biebsch schrieb, daß er bereit sei, seinen Kutschern den Wochenlohn von 20 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen und falls andere Fuhrherren mehr zahlen würden, er sofort bereit sei, auch noch mehr zu zahlen. Die Firma Angerim teilte uns mit, daß ihre Kutscher bereits seit Jahr und Tag einen weit höheren Lohn bezogen hätten, als den in unserer Eingabe verlangten. Die Kutscher dieser Firma wußten aber von dem höheren Lohne nichts und sie mußten durch Arbeitszeiteinstellung den von uns geforderten Lohn sich erst erobern.

45 Fuhrherren hielten es nicht für nötig, auf unsere Eingabe zu antworten, was sonst jeder anständige Mensch auf einen höflichen Brief tut. Wir erfuhren später, daß dies Schweigen der Fuhrherren auf Grund eines Beschlusses geschah, den die Fuhrherren in einer Versammlung am 27. März gefaßt hatten. In dieser Versammlung wurde auch eine Kommission gewählt, bestehend aus den Fuhrherren L. Dehne, S. Kraushaar und dem Geschäftsführer der Firma Otto Kraak, Craak, an die der Verbandsvertreter verwiesen werden sollte falls er bei den einzelnen Fuhrherren vorstellig wurde. Auch wurde beschlossen, mit den Vertretern der Organisation nicht zu verhandeln. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, daß, wenn die eigenen Leute auf Grund der Eingabe an ihren Fuhrherren herantreten sollten, sollte mit diesen verhandelt werden.

Uns wurde von diesen Beschlüssen keine Mitteilung gemacht, sondern wir erlangten erst Kenntnis davon, als der Kampf entbrannt war.

Der Verbandsvertreter hatte aber den Auftrag erhalten, bei denjenigen Fuhrherren, die eine schriftliche Antwort auf die Eingabe nicht gegeben hatten, persönlich vorstellig zu werden. Am Dienstag begann der Kollege Bendor seinen Rundgang bei den Fuhrherren, den er durch den Ausbruch des Streiks nicht beenden konnte.

Von den 10 Fuhrherren, die der Verbandsvertreter antraf, ließen sich 8 auf eine private Auseinandersetzung, wie die Herren sich belieben auszubringen, über die Berechtigung der gestellten Forderungen ein. Diese Auseinandersetzungen waren sehr interessant. Alle Fuhrherren erklärten, eine Verkürzung der Arbeitszeit sei undurchführbar. Wenn die Arbeitszeit verkürzt würde, machten sämtliche Fuhrherren danktrotz. Auch für Lohnerhöhungen war keiner zu haben. Alle sagten aber die niedrigen Preise, die jetzt für die Arbeiten bezahlt würden, und schimpften weidlich auf die bösen Konkurrenten, die die Preise so herabgebracht haben. Auch erklärten alle Fuhrherren, daß ihre Kutscher keine Wünsche haben könnten, in ihren Betrieben sei alles in bester Ordnung, aber die Kutscher ihrer Konkurrenten, die seien zu bedauern, aber deren Knochen gingen es her, infolge der billigen Preise, wofür heute die Konkurrenz die Fuhrer leistete.

So sagte der Fuhrherr Schmiedebe zu unserem Verbandsvertreter: „Wissen Sie, die Kutscher des Fuhrherrn Kraushaar sind bedauernswerte Menschen, die haben eine furchtbare lange Arbeitszeit und eine sehr schwere Arbeit zu verrichten, würden die Kutscher den doppelten Lohn erhalten, das sei noch nicht zu viel für sie“ usw. Bei der Unterbrechung mit dem Fuhrherrn Kraushaar erklärte dieser: „Die bedauernswerten Geschöpfe sind die Kutscher bei dem Fuhrherrn Schmiedebe“ usw. Als unser Verbandsvertreter dem Fuhrherrn erklärte, daß vor einer halben Stunde der Fuhrherr Schmiedebe von seinen Kutschern daselbst gesagt habe, war die Verwunderung groß.

Ebenso versuchte der Fuhrherr Louis Drog die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seiner Kutscher als anständig hinzustellen und behauptete die Kutscher seiner Konkurrenten, die so furchtbar ausgebeutet würden, aufs lebhafteste.

Den Fuhrherrn G. Sparfeld traf der Verbandsvertreter nicht zu Hause an, und seine korrupte Ehegatte erklärte ihm, daß ihr Mann nach Sudenburg gefahren sei, die Kutscher zu kontrollieren, denn die seien in den letzten 14 Tagen sehr faul geworden. Mit den Worten: daß ihre Lebensfülle auch wohl nicht vom algen vielen „Arbeiten“ herrühre, verabschiedete sich der Verbandsvertreter von der korrupten Ehefrau des Fuhrherrn, den 2 faule Kutscher ernährten mußten.

Der Fuhrherr Godyn erklärte unserem Vertreter, wenn seine Kutscher sich noch länger drum hätten, dann mache er die Rude zu und verkaufe sein Geschäft. Mit den Worten, er möge das tun, es sei vielleicht das Vernünftigste, was er in seinem Leben je gemacht hätte, verabschiedete sich unser Vertreter auch von diesem vernünftigen Fuhrherrn.

Am Mittwoch, den 29. März, mußten die Besuche eingestellt werden, da bei der Firma Otto Kraak der Streik ausgebrochen war. Die Inhaber der Firma Otto Kraak, die Witwe Kraak, hatte es abgelehnt, mit der Kommission der Kutscher zu verhandeln und ließ der Kommission durch den Hofinspektor Wolf erklären, falls sie nach dem Kontor kämen, würden sie alle entlassen. Dazu kam noch die Entlassung des Kollegen Venz, der 21 Jahre bei der Firma tätig war. Auf Grund dieser brutalen Behandlung legten am Mittwoch morgen von 36 Kutschern 35 die Arbeit nieder. Der Verbandsvertreter teilte der Firma brieflich mit, daß er gern bereit sei, durch Verhandlungen die Differenzen zwischen der Firma und ihren Kutschern zu schlichten. Der Brief wurde, blau durchgeschrieben, an den Vertreter der Organisation zurückgeschickt. Damit wollte die Firma wohl ihr Anständigkeitsgefühl dokumentieren.

Die Firma Kraak hat sich vertraglich verpflichtet, dem Magdeburger Mittelwert pro Tag eine gewisse Anzahl von Gespannen zu liefern. Sie war infolge des Streiks dazu nicht imstande. Jetzt sollten die anderen Fuhrherren die Firma herausheilen. 19 Kutscher des Fuhrherrn Godyn, denen man zugemutet hatte, diese Arbeit zu verrichten, legten am Donnerstag auch die Arbeit nieder. Das Mittelwert, das selbst 10 Kutscher beschäftigt, schloß sich dadurch vor einer Arbeitszeiteinstellung, indem es den Kutschern eine Lohnzulage von 2 Mk. sofort gewährte.

Am Donnerstag nachmittag ließ die Firma Kraak die Kommission rufen. Derselbe ging hin, erklärte aber, daß sie nur in Gegenwart eines Vertreters der Organisation in Verhandlungen eintrete. Dies lehnte die Firma rundweg ab, und als der Verhandlung wurde nichts. Früher hat die Firma einen anderen Standpunkt eingenommen. Dreimal haben mit den Geschäftsführern Gütz und Craak und dem Hofinspektor Wolf Verhandlungen auf unserem Bureau stattgefunden und einmal im Kontor der Firma. Das letzte mal, als eine Konferenz mit den Vertretern der Firma, dem Geschäftsführer Craak und dem Hofinspektor Wolf stattfand, handelte es sich um die schwere Verhandlung des Kutschers W. durch den Hofinspektor Wolf. Damals sollte auf unserem Verbandsbureau die Angelegenheit geschlichtet werden. Am Freitag wurde die Kommission nochmals vorstellig und war bereit, ohne den Verbandsvertreter die Verhandlungen zu führen. Die Firma erklärte aber, jetzt sei es zu spät, sämtliche freitenden Kutscher seien entlassen und könnten ihre Papiere holen. Am Freitag abend erhielten bei Abholung ihres Lohnes auch sämtliche Kutscher ihre Papiere.

Eine Vermittlung des Einigungsamts lehnte die Firma auch schroff ab. Jetzt war es für uns klar, daß eine friedliche Beilegung nicht mehr möglich sei, sondern daß es jetzt hart auf hart ginge. Unsere stärkere Kontrolle hatte denn auch den Erfolg, daß die Streikbrecher weniger wurden. Lieber den Stand des Streiks am Montag morgen gibt nachstehender Bericht, der für die „Vollstimmung“ geschrieben wurde, Lustvoll.

Seit morgen sind 6 Gespanne vom Hofe gefahren. 50 Pferde stehen im Stall. Die Firma wird fleißig Arbeitswillige und die Streikenden fangen sie ihr noch schneller wieder ab. Die meisten kommen an der Rathenstraße garnicht nach dem Lorenzweg, dem Fuhrhof der Firma, sondern schlagen ihren Weg nach der Stephansbrücke ein. Ein Teil Arbeitswilliger, die erst, als sie mit einem Geschirr auf der Straße standen, von dem Streik bei der Firma unterrichtet werden konnten,

drehen mit Hilfe der Streikenden um, führen wieder zur Straße und schlossen sich den Streikenden an.

In Schönebeck hat die Firma eine Ausschachtung auszuführen. Es sind zu dem Zwecke dort vier Gespanne stationiert. Am Mittwoch rühte dort die Arbeit. Am Donnerstag hatten sich vier Arbeitswillige eingestellt, die aber sofort, als sie über die Situation aufgeklärt wurden, die Arbeit niederlegten und mit den Streikenden nach Magdeburg fuhren. Am Freitag war kein Mann dort. Am Samstag morgen um 4 Uhr fuhr ein Treckwagen mit fünf Mann vom Hof nach Schönebeck zu. Als dieser Sachfahrgängertransport in Schönebeck ankam, wurde er von den streikenden Kutschern in Empfang genommen. Drei „Arbeitswillige“ erklärten sich sofort bereit, wieder mit nach Magdeburg zu fahren. Die Freunde dauerte für die Firma deshalb nicht lange, denn der Hofmeister konnte mit dem einen Kutscher, der sich zum Arbeiten bereit erklärte, nicht viel anfangen und fuhr wieder mit demselben Zuge nach Magdeburg, der auch die drei anderen Arbeiter nach Magdeburg brachte. Die Firma hat nun ihre vier Gespanne nach Magdeburg bringen lassen, sie hat den Kampf mit den Kutschern in Schönebeck als aussichtslos aufgegeben und wird es in ihrem eigenen Interesse hoffentlich auch bald in Magdeburg tun.

Ebenso wenig wie in Schönebeck kann die Firma ihren Verpflichtungen in Magdeburg nachkommen. Ihre Erklärungen, daß der Betrieb ohne Störung weiter geführt würde, ist purer Schwindel. Am 1. April, als noch die Arbeit mit sämtlichen Gespannen kaum bedäuflich werden konnte, hatte die Firma jetzt nur zehn Gespanne in Tätigkeit. Wenn der Wagenführer Reumann und seine zwei Söhne nicht Streikerdienste geleistet und der Dienstmann, der einen Möbelwagen fuhr, sich für die Arbeit bedankt hätte, dann wären nur sechs Gespanne vom Hofe heruntergekommen, während es unter normalen Verhältnissen deren 34 sind. Der Schaden, den die Firma jetzt schon hat, ist sehr groß. Sie hätte mit dem Gelde, das ihr der Streik bereits kostet, bequem ein halb Jahr die geforderte Lohnsteigerung bezahlen können. Jetzt allein die Kutscher, die 22 bis 26 Jahre bei der Firma beschäftigt sind und den Betrieb genau kennen, sondern auch andere Fachleute, die einen solchen Fuhrwerksbetrieb kennen, erklären einfach, daß es für die Firma nur zwei Wege gebe, entweder sie verhandle mit ihren streikenden Kutschern und bewillige deren geringe Forderungen, oder sie besitze auf ihrem Schanzenschießstandpunkte und ihre Gefährdung ginge dabei zugrunde. Die ausständigen Kutscher stehen fest, nun mag die Firma wählen.

Die Arbeitswilligen bei der Firma erfreuen sich eines außerordentlichen polizeilichen Schutzes, der eigentlich gar nicht nötig wäre, denn die Leute, die dort hingehen, beweisen der Firma auf Treue und Glauben, was sie an ihren Kutschern gehabt hat. Aber alles das wird der Firma nichts helfen. Ein ankündiger und gescheiter Kutscher dankt für eine Beschäftigung unter den augenblicklichen Verhältnissen bei der Firma Otto Kraatz, die Brüder, die sie sich von der Straße und von der Herberge auf dem Krommelsberg holte, die noch keine Verbeine in den Händen gehabt haben, können der Firma am besten beweisen, was ihre früheren Kutscher leisteten.

Was für Kausstreifer die Firma sonst noch hat, mag nachstehendes ergeben: Der Arbeiter Longinotti (genannt Tolensoph) war früher als Arbeiter beim Maschinenbauwerk beschäftigt. Er ist nun Kutscher abgewandert. Da die Firma es aber an Arbeitern bei dem Maschinenbauwerk mangelt, hat er seine Frau mitgebracht und die hat den ganzen Tag Mähe getragen. Das sind die besten neu angestellten Kräfte der Firma. Am Sonntag nachmittag wurde von einem Arbeitswilligen in der Reuen Neustadt eine Hochzeit gefeiert. Das war ein Gaubium für die Neustädter Gaudigen. Am Abend 60 begleiteten den Hochzeitswagen mit den Kutschen „Streikbrecher“ usw. Wir glauben nicht, daß es viele Brautleute geben wird, denen ein solches Konzert angenehm ist; man wird sich in Zukunft bedanken, bei der Firma Otto Kraatz Wagen zu bestellen.

Am Montag vormittag wurde der Verbandsvertreter zu einer Sitzung mit der Kommission der Fuhrherren eingeladen. In dieser Sitzung, an der der Fuhrherr V. Dehne, K. Kraushaar und der Geschäftsführer der Firma Otto Kraatz, Cralau, teilnahmen, wurde dem Verbandsvertreter erklärt, daß die Firma Kraatz gewillt sei, nach und nach ihre alten Leute wieder einzustellen. Dieser Vorschlag erklärte der Verbandsvertreter für unannehmbar und erklärte, daß der Streik nur dadurch ein Ende finden könnte, wenn die Firma sämtliche Kutscher wieder einstellt und die reduzierte Lohnforderung bewilligt. Die 2 stündige Verhandlung endete mit dem Resultat, daß der Geschäftsführer der Firma Kraatz erklärte, er wolle der Inhaberin der Firma unseren Vorschlag unterbreiten und alles drau sehen, daß sie ihn annimmt. Ferner wurde vereinbart, daß in unserer Versammlungsort im Bürgerhaus um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung stattfinden soll, in der weiter verhandelt werden sollte. Der Vertreter der Firma Kraatz ist der Weg zu unserem Bureau etwas schwer geworden, aber um 5 Uhr stellten sich sämtliche Herren ein, und in Gegenwart der streikenden Kutscher wurde jetzt weiter verhandelt. Die Frau Kraatz ließ mitteilen, daß sie bereit sei, sämtliche Kutscher wieder einzustellen, bis auf die Kutscher Lenz, Albrecht und Walter. Lenz sollte nicht wieder eingestellt werden, weil die Gründe seiner Entlassung nicht in der Weise nach Berlin und auch nicht in dem Streik zu suchen seien. Walter und Albrecht sollten nicht wieder eingestellt werden, weil sie nach der Polizei flüchtig waren und in dem Verdacht stehen sollen, die Arbeitswilligen verprügelt zu haben.

Weiter erklärte die Firma bereit, die reduzierte Lohnforderung zu bewilligen, und zwar 22 Mark für Kutscher, 17 Mark für Lehrlinge und 60 Mark monatlich für die Staatskutscher. Es kam eine Einigung dahin zustande, daß sämtliche Kutscher, bis auf die drei oben genannten, sofort eingestellt werden sollten. Walter Albrecht und Lenz nach 14 Tagen und daß sämtliche Kutscher wieder ihre alten Stellen erhalten sollten.

Am Dienstag morgen gingen denn auch sämtliche Kutscher, bis auf die drei, wieder an und die übrigen nach 14 Tagen.

Der Streik bei dem Fuhrherren Köppler dauerte nur 1½ Tag. Köppler bewilligte eine Lohnaufgabe von 1,50 Mark pro Woche und leistete keine Forderungen mehr für die Firma Otto Kraatz.

Bei der Firma Auhlem u. Co. traten am Sonntag, den 8. April, die Kutscher und Arbeiter in den Streik ein, da sich die Firma weigerte, die verlangten Lohnsteigerungen zu bewilligen. Um 10 Uhr vormittags hatte sich die Firma besonnen und bewilligte den Kutschern und Arbeitern den verlangten Lohn.

Bei der Firma Donnelly, die sich auch weigerte, die Lohnforderung zu bewilligen, hörten 9 Mann auf, weil sie für den alten Lohn nicht weiter fahren wollten.

Den Erfolg dieser Lohnbewegung gibt nachstehende Aufstellung an.

Lohnaufgabe durch einen Streik bewilligten folgende Firmen:

Name der Firma	Zahl der Beschäftigten	Früherer Lohn	Neuiger Lohn	Wöchent. Zulage
Otto Kraatz	86	20,00	22,00	2,00
Alb. Köppler	19	20,00	21,50	1,50
Kraym & Co.	8	17-18	20-21	3,00

Lohnaufgabe ohne Streik bewilligten nachstehende Firmen:

Name der Firma	Zahl der Beschäftigten	Früherer Lohn	Neuiger Lohn	Zulage
Karl Fiering	88	20,00	22,00	2,00
Aug. Biele	11	20,00	22,00	2,00
Hegler & Delorme	6	19,00	21,00	2,00
Hermann Arndt	9	20,00	21,00	1,00
Wagb. Mörtelwerke	10	19,00	21,00	2,00
Hehr. Kraushaar	18	20,00	21,50	1,50
D. Schmelde	8	20,00	21,00	1,00
Otto Leeg	4	20,00	21,00	1,00
Karl Drog	7	20,00	22,00	2,00
Volks Drog	6	20,00	22,00	2,00
Hermann Lech	2	20,00	22,00	2,00
D. Gütante	8	20,00	21,00	1,00
G. Glasen	8	20,50	22,00	1,50
Früh Dübner	4	21,00	22,00	1,00
Ost. Rude	3	20,50	22,00	1,50
Alb. Sparfeld	6	20,00	22,00	2,00
Aug. Sparfeld	2	19,50	20,50	1,00
Aug. Weprecht	6	21,00	23,00	2,00
Aug. Schulz	2	19,50	21,00	1,50
Alb. Kufsch	6	20,00	21,00	1,50
A. Reichert	6	20,00	21,00	1,00

Die erste größere Lohnbewegung der Kutscher hat mit einem großen Erfolge für sie geendet. Eine rastlose Organisationsarbeit wird uns in den Stand setzen, im nächsten Jahre auch der langen Arbeitszeit auf den Leib zu rücken. Es ist uns doch gelungen, innerhalb zweier Jahre den Wochenlohn von 17-18 Mk. auf 21-22 Mk. zu erhöhen, ebenso wird es uns gelingen, wenn die Kollegen ihre Pflicht erfüllen, eine Verärgerung der Arbeitszeit durchzusetzen. Darum, Ihr Kutscher Magdeburgs, laßt die Organisation, der Ihr schon so viel verdankt, und Ihr werdet in Zukunft neue Erfolge in Euren Kämpfen um einen größeren Anteil am Lebensgenuss erzielen.

Eine Aussperrung geplant?

Die Transportarbeiter in Vant. Wilhelmshaven befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Kollegen wollen bessere Lohn- und hauptsächlich Arbeitsbedingungen erzielen. Das hat eine recht unbegründete Aufregung der Fuhrherren hervorgerufen. Unbegründet deshalb, weil es doch in der ganzen Welt üblich ist, daß bei Ablauf eines Vertrages beide Parteien Wünsche zu einem neuen Vertrag äußern können. Das ist hier nun geschehen, nichts anderes, und darum das Feler- und Woblo-Gesetz der Fuhrherren.

Die Herren sprechen von einem Vertragsbruch, Kontraktbruch und anderen Dingen, und in den Wilhelmshavener Tagesblättern, die vor einigen Tagen erschienen, befindet sich folgendes Inserat:

Zur Aufklärung!
Das „Norddeutsche Volksblatt“ brachte in Nr. 67 unter „Gewerkschaftliches“ die Mitteilung, die Transportarbeiter hätten beschiedene Forderungen gestellt, doch sei jede Verhandlung seitens der Unternehmer abgelehnt. Diese Behauptung ist unwahr.

Tatsache ist, daß der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter den mit diesem geschlossenen Vertrag nicht innegehalten, somit vertragsbrüchig geworden ist. Lediglich aus diesem Grunde sind Verhandlungen mit vorgenanntem Verband abgelehnt.

Verein Wilhelmshavener Fuhrherren.

Karl Griffl. Friedr. Nabebrandt.

Auch im vorstehenden wird wieder bestätigt, was bestritten werden soll. Bestätigt wird, daß die Verhandlungen mit dem Transportarbeiterverband, mit dem doch der noch bestehende Tarif abgeschlossen worden ist, seitens der Fuhrherren kurzzeitig abgelehnt wurden. Daß die Forderungen beschiedene sind, soll noch nachgewiesen werden. Für die Behauptung, daß die Transportarbeiter vertragsbrüchig geworden sind, fehlt jeder tatsächliche Beweis.

Nach bestehendem Vertrag ist derselbe eventuell einen Monat vorher zu kündigen. Der Vertrag läuft vom 27. April v. Js. bis 27. April d. Js. Daß die Kündigung nicht genau am 27. März d. Js., sondern bereits früher erfolgte, ändert doch nichts an der Sache, der Vertrag lief bis 27. April. Wer hätte denn vermuten können, daß die ohne Zweifel nicht verbotenen „vorzeitige“ Kündigung, die doch nur im Interesse der Unternehmer liegen kann, solche Aufregung verursachen würde? Vielleicht werden die Herren insulischen schon zu einer besseren Einsicht gekommen sein.

Nun zu den Forderungen, über die doch, wenn man es ehrlich mit den im Transportgewerbe beschäftigten Ar-

beitern meint, mindestens geredet werden kann. Die Arbeiter verlangen einen erhöhten Minimallohn statt dem letzten Stufenlohn. Hierüber kann man doch verhandeln, um die Gründe hierfür, die doch gewiß stichhaltig sind, anzuhören. Wissen die Herren denn nicht, daß ihre Arbeiter bei Wind und Wetter hinaus müssen, um Brot für die Fuhrherren zu schaffen? Wenn man dies anerkennt, dann sollte man sich doch nicht auf so einen kleinen Standpunkt stellen, wie dies die Fuhrherren von Wilhelmshaven getan haben. Wenn die Fuhrherren nicht wollen, daß ihrem Gesetze über vermeintlichen Kontrakt- und Vertragsbruch böswillige Arbeit unterworfen wird, so sollten sie sich zu Verhandlungen bereit erklären. Es hat aber den Anschein, als sollten wir absolut gezwungen werden, in einen Streik zu treten. Der v. Griffl hatte sich bei einer persönlichen Rücksprache, welche unsere Vertreter und Leiter der Organisation bei ihm nachgesucht hatten, geäußert: „Ich bin nicht mehr bereit, irgendwelche Sie voriges Jahr vor sich gehabt hatten“. Dieses mußten wir ja selbstverständlich auch angesehen.

Die Herren Ausbeuter hatten sich Arbeitswillige kommen lassen schon zum April, welche alle von einer Menschenmenge waren, die man gewöhnlich, wenn ein Streik auf einer Stelle ausbricht, als Kausstreifer sieht. Sind nun schließlich nicht genügend solcher willkürlicher Sklaven vorhanden, so begnügt man sich auch damit, daß man an das Militär herantritt und sich solches zur Verfügung stellen läßt.

Die Fuhrherren hatten sich zum 1. April gerüstet und sich mit der Polizei verständigt, aber es hätte mancher die langen und verbündeten Gesichter sehen sollen, als nicht gestreift wurde. Die Polizei war da zum Schutz der Arbeitswilligen, aber o weh, das Geschäft blühte nicht. Die Kollegen nahmen alle ihre Arbeit ruhig auf und wußten nicht, was sie sagen sollten, daß die Polizei so früh auf den Beinen war. Am meisten werden sich die Militärpersonen gefreut haben, daß sie mit einem gefüllten Magen und ohne geardelt zu haben, wieder nach Hause gehen konnten.

Weil die Unternehmer so nichts anfangen können, so versuchen sie es auf eine andere Weise. Wir hatten auf Grund dessen, weil die Herren mit uns nicht verhandeln wollten, das Gewerbegericht als Einigungsamt anrufen. Das sollte auch noch nicht in Tätigkeit treten, da die Fuhrherren erklärten, zunächst mit den Arbeitern direkt verhandeln zu wollen.

Das ist an und für sich lächerlich, doch nach dem bisherigen Verhalten der Fuhrherren kann man wirklich kein richtiges Vertrauen in das Versprechen derselben setzen. Unsere Vermutungen wurden aber noch übertroffen durch folgendes Schreiben:

Wilhelmshaven, 8. April 1905.
An den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Ortsverwaltung Vant-Wilhelmshaven.

Gewehrstr. 3.
Indem wir uns des uns in der gestrigen Vorstandssitzung unseres Vereins beworbenen Auftrages entschlagen, geben wir Ihnen bekannt, daß wir bezüglich des Lohnstreiks mit Ihnen verhandeln wollen und ersuchen Sie, zu diesem Zwecke eine Kommission von 8 Arbeitnehmern aus den verschiedenen Betrieben der Mitglieder unseres Vereins zu wählen (Spezialisten, Möbel- und Kaffeehandel, Kleiderhandel, Gasanstalt, Kaffeeanbahn, Drogeriegeschäft usw.).

Ein Verzeichnis der Vereinsmitglieder folgt anbei. Zur Bedingung ist ausgemacht, daß die Verhandlungen nur mit Arbeitnehmern, die bei Mitgliedern unseres Vereins arbeiten, geführt werden dürfen und nicht mit Arbeitnehmern, die unseren Betrieben fernstehen, also nicht mit Angestellten des Vant. Konsumvereins, der fernerzeit abgelehnt, unserem Verein beizutreten und auch nicht mit auswärtigen wohnenden Fuhrherren.

Wir ersuchen Sie, uns die Namen der Mitglieder Ihrer Kommission, ebenso den Termin zur Verhandlung lassenden Termin bekannt zu geben und werden wir alsdann unsere Bedingungen, die sich im wesentlichen mit den vorjährigen denen, übermitteln, ferner Zeit und Ort, wo die Verhandlungen gepflegt werden sollen, bekannt geben.

Verein Wilhelmshavener Fuhrherren.

Der Vorstand:

Karl Griffl. Friedr. Nabebrandt.

In dem Schreiben steht ein starkes Fuhrherren-Empfinden, das den rheinisch-westfälischen Grubenbaronen, die auch nur mit „ihren“ Arbeitern verhandeln wollten, alle Ehre machen würde. Wann kommen denn die Fuhrherren endlich einmal zu der Einsicht, daß sie es nicht mehr mit „Knechten“, sondern mit freien Arbeitern zu tun haben? Das Verlangen der Fuhrherren hätte eine gewisse Berechtigung, wenn sich dieselben verpflichtet hätten, nur im Verbandsorganisierte Kollegen zu beschäftigen; da das aber nicht zutrifft und da ferner die Verhandlungen zwischen zwei gegenseitig anerkannten Organisationsgruppen gepflogen werden, so müssen schon die eigenartigen Bedingungen der Fuhrherren unter den Tisch fallen. Wir haben in der letzten Mitgliederversammlung beschlossen, unsere neugewählten Ortsverwaltung als Lohnkommission, welche die Angelegenheiten bisher in zufriedenstellender Weise erledigt hat, nicht das Vertrauen entgegenbringen zu können, welches von den Fuhrherren verlangt wird. Wir konnten auch deshalb nicht darauf eingehen, weil man auf Grund des Schreibens das Empfinden hatte, daß diese Bedingungen nur deshalb gestellt worden, damit die Leute besser über den Löffel barbiert werden könnten. Wenn in den zukünftigen Tarifverträgen die Zusammenfassung der Verhandlungskommissionen präzisiert wird, so ist das etwas anderes. So aber ist das Verlangen der Fuhrherren unberechtigt. Wir begreifen nicht, daß diese sich scheuen, mit Personen, welche das Fuhrgewerbe durch und durch kennen, zu verhandeln. Auch dieses Verhalten kann nur so gedeutet werden, daß die Fuhrherren bei den in Aussicht gestellten Verhandlungen mit wenig beweisfähigen Gründen zu operieren gedenken.

Inzwischen sind die Verhandlungen mit der Kommission der Führer wegen Festlegung eines neuen Lohnzittels an dem Verbalten der Führervertreter, das alle soziale politische Einsicht und Verständnis vermischen läßt, gescheitert. Der ganze Gang der Verhandlungen, die von dem Herrn Griffl geleitet wurden, mußten den Anschein erwecken, daß die Herren nicht gekommen waren, um mit Gleichberechtigten in verständlicher Weise über das Wohl und Wehe des Gewerbes zu verhandeln, sondern um in ihrem Herrschens ihren Untergebenen gütlich einige Prosaen hinzuzuerfüllen. Nur ihr fulminantes Tarifungewissen, das natürlich in weitgehender Weise ihren Vorstell wahrnehmen soll, stand zur Beratung, und die Tarifvorläufe der Arbeiter wurden seitens der Führer gar nicht einmal einer Beachtung gewürdigt. Das nennen die Herren „Verhandeln“! Diese Mißachtung der Arbeiterkraft, solche Probenhaftigkeit muß das Maß zum Ueberlaufen voll machen. Die Tage und schreie zweihundert Paragraphen umfassen den Vereinbarungsbedingungen, welche lediglich die Grundlage der Verhandlungen bilden — die Grundlage natürlich in dem Sinne, daß die Bedingungen einfach akzeptiert werden sollten — sind mit einem fünfseitigen Begleitschreiben versehen. Welches, Begleitschreiben viele Bedingungen, dochmühten rücksichtslos den echten Unternehmehrschmerzpunkt. Charakteristisch ist der Satz in dem Briefschreiben:

Ihren Rechten aus dem Lohnzittel die Pflichten Ihrer Mitglieder voranzusetzen zu lassen, halten wir aus verständlichen Gründen für erforderlich.

Einer dieser Gründe ist, damit auch die schon länger in unseren Betrieben arbeitenden Leute wissen, was sie zu tun und zu lassen haben, denn es hat sich erwiesen, daß die mündlichen Anweisungen sehr leicht in Vergessenheit geraten.

Also die Hauptsache ist, daß die Leute wissen, was sie zu tun und zu lassen haben; weniger die Lohnhöhe; denn: Mit den im vorigen Jahre bewilligten Löhnen sind wir über unsere Kräfte gegangen, und sind verschiedene Firmen, weil die Einnahmen mit den hohen Löhnen nicht Schritt halten, und die Leistungen der nicht genügend eingearbeiteten Leute gegen das Mindestmaß weit zurückgefallen, in Palamitäten geraten. Also: an eine Lohnherabsetzung darf nicht gedacht werden! Daß die Arbeiter im Transportgewerbe bei Wind und Wetter unterwegs und lästig sein, und daher gut in Kleidung und gut bei Nahrung bleiben müssen, kümmert die Herren weniger. Wenn die Arbeiter durch die Mitternachtsruhe morsch und gleichmäßig gehorcht, dann werden sie einfach abgelegt; es gibt ja genug Ersatz aus der Straße — mehr und billiger als Pferde!

Der Anfangslohn ist in den Bedingungen auf 3,25 Mk. festgesetzt, steigend nach zwei Jahren bis zum Höchstlohn von 4 Mk. Dieses Anerbieten bedeutet in Anbetracht der hiesigen Verhältnisse geradezu einen Schenken auf die ganze sozialpolitische Entwicklung und auf die Arbeitsverhältnisse. Obendrein sollen von den in Aussicht gestellten horrenden Löhnen, die in ihrem Maße und darüber hinaus bereits im Transportgewerbe vereinbart worden, im Winter bei verkürzter Arbeitszeit noch 50 Pf. pro Tag in Abzug kommen. Man weiß nicht, ob man die Unverschämtheit, die hier in dem Anerbieten erblicken müssen, bewundern oder bedauern soll.

Die Bedingungen bilden eine ausführliche Arbeitsordnung, für deren Einhaltung also die Organisationen verantwortlich gemacht werden sollen. Es ist darin alles mögliche und unmögliche vorgegeben. U. a. müssen nach § 5 die Arbeiternehmer mit sauberer, heller Kleidung angetreten und es ist ihnen das Rauchen, sowie der Genuß geistiger Getränke während der Arbeitszeit untersagt. Die Bestimmung bedarf ebenfalls keines Kommentars, sondern spricht ganz für sich. Nach § 6 müssen sich die Arbeiter gegenüber den Arbeitgeber, dem Publikum und den Mitarbeitern „anständig“ benehmen; sie müssen ferner ihren Wohnungsverwechsel anzeigen. Ungebührliches Betragen, Unverschämtheit und Mißhandlung der Pferde berechnen den Arbeitgeber zur sofortigen Abgabe des Arbeitsverhältnisses. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist aufgehoben.

Das sind einige Proben des Monismus eines Unternehmehrslohnzittels. Von Rechten keine Spur. Nicht einmal die Arbeitszeit ist genau festgelegt. Die Arbeitszeit liegt gewöhnlich im Sommer zwischen 6 Uhr früh und 7 Uhr abends mit einer viertelstündigen Frühstückspause, einständigen Mittags- und viertelständigen Vesperpause. Nach Ermessen des Arbeitgebers kann die Arbeitszeit um die Pause beliebig verlegt beziehungsweise die Frühstückspause wie die Vesperpause im Winter ganz ausgefallen werden. Nach § 12 hat der Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber zu verhandeln, wenn er die Arbeit halbe oder ganze Tage unterbrechen will. Unentschuldigtes Ausbleiben schließt jedes Anrecht auf weitere Beschäftigung aus. Für absichtliche oder fahrlässige Zuzugung von Schäden hat der Arbeiter mit seinem Lohn zu haften. Ueberstunden unberücksichtigt bei 45 Pf. Entschädigung; im Schifferdienst werden Ueberstunden nach § 20 überhaupt nicht bezahlt.

Alle haben im vorstehenden die wesentlichsten Bestimmungen eines Dokumentes rücksichtslos Unternehmehrslohnzittels dargelegt. Die maßgebenden Herren im Fuhrgewerbe werden doch wohl selbst nicht annehmen, daß auf diesen Bedingungen eine Einigung erzielt werden kann. Vielleicht aber kommen sie noch zu der Ansicht, daß sie es hierbei nicht mit Arbeitssperden, sondern mit denkenden Menschen zu tun haben, die sich und ihre Familie anständig ernähren und bleiben wollen.

Wenn nicht noch das Eingangsamt, das Gewerbeamt, eine Einigung zustande bringt, ist der Konflikt im Fuhrgewerbe da. Alle Verantwortung hierfür trifft gewisse Herren im Fuhrgewerbe, die jedoch ein Interesse an dem Konflikt haben. Laßt sie ja, daß bei einem gewöhnlichen

Konflikt sehr oft die weniger kapitalkräftigen Unternehmer den Schaden haben und die Suppe auslöffeln müssen, welche die Kapitalisten ihnen eingebracht haben.

Es ist zu erwarten, daß die Mitglieder des Führerherrenverbands noch ein verständliches Bischen reden; hoffentlich werden aber auch diejenigen Unternehmer, die sonst gerne die Verantwortung für einen solchen Konflikt den Arbeitern in die Schuhe schieben, den an der Spitze der Führerherrenvereinigungen stehenden kleinen Esären beizubringen suchen, welches Elend diese mit ihrem unternehmehrischen Tun heraufbeschieden.

Wir sind gewappnet, die Führerherren sollen sehen, daß, wer freventlich mit dem Feuer spielt, sich die Finger verbrennt. Wenn die Herren durchaus den Kampf haben wollen, so haben sie sich dessen Folgen hübsch selbst zuzuschreiben.

Aus unserem Beruf.

Biersfahrer.

Leipzig. Sektion der Faß- u. Flaschenbierarbeiter. Laut Versammlungsbeschluss vom 9. April d. Js. ist für die Mitglieder unserer Sektion eine Kontrollkarte zur Einführung gelangt. Die Einführung derselben soll betamlich dazu dienen, daß sich die Kollegen dem Publikum gegenüber betr. ihrer Zugehörigkeit zur Organisation ausweisen können. Wir hoffen dadurch zu erzielen, daß diejenigen Kollegen und Kolleginnen, welche wohl den Nutzen des zur Zeit durch unsere Organisation geschaffenen Lohnzittels mit genießen, im übrigen aber mit uns nichts gemein haben wollen, ihren Verpflichtungen nimmehr ebenfalls nachkommen werden. Die Kontrollkarte hat jedes Mitglied unserer Sektion selbst bei sich zu führen und auf Verlangen jedem Interessenten vorzuzeigen. Die Abstempelung geschieht in den Sektionsversammlungen, sowie im Bureau. Sollte bei Ausgabe obiger Karte irgend ein Mitglied unserer Sektion übergegangen worden sein, so bitten wir, dieselbe dem Vertrauensmann des betr. Betriebes oder im Bureau, Windmühlstr. 11, 1. Tr., zu reklamieren.

Droschkentufcher.

Der Kampf der Östlicher Droschkentufcher mit der Polizei ist vorläufig zu Ende. Die Kutscher hatten aus in einem Kampfe, der für sie schwierig war, weil ihnen die organisierte Staatsmacht gegenüber stand und weil sie das Bürgerium schmächtig im Stich ließ. Das ist um so bemerkenswerter, weil hier Unternehmer und Arbeiter in seltener, nur in den speziellen Berufsinteressen begründeter Harmonie trafen. Die Östlicher Droschkentufcher hatten sich bisher politisch nie hervorgetan. Sie waren als alle Östlicher Bürger zum großen Teil bekannt. Alles das half nichts. Dem Östlicher Bürgerium, dem Konserwabiten sowohl wie dem freilinnigen, war der Kampf der Droschkentufcher wider die Polizeiverordnungen schimpflich. Nur die Sozialdemokraten, nur die Gewerkschaften fanden von ersten bis zum letzten Augenblick treu zu den Droschkentufchern. Nur die Arbeiterchaft hatte Verständnis für die Triebkraft ihrer Handlungen. Die Östlicher Droschkentufcher mußten den Kampf aufgeben. Die Polizeiverwaltung sollte ihnen, nachdem das Ende des Kampfes in sicherer Aussicht stand, nochmals schriftlich mit, daß an eine weitere Anwendung der Ordnungen der Droschkentufcher schon einmal geänderten Verordnung nicht zu denken sei. Ueber die wider die Droschkentufcher erlassenen Strafmandate über 3 Mk. werden die Gerichte noch entscheiden.

Als die Östlicher Droschkentufcher oder isoliert auftraten, schied sie die Polizei auf und schloß sie fort. Die Kutscher telegraphierten sofort an das Regierungspräsidium in Leipzig um schleunige Hilfe. Am Nachmittag zog dann auch die Polizei ihren Widerspruch gegen das Ansinnen zurück. Die Östlicher Droschkentufcher werden andauernd darüber nachdenken, wie man in Östlich den notleidenden Mittelstand und das heimliche Gewerbe beschützt und der Herr Oberbürgermeister von Östlich kann sich mit „seinen“ Droschkentufchern mal wegen 25 Pf. Fuhrlohn streiten.

Hamburg. Sektion Droschkentufcher. Mitgliederversammlung am Freitag, den 14. April 1905. Ueber den ersten Punkt, die enorm hohen Polizeistrafen für verhältnismäßig geringfügige Vergehen, spricht Straß und legt zur Begründung seiner Ausführungen 21 Strafverfügungen vor, welche insgesamt die anscheinliche Summe von 188 Mk. repräsentieren, und zwar haben 15 Mk., zwei 12 Mk., drei 9 Mk., acht 6 Mk., eine 5 Mk. In acht Fällen erfolgte Freispruch vor Gericht. Die sieben Strafverfügungen zu 15 Mk. sind erlassen wegen übermäßig schnellen Fahrens, desgleichen die zwei 12 Mk. und 9 Mk. wurde bestraft wegen Tarfahaltung, Nichtbefolgen des Fahrgebots, sowie Einfahren auf einem Droschkenposten als überhöhten Wagen. Die 8 6 Mk. und 1 5 Mk. bezeichnen als Vergehen ungebührliches Benehmen auf Posten, Unentschuldigtes Ausbleiben der Droschen, Unterfahren, ohne einen Halteplatz anzugeben, Nichtanmeldung bei der Verkehrsbehörde, falsche Tarfahaltung usw. Redner bemerkt, daß die vorliegenden Strafverfügungen nur ein ganz kleiner Teil derjenigen seien, welche von der Polizeibehörde ausgestellt werden. Ein großer Teil der Droschkentufcher sei leider noch so weit zurück, daß sie, wenn sie Strafverfügungen erhalten, schweigend zur Polizeikasse laufen und den Betrag zahlen, ohne sich erst zu erkundigen und zu überlegen, ob sie auch zu Unrecht bestraft seien. Dies seien aber meistens die Unfortunaten, welche keiner Organisation angehören. Ein Beweis, daß die Gerichte sich nicht immer auf den Standpunkt der Polizeibehörde stellen, sei, daß bei den 21 Strafverfügungen in acht Fällen Freispruch erteilt wurde, aber selten seien die Droschkentufcher in der Lage, Zeugen beizubringen, welche die Aussagen des Schuttmannes entkräften könnten. Dies liege meistens an der Eigenartlichkeit des Notizens von Seiten der Schutzleute. Ein Kutscher, der a. B. eine Strafreuekung postiert, und zwar nach Ansicht des dort postierten Schuttmannes

in zu schnellem Tempo, werde nicht etwa angehalten und auf die falsche Handlung hingewiesen, sondern im Vorbeifahren notiert. Dies sei ja sehr bequem, da eine Droschke immer drei weithin sichtbare Nummern zeige. Auf der Strafverfügung sei dann gewöhnlich die Bemerkung enthalten, daß von einem Anhalten des Fuhrwerks Abstand genommen sei, und zwar aus Rücksicht auf die im Wagen befindlichen Fahrgäste. Der Kutscher, den eine derartige Meldung vielleicht noch 8 oder 14 Tagen erreiche, könne sich dann noch kaum erinnern, wo er vor so langer Zeit zu dieser oder jener Stunde gewesen sei, geschweige denn Zeugen für seine Unschuld beizubringen, denn auf seine wichtigsten Zeugen, seine Fahrgäste, welche doch jedenfalls die Fahrgeschwindigkeit beobachtet hätten, wurde ja von der Polizei so ganz Rücksicht genommen, und wenn er dann auf der Strafverfügung steht: Beweis: Zeugnis des betreffenden Polizeibeamten, wird er sich wohl oder übel entschließen müssen, 15 Mk. zu zahlen oder auf 5 Tage nach der Gültigkeitsdauer zu wandern. Auf diese Weise seien auch unendlich viele Notierungen wegen Nichtbremsens der kleinen Kontrollampe vorgenommen und große Summen in die Polizeikasse geflossen. Daß für derartige Vergehen Strafen von 15, 12, 9, 6, 5 Mk. enorm hart und hohe sind und mit dem Wochenverdienst des Droschkentufchers nicht in Einklang zu bringen seien, brauche wohl kaum näher erörtert zu werden. Die Polizeibehörde werde die Verhängung derartiger hoher Strafen ruhig forsetzen können, so lange bei den Führerherren sowohl als auch bei den Kutschern die verschiedenen Vereine bestehen, die, auf die eigenartige Weise beschaffen.

Sodann berichtet Reulle über den Abwehrstreik bei der Firma C. F. Steffen und ermahnt die Kollegen, in allen Betrieben gleichzeitig zusammenzutreten. Weiter teilt er den Beschluß der Verwaltung, betreffend Verhängung des neuen Führerherrenvereins, betreffend Annahme von Rententouren, zu versetzen. Es betont wurde hierbei, daß die Kutscher nach dem Beschluß kaum verfahren könnten, ohne mit dem Fuhrherren oder dem Führer in Streitigkeiten zu geraten. Die Sektionsleitung wird beauftragt, mit dem Vorstand obgenannten Vereins sich deshalb in Verbindung zu setzen und in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten. Dann teilt Reulle den Beschluß der Polizeibehörde, betr. Sommerferien, mit. Nachdem noch zu reger Beteiligung am Walfestzug aufgefordert worden war, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Fensterputzer.

Hamburg. Zwischen unserer Organisation und dem Fensterreinigungsinstitut E. Wachtel Nachfolger, Michacistr. 18, ist folgende Vereinbarung getroffen worden: Die Firma Wachtel Nachfolger verpflichtet sich durch Unter schrift, folgendes anzuerkennen:

1. Wiedereinstellung sämtlicher Fensterputzer, die bis dato bei der Firma Wachtel Nachfolger gearbeitet haben.
2. Sämtliche im allen Lohnzittel getroffenen Vereinbarungen innewohnen.
3. Anerkennung des Arbeitsnachweises. Nur wenn Mangel an Arbeitslosen herrscht, ist die Firma berechtigt, ihre Arbeitskräfte (nur für Ausfälle) anderweitig zu beschaffen.
4. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Diese Vereinbarungen gelten ab 17. April.

Am Sonntag, den 9. April, fand eine öffentliche Fensterputzerversammlung statt, in der ein Kollege ein für die hiesigen Fensterputzer geeignetes Referat hielt. Redner legte den anwesenden Kollegen die Lage der Fensterputzer und deren Unternehmer in durchschlagenden Worten auseinander, er kam auf den früheren Stand der Unternehmer zurück, welche tatsächlich früher weniger hatten, als jetzt ein Fensterputzer, und nun wollen diese Herren eine große Rolle spielen und die Arbeiter knechten. Es ist auch hier so weit gekommen, daß die Arbeiter nur als gebildete Sklaven behandelt werden, wie es diesen Herren beliebt.

Aber leider hat die Zeitung schon so viele Mittel versucht, die Lage zu bessern, indem auch hier die Genossenschaft gegründet wurde, was ja viel Mühe gekostet hat, che es so weit kam, daß für die Leute Arbeit da war, denn gerade die Verbandskollegen halten so wenig Interesse daran, daß sie nicht mal Rundschäft brachten, wo doch so viel zu machen ist; in Versammlungen wurde immer viel geschwätzt, aber durchzuführen tat es keiner, nur 3-4 Mann, von denen man es am wenigsten erwartete, haben es so weit gebracht, daß jetzt wieder ein Mann eingeklinkt werden konnte.

Kollegen, das ist noch das einzige Mittel zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, dann hat man auch in Köln ein Teil Fensterputzer, die nur für sich sorgen, sie machen sich lieber ein kleines Unternehmen, verkrachten die Arbeiter, die sonst keine Macht, wodurch sie dann einige Herren mehr verdienen, dadurch aber eine allgemeine Verheerung unmöglich machen.

Ein noch schlechterer Punkt ist das Blaumachen. Die Kollegen stellen auf der einen Seite Forderungen, denen der Unternehmer nachkommen soll, dann aber kommen sie ihren Verpflichtungen nicht nach. Unter solchen Umständen müssen ja die Verhältnisse schlecht werden. Dieses kann nur gebessert werden, wenn sich alle Kollegen zusammenfassen, regeln die Versammlungen besuchen und ihren Verpflichtungen nachkommen. Dann hat man auch so einige Kollegen darunter, die auch ein großes Wort führen, aber wenn der Koffer kommt, dann ist mal keiner zu Hause, mal hat die Familie kein Geld, und so ist immer etwas.

Die Organisationsverhältnisse haben sich ja wieder etwas gebessert, es sind annähernd 60 Fensterputzer im Verband, aber es sind noch viele, die uns fernhalten, darum, Kollegen, agitiert, schließt Euch dem Verband an und sorgt für das Befinden der Genossenschaft, dann kann auch für Euch ein besseres Verhältnis geschaffen werden.

Welcher Botschaft lohnt dem Redner für seine Ausführungen. Es waren noch einige Kollegen, die auch

an die Anwesenden ausstärkende Worte richteten und versprochen, recht tüchtig für den Verband zu agitieren.

Hierauf wurde die zahlreich besuchte Versammlung geschlossen.

Leipzig. In der am 8. April stattgefundenen Versammlung der Feinherpoker Leipzigs hielt Herr Ludwig Meierbächer einen Vortrag über das Unfallversicherungs-gesetz. Des, für unsere Kollegen besonders lehrreichen Vortrages halber waren auch die Frauen der Kollegen zu dieser Versammlung eingeladen. Nachher Beifall lobte die trefflichen Ausführungen des Redners.

Unter Gewerkschaftlichem wurden die kleinsten Schichten einer Firma (Blenke u. Schreiber) gegen ihre Arbeiter einer verbieten Kritik unterzogen. Weiter wurde ein Antrag auf Aufhebung der Sperre bei der Firma Saronia von der Versammlung bis auf weiteres abgelehnt, dagegen stimmte die Versammlung dem Vorschlage zu, einen früher ausgeschlossenen Kollegen aus Grund seines guten Verhaltens in letzter Zeit wieder als vollwertig anzuerkennen. Ein allgemeines Plut rief die Mitteilung hervor, daß der organisierte Feinherpoker Wolf sich vom Verbands das Reisegeld von hier nach Hamburg hatte geben lassen, um dort den streikenden Kollegen als Arbeitswilliger in den Räder zu fallen. Doch mißunter ist die Kunde sehr schnell, so auch hier, nach kurzer Tätigkeit führte der Betreffende mit der Leiter und brach einen Arm.

Sehr viel läßt sich noch immer der Besuch der Versammlungen zu wünschen übrig, jeder einzelne muß es sich zur Pflicht machen, unsere Versammlungen zu besuchen. Wir haben gar keine Ursache, uns auf unseren Vorbeeren auszuweichen, die Kollegen sollten doch ganz genau, daß wir immer kampfbereit dastehen müssen, wenn wir das, was wir bis jetzt errungen haben, uns auch erhalten und weiter ausbauen wollen. Denke jeder daran, daß Stillstand gleichbedeutend mit Rückschritt ist.

Handelsarbeiter.

Berlin. Die Hausdiener, Rader und Burichen der Firma Kränkel u. Moer haben durch ihr Vorgehen in diesem Jahre einige Verbesserungen in ihrem Lohn- und Arbeitsverhältnis erzielt. Die Firma, ein Fabrikations-betrieb, hat eine geregelte Arbeitszeit für Hausdiener eingeführt, von 1/8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends mit einer 1/2 stündigen Mittags-, 1 stündigen Mittags- und 1/2 stündigen Vesperpause. Ueberstunden wurden seitens der Firma seit Jahren für Hausdiener mit 33 Pf. resp. 35 Pfennig bezahlt, für Burichen mit 30 Pf. Diese Bezahlung entsprach den bestehenden Abzügen; die Erhöhung des Ueberstundenlohnes auf 45 Pf. für Hausdiener und Burichen auf 35 Pf. wurde bewilligt.

Einer weiteren sozialen Forderung hat sich die Firma nicht verschlossen. Sie gewährt jetzt ihren Hausdienern einen Sommerurlaub von 8 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes.

Ferner wurde noch erreicht: Wird ein Hausdiener, Rader oder Burichen krank, so erhält derselbe die ersten 14 Tage seitens der Firma einen Zuschuß zum Krankengeld bis zur Höhe des Lohnes.

Zwei Hausdiener erhielten sofort eine Zulage von 1 Mk. pro Woche, da der Chef auf Grund ihrer Leistungen, sowie längerer Tätigkeit dieses anerkannte.

Die Firma zahlte in früheren Jahren niedrige Anfangslöhne, doch haben die Einstellungen in letzter Zeit durch unseren Nachdruck mit 22—24 Mk. Anfangslohn stattgefunden. Die Firma hat weitere Zulagen zugesichert, da bei einzelnen Kollegen die Abzüge bei den heutigen gestiegenen Lebensmittelpreisen nach nicht ausreichen und der Aufbesserung bedürftig sind. Das Alford-Wahlverfahren soll nach Prüfung der Angelegenheit abgeschafft werden.

Wenn auch diese Firma oder deren Inhaber einen Teil der Forderungen erfüllt haben, so müssen wir bei allen berechtigten Lohnbewegungen die Bemerkungen machen, daß die Unternehmer zuerst von ihren Hausdienern ein berechtigtes schriftliches oder mündliches Vorgehen aller Beteiligten gemeinsam nicht verstehen wollen und die Kommissionsmitglieder in sehr geschickter Form dabei handeln müssen. Auch werden die Herren Chefes überall in sehr erregten Zustand versetzt, wenn sich Hausdiener und Rader erlauben, Forderungen zu stellen. Dieses, der neuen Zeit entsprechende Vorgehen an die Firmeninhaber muß bedeuten mehr von Seiten der Hausdiener und Rader Berlins, sowie allerorts benutzt werden, damit den Unternehmern, jenen Kaufleuten, klar wird, daß auch die Hausdiener und Rader rechnen können und berechtigt sind, teilzunehmen an den Früchten, die sie erst schaffen.

Berlin. Die Kollegen Hausdiener und Rader in den Teppichfabriken stehen seit 4 Wochen im Streik. Seit ungefähr 14 Tagen haben sich die ca. 15 untergeordneten in der Firma freiwillig gebliebenen Kollegen dem Streik angeschlossen, da der Unternehmer die ihnen beim Ausbruch des Streiks zugesagten Versprechungen nicht innegehalten hat. Trotzdem bei der Niederlegung der Arbeit die alten Beistelligen die größte Einmütigkeit herrschte, haben zwei Kollegen, welche Mitglieder des **Verbands Berliner Hausdiener** sind, nach dem ersten resp. zweiten Tage die Arbeit wieder aufgenommen. Der Vorstand des Verbands, welcher bei dieser Angelegenheit von seinen Mitgliedern befragt worden sein soll, scheint denselben wenig Sympathie beizubringen zu haben. Es zeigt sich hier, daß den Mitgliedern des Verbands, weil ihnen das Status keine Streik- und Gewerkschaftsmittelstellung gebühret, sondern es dem freien Ermessen und Willkür des Vorstandes überlassen bleibt, die eventuelle Unterabstimmung zu bewilligen, eben handeln nach dem Grundsatz: „Gib dir selbst, hier hast du nichts zu erwarten“, und sich als „Arbeitswillige“ selbst profilieren müssen. Die Taktik der Räder-Vorstände der Lohnbewegungen scheint auch im Verein Berliner Hausdiener Schule zu machen. Die Mitglieder stehen unter der herrschenden Gewalt des Vorstandes und eines der modernen Zeit höflichstprechenden Status, welches ihnen niemals die Gewähr bietet, daß Lohnbewegungen von Seiten des Vorstandes

unterstützt zu werden. An den Mitgliedern selbst liegt es, hier Remedie zu schaffen. Der Streik ist vorläufig unverändert und die Situation günstig, die streikenden Arbeiter, Hilfsarbeiter und Hausdiener sind einig, sie werden ausstehen in diesem Kampfe, bis auch ihnen seitens der Unternehmer Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zugesprochen sind.

Frankfurt a. M. Den eitrigen Deuten am kranken Körper gleichen manche Vorkommnisse, die die heutige Gesellschaft produziert und die durch folgendes Beispiel wieder trefflich illustriert werden.

Der Auskäufer D. war 7 Jahre bei der Firma F. Franz Nachfolger bei einem Wochenlohn von zuletzt 22 Mark beschäftigt. Durch Krankheit in der Familie war der Kollege nicht imstande, seinen Verpflichtungen dem Staate gegenüber, nämlich die Steuern zu entrichten. Trotz Reklamationen und Eingaben betr. Einbindung hatte Vater Staat kein Erbarmen, sondern legte rücksichtslos Beschlag auf den großen Lohn des Kollegen. Mancher Vater wird nun denken, die Firma war nun so liberal und erkaute dem Kollegen den Betrag — weil geschäft. Der Inhaber dieser Firma, welche die erste der Luxusgüterbranche am Plage ist, wo also Verdienste von mehreren hundert Prozent keine Seltenheit sind, erklärte dem Kollegen: „Ich sehe, Sie kommen mit Ihrem Lohn nicht aus, da ist es besser, Sie suchen sich eine Stelle, wo Sie mehr verdienen.“

So hilft also Vater Staat resp. seine bureaukratischen Vertreter das Meer der Arbeitslosen vergrößern, andererseits aber kann das Verhalten jener Geldbörsen nicht leicht genug geißelt werden. Nachdem der Arbeiter 7 Jahre ausgebeutet ist — der bekannte Zitt, hier allerdings verzögert mit einer Dosis diplomatischer Nebensarten. Da gibt es nur eine Antwort: „Pui Zeisel!“

Hamburg. Zwischen der Firma F. Meyer, Inhaber H. Giesler, Buchhandlung, Altona, Delfersallee 37, und der Ortsverwaltung Hamburg des Transportarbeiterverbandes ist nachfolgender Tarifvertrag für die Voten (Kolportage) mit Gültigkeit ab 1. April 1905 abgeschlossen worden:

Tarif

betr. Lohn- und Arbeitsbedingungen für die bei der Firma F. Meyer, Inhaber Herr H. Giesler, Buchhandlung, Altona, Delfersallee 37, tätigen Voten (Kolportage).

1. Die Entlohnung der Voten geschieht wie folgt:
 - a) für kombinierte Touren werden vergütet 16 1/2 pCt.,
 - b) für auswärtige Touren werden vergütet 17 1/2 pCt.,
 - c) für von der Firma beigelegte Prospekte, Beilagen usw. werden pro 100 Stück 15 (fünfzehn Pfennig) vergütet,
 - d) für sämtliche Arbeiten, außer den Votentouren, wird pro Stunde eine Entschädigung von 40 (vierzig Pfennig) gezahlt,
 - e) für Quartalsfachen wird nur das festgesetzte Vergütung gezahlt.

Der garantierte Lohn für geübte Voten beträgt pro Woche 24 Mk. (vierundzwanzig Mark).

2. Die Bar-Provision für neue Kunden ist dieselbe wie bei Geschäftsfreisenden und hat die Auszahlung derselben bei Abkommen auf die Geschäftszeit „nach Felerabend“ monatlich, bei Abkommen auf Werke usw. in der 11. Woche, vom Beginn des Abkommens gerechnet, bezw. nach Abnahme des 10. Heftes zu erfolgen.

3. Beim Uebernehmen werden den Voten 2 Mk. (zwei Mark) vergütet.

4. Bei verlangter Sonntagsarbeit wird ein Aufschlag von 50 pCt. gezahlt.

5. Die Festsetzung neuer Provisionsätze bei Einführung neuer Waren, etwa notwendig werdende Änderung der Touren und event. Veränderung der Provision, regelt die Firma mit ihren Voten unter Zustimmung der Ortsverwaltung selbst.

6. Bei etwaigen Änderungen laut § 5 werden die anderen Paragraphen nicht ungültig, sondern unterliegen dieselben den Bestimmungen des § 10 dieser Vereinbarung.

7. Bei Bedarf von Arbeitskräften bedient sich die Firma des Arbeitsnachweises des unterzeichneten Verbandes; die zu vermittelnden Personen müssen Fachleute sein. — In besondern Fällen findet eine Verabstimmung mit der Ortsverwaltung statt.

8. Die unterzeichnete Firma hindert ihr Personal in keiner Weise, Mitglied der für daselbst bestehenden Organisation, des Zentralverbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, zu sein.

9. Etwa entstehende Streitigkeiten werden zwischen beiden Kontrahenten erledigt und verpflichtet sich beide Teile ebenfalls zu sossende Beschlüsse zu halten.

10. Diese Vereinbarung gilt für die Dauer vom 1. April 1905 bis zum 31. Dezember 1907 und bedarf zwecks Aufhebung einer Kündigung eines der beiden Teile von einem Monat vor dem 31. Dezember 1907. — Findet diese Kündigung nicht statt, dann behält diese Vereinbarung stets Gültigkeit ein weiteres Jahr Gültigkeit. Vorstehende Vereinbarung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Hamburg, den 1. April 1905.

Für die Firma:
gez. Robert Giesler.
Für den Verband:
Fr. Gimpel, Vorsitzender.

Arbeitsordnung

für die bei der Firma F. Meyer, Inhaber Herr H. Giesler, Buchhandlung, Altona, Delfersallee 37, tätigen Voten (Kolportage).

1. Die Geschäftszeit dauert von morgens 7 bis abends 7 1/2 Uhr.

2. Die Aus- und Ablieferung geschieht in der Zeit entweder von 6—7 1/2 Uhr abends oder von 7—8 Uhr morgens oder nach beiderer Tour.

Die Auszüge sind möglichst mit der fertig expedierten Tour abzuliefern; Ausnahmen sind gestattet.

3. Die Voten sind verpflichtet, Bestellhefte für neue Abonnenten sorgfältig auszufüllen, widrigenfalls sie der Provision verlustig gehen.

4. Als Abonnenten gelten:

- a) solche des „Nach Felerabends“, die die vierte Nummer und
- b) solche bei allen anderen Werken, die das 10. Heft abgenommen haben. (Siehe auch § 2 des Tarifs).

5. Die Lohnauszahlung erfolgt Sonntags nach Fertigstellung der letzten Wochentour.

Die Auszahlung der Provision für „Nach Felerabend“ geschieht monatlich, vom ersten bis dritten Tage, bei sämtlichen anderen Werken nach Abnahme des 10. Heftes. (Siehe auch § 2 des Tarifs).

6. Sämtliche Fahrgehalte werden vergütet.

7. Das Arbeitsverhältnis kann zu jeder Zeit von beiden Seiten gelöst werden.

8. Etwaige Klagen der Voten sind zunächst dem jeweiligen Chef der Firma oder dessen Stellvertreter vorzutragen und soll nach Möglichkeit sofort Abhilfe geschaffen werden.

9. Die sofortige Entlassung aus der Arbeit kann erfolgen:

- a) bei beharrlicher Arbeitsverweigerung;
- b) bei Trunksucht;
- c) bei grober Vernachlässigung der Aushaft;
- d) bei Unterschlagungen;
- e) bei Zankfeilen gegen den Chef oder dessen Stellvertreter.

10. Glaubt ein Angestellter grundlos entlassen oder gemahregt zu sein, so hat derselbe sich an die Ortsverwaltung Hamburg des Zentralverbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands zu wenden. Derselbe versucht — bevor der Fall der Öffentlichkeit unterbreitet wird — eine friedliche Erledigung mit der Firma herbeizuführen. Scheitert dieser Versuch, dann unterwerfen sich die streikenden Parteien den nach § 9 des Tarifs zu fassenden Beschlüssen.

11. Die von den Voten zu hinterlegende Kaution beträgt 25 Mk. bis 50 Mk. (fünfundzwanzig bis fünfzig Mark). Derselbe wird auf ein geprieses Sparbuchschen belegt und hinfert der Firma nur bei Unterlassungen.

12. Fingerte Kunden werden nach § 1 e) des Tarifs vergütet.

Beizeitige hiermit, daß mir obige Arbeitsordnung vorgelegt worden ist, ich dieselbe gelesen habe und für mich rechtsverbindlich anerkenne.

Hamburg-Altona, den 1905.

Name des Voten.

Obige Bestimmungen erkennen als rechtsverbindlich an:

Hamburg-Altona, den 1. April 1905.

Für die Firma:
gez. Robert Giesler.

Für den Verband:
Fr. Gimpel, Vorsitzender.

Das Verhalten dieser Firma steht gegen andere recht wohnstaus ab.

Gannover. Der Dant des Arbeitgebers. Sechzehn lange Jahre hatte der Rader S. dem Herrn Vincrusta W. Aktion, Relief-Lapenfabrik in Niesfeld bei Gannover, treu und eifrig die Arbeit geleistet. Viele Jahre hatte er befördert, täglich von früh 6 bis abends 7, 8 und 9 Uhr, ja ganze Nächte durch für seinen „Herrn“ gearbeitet. Mit einem Wochenlohn von sieben Mark 10 Pf. hatte er als 20-jähriger Mensch begonnen, sich allmählich die beste Geschäftskenntnis von allen Angestellten erworben und jetzt geglaubt, er habe dort eine Lebensstellung (1), er könne dort ewig (11) bleiben und trotzdem im vorigen Winter, 4 Wochen vor Weihnachten, seine Entlassung erhalten! Und warum? Man höre. Ein ehemaliger Kontrolleur des Geschäftes trifft nach 7-jähriger Abwesenheit am 28. November unseren Rader abends nach Felerabend auf der Straße und laßt ihn in der Freude des Wiedersehens zu einem Glase Bier ein. Die beiden Bekannten trinken jeder ein Glas Bier, gehen zufrieden auseinander und am Montag erhält der Rader S. folgendes Zeugnis.

Der Arbeiter aus Niesfeld hat in unserer Fabrik vom 27. Mai 1887 bis 22. September 1888 und vom 31. Januar 1889 bis 30. November 1904 gearbeitet und hat die ihm übertragenen Arbeiten

zu unserer Zufriedenheit erledigt, was wir hiermit bestätigen.

Sonntagsarbeit.

Hammer, den 30. November 1904.

Ministerialrat u. Co.

Auf die ersuchte Frage des Arbeiters, weshalb er entlassen werde, erfolgte die Antwort: weil er mit dem ehemaligen Kontrahenten zusammen gekommen und ihm wahrheitsgemäß Geschäftsgeheimnisse verraten habe!

Nun, wo der Arbeiter seine 7,10 Mk. Wochenlohn mehr zu bekommen hatte, wo er mit Afford- und Ueberstundenarbeit wöchentlich 22—24 Mk. „verdiente“, nachdem er sechzehn Jahre seine Kräfte für das Kapital hergegeben, seine gesunden Finger zwischen den Maschinen gelassen hat, jetzt wird er sofort entlassen, weil er wahrheitsgemäß Geschäftsgeheimnisse verraten habe!

Ein ehrliches, aufrichtiges „Wohl“ rührt sich einem angesichts solchen Gebahrens eines Arbeitgebers aus dem Herzen, das Vergehen verdient leider, daß man seine ehrliche Meinung, was solchem „Gern“ passieren müsse, kundtut!

Aber auch für manche unserer Berufscollegen mag dieser Fall wiederum ein warnendes Beispiel sein, sich bolschistischer Organisationsansprüche. Auch dieser Arbeiterbruder fand erst jetzt den Weg zum Verstande, früher, in der „Rebellenstellung“, waren ihm solche Verbandsangelegenheiten zweifelhaft; ja als im vorigen Jahre die Not gar zu sehr drückte, fand sich der Genannte bereit, den kämpfenden Arbeitern als Streikbrecher in den Rücken zu fallen und nun, wo die Not wieder am höchsten, da ist auch die Organisation auf diesen Gesallenen. Und sie wird auch gut genug sein, ihm selbst — und vielen anderen zur Lehr!

Leipzig. Die Wach- und Schließgesellschaft glaubt ihrer bisherigen Geborgenheit, von ihr entlassen oder nicht vorchriftsmäßig abgegangenen Angestellten die Kauttionen einzuziehen, auch künftig nicht unrecht werden zu sollen — aller Verurteilung zum Trost, die diese ihre Maßnahmen in der Öffentlichkeit gefunden haben. In einem gestern abgehaltenen Eühntermin vor dem Gewerbegericht gegen die Wach- und Schließgesellschaft handelte es sich abermals um die eingezogene Kauttion eines Wächters, der ein Gehalt von monatlich 75 Mk. bezog oder pro Tag 2,50 Mk. Dieser war infolge einer Krankheit, die er sich auch durch ärztliche Mittel hatte beschleunigen lassen, unentschuldig vom Dienste weggeblieben und einige Tage darauf bei der Großen Leipziger Straßenbahn eingetreten. Nichtinhabung der achtzähligen Kauttionskaution, oder, wie im vorliegenden Falle, durch nicht gemeldete Krankheit veranlaßte Fernbleiben vom Dienste stellt aber nach einer Bestimmung der famosen Dienstinstruktion unweigerlich den Verlust der Kauttion, die bekanntlich 50 Mk. beträgt, nach sich. Vor dem Gewerbegericht ist die angeklagte Gesellschaft gegenüber dem Kläger somit stets im Rechte, und der Gewerbebericht Dr. Mueswald muß seine Tätigkeit immer darauf beschränken, an das Menschheitsgefühl des Inspektors Ulrich zu appellieren. Nach unendlicher Mühe gelang es ihm auch geschichtlich, das Herz des Mannes zu erweichen und noch etwas für den Kläger herauszuschlagen. Auch kürzlich war es so. Der Kläger reichte die Hälfte seiner Kauttion. In dieser Verhandlung klagte der Inspektor, daß in der letzten Zeit viele Wächter den Dienst verließen und zur Straßenbahn gegangen seien. Das dürfe er nicht mehr durchgehen lassen. Das mag für die Gesellschaft unangenehm sein, ist aber begreiflich; denn obwohl die Dienstverhältnisse bei der Straßenbahn alles andere eher sind als glänzend, so sind die Leute doch der Meinung, daß sie denen bei der Wach- und Schließgesellschaft vorzuziehen seien.

Wir haben kürzlich einmal den Rat auf diese Sache hingewiesen und ihn ersucht, sich die Dienstinstruktion der Gesellschaft daraufhin anzusehen, ob sie nicht gegen die guten Sitten verstoße. Da das bis heute nicht geschehen ist, wird dem Rat wahrscheinlich nichts anderes übrig bleiben, als für die Wach- und Schließgesellschaft extra einen Gewerbebericht anzustellen.

Magdeburg. Zur Lohnbewegung der Handelskassensarbeiter. Trotz der Scharfmacherei des Herrn Syndikus Dr. jur. Möllers sind eine Anzahl von Geschäftsinhabern ihren Konsularen, Rufschem und Arbeitern Lohnzulagen bewilligt. Die Lohnzulagen schwanken zwischen 50 Pf. und 5 Mk. pro Woche. Wir lassen hier die Namen der Geschäftsinhaber folgen und hoffen, daß das gute Beispiel dieser Geschäftsinhaber Nachahmer unter den Handelsherren finden wird. Wenn nicht teils der Handelsherren den berechtigten Forderungen der Handelskassensarbeiter gegenüber ein größeres Entgegenkommen gezeigt wird, kommt es notwendigerweise zu Lohnkämpfen.

Nachstehende Firmen und Geschäftsinhaber haben Lohnzuschüssen und Arbeitsverbesserungen einwilligen lassen: Kraft u. Schulze, W. Wölke, Mitteldeutsche Eisen-Handels-Gesellschaft, Magdeburger Maschinenwerke, A. v. Mohr, A. Roderwald, Paul Wilmann, Fr. Bauermeister, G. Weinhold, O. Braunsdorf, A. Wölke, Dankwart u. Richter, Engelhardt u. Tiede, Fritz Gebauer, Gähler und Webe, Fr. Crepin, G. Koeber, A. Linde, Herrn. Ruffe, Kloss, Eisenhandlung, Stoff u. Tag, Sperling u. Co., Oskar Stolle, S. Schmied, Wendt u. Kötter, Meise, Fischhandlung, Büchmann, Witz, Schmidt u. Co., W. Ulrich, G. Schallert, Gebr. Kommer, R. Lenz, A. Behr, Müller u. Kallow, Magdeburger Walzwerke, G. Linde, Paul Ruffe, Emil Schreiber, M. Lehnardt, S. Feder, A. u. Stegmann, C. Giese, Ehrenfried, Finke, Behrens u. Wölke, Wilhelm Ulrich, Aug. Ulrich, W. Lampe, Schwaibloff u. Co., Aug. Behr, Comite f. l. s.

Unter den vielen Firmen, die die Forderungen der Arbeiter im Handelskassensbereich bewilligt haben, befindet sich auch die Firma: Magdeburger Maschinenwerke. Von den acht dort beschäftigten Arbeitern sind sieben organisiert, während einer den Fortschritt an ihn ergangenen Aufforderungen, der Organisation beizutreten, stets ein hartnäckiges „Nein“ entgegensetzte. Als dem Firmeneinhaber

die Forderungen unterbreitet wurden, legte er anstandslos den sieben organisierten Arbeitern die verlangte Lohnsumme zu, während der Nichtorganisierte leer ausging. Abgesehen von dem langen Gesicht, das das Schwärzeln machte, als es von dem Umfang der Lohnzulage hörte, soll bei ihm in neuerer Zeit über die Bedeutung der Organisation auffällig schnell andere Anschauungen Platz gegriffen haben. Wir können nur wünschen, daß alle Firmeneinhaber so handeln. Ein besseres Mittel, die Schlichtigen aufzurütteln, gibt es sicher nicht.

Potsdam. In der hiesigen Allg. Ortskrankenkasse herrschten seit Jahren recht eigentümliche Zustände. Es war, als ob die Mitglieder nur der Kassenbeamten wegen da wären; diese schalteten und walteten, wie sie wollten und der Arbeiter, der im Krankheitsfalle im Kassenlokal zu tun hatte, wurde mehr wie ein Almosenempfänger, als wie ein zahlendes Kassenmitglied behandelt. Schutz daran trugen in erster Linie die Arbeiter selber, weil sie sich fast gänzlich um die Verwaltung der Kasse gekümmert hatten. Seit einiger Zeit ist das etwas anders geworden. Wiederum standen die Wahlen zum Vorstände bevor. In der Abteilung „Handelskassensarbeiter“ wurden 10 von unseren Kollegen als Vertreter aufgestellt. Zur Agitation für diese Wahl hatte der Vorstand eine öffentliche Versammlung der in dieser Branche Beschäftigten einberufen, zu der ein Berliner Kollege das Referat übernommen hatte. In seinem Vortrage: „Welche Vorteile und Nachteile bieten die Krankenkassen den Arbeitern?“ legte der Referent den Kollegen die Notwendigkeit dar, sich zu organisieren und sich Einfluß auf die Verwaltung der Krankenkassen zu verschaffen. Ganz besonders sei dies bei der A. O. K. Potsdam der Fall, erst dann könnte diese ihren Zweck, eine Wohlfahrtsanstalt für die Arbeiter zu sein, voll und ganz erfüllen.

In der Diskussion vertrat ein Vorstandmitglied der A. O. K. Potsdam die Vorzüge seiner Verwaltungslust in rechte Licht zu setzen und erklärte im übrigen, daß bei der A. O. K. Potsdam alles in schönster Ordnung und die vom Referenten angeregten Reformen längst eingeführt wären.

Während der Diskussion redete und der Referent in seinem Schlusswort ließen dem Herrn zum Gaudium der Versammlung eine wohlverdiente Witzrede zuteil werden. Nach einem kräftigen Applaus an die Versammelten, am Wahltage ihre Pflicht zu tun, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Transportarbeiter.

Cassel. Unternehmer-Zakitt. Ein Dorn im Auge ist den Unternehmern im Speditionsgewerbe unser Verband. Seit Jahren schon haben sie versucht, durch Schikanierung, Maßregeln usw. die Organisation ihrer Arbeiter zu hintertreiben, aber so wenig einer dieser Herren imstande ist, das Rad der Zeit aufzuhalten, so wenig gelang es ihnen, zu verhindern, daß die Organisation auch unter den Speditionsarbeitern Fuß fassend. Wohl oder übel müssen sie sich jetzt damit abfinden, daß die Mehrzahl ihrer Arbeiter dem f. f. Verbands angehört. Da nun die Beiträge nicht half, die Organisation zu vernichten, versuchen sie es jetzt mit dem Zuckbrod. Gelegentlich der Verhandlungen über die durch die Ortsverwaltung eingereichten Lohnforderungen versuchen die Unternehmer, ihren Arbeitern weis zu machen, daß sie von selbst schon, ohne daß der Verband die Forderungen eingereicht hätte, bereit gewesen wären, eine kleine Lohnzulage zu gewähren. Die Arbeiter brauchen doch den Verband nicht, das Geld für die Beiträge sollten sie doch lieber zu etwas anderem verwenden. Sie — die Unternehmer — wären doch gar nicht so, wenn einer etwas habe, solle er sich nur vertrauensvoll an sie selbst wenden. Ein Herr Herwig, Inhaber der Firma Bröckmann u. Grund, behauptete sogar, daß die bezahlten Beiträge von dem Vorsitzenden der Zahlstelle, dem Müller, wie er sich ausdrückte, in die Tasche gesteckt werden. Wo dieser Schläuberger seine Information her hat, befehlt er für sich. Da heute jeder klar denkende Mensch weiß, daß die von den Arbeitern an die Organisationen gezahlten Beiträge nur im Interesse der Arbeiter verwendet werden, wollen wir noch konstatieren, daß der Bevollmächtigte des Verbandes außer Zurückerstattung darrer Ausgaben keinerlei Entschädigung erhält. Wenn aber die Herren Herwig, Wenzel, Kärle usw. sich dafür interessieren, was ihren Arbeitern alles für ihre Beiträge geleistet wird, so sind wir gern bereit, den genannten Herren ein Statut der Organisation zur Verfügung zu stellen oder aber — was uns noch angenehmer sein würde — in der Versammlung der Spedition-Vereinigung einen Vortrag über die Möglichkeit der Organisation für die Transportarbeiter zu halten. Wir glauben aber heute schon versichern zu können, daß die Herren Spediteure, die wohl wissen, welchen Wert die Organisation für ihre Arbeiter hat, weder auf das eine, noch auf das andere eingehen werden. Es kommt ihnen vor allen Dingen darauf an, ihre Arbeiter vor den Verband grüßlich zu machen und somit zu verhindern, daß die Transportarbeiter aus ihrer Zersplitterung aufgeweckt werden. Bei ihnen gilt eben auch der Grundsatz: der dümmste Arbeiter ist der gefügigste Arbeiter. Mögen die Transportarbeiter dieses beherzigen und sich nicht durch die plumpe Taktik der Arbeitgeber verleiten lassen, ihrer Organisation den Rücken zu kehren. Nur die Macht der Organisation hat die Unternehmer veranlaßt, eine Lohnzulage zu bewilligen. Deshalb, Ihr Transportarbeiter, haltet fest an eurer Organisation, nur sie kann Euch vor der Willkürherrschaft der Unternehmer schützen.

Charlottenburg. Durch strammes Zusammenhalten der Kollegen bei der Firma Luckmann ist es wieder einmal bewiesen, was die Organisation vermag. Trotzdem die Firma erklärte, sie verhandelt nicht mit der Organisation, wurde sie doch eines anderen belehrt und unterschied folgenden Lohnsatz:

Der Lohn beträgt

a) für Einspänner 24 Mk., früher 22 Mk.,

b) für Zweispänner 27 Mk., früher 25 Mk.

pro Woche ohne Abzug.

Die Arbeitszeit

dauert von morgens 6 Uhr bis abends 7 Uhr inklusive Frühstück- und Mittagspause. Wer nach 7 Uhr abends

noch eine Fahrt machen muß, erhält 50 Pf. pro Fahrt, früher nichts.

Sonntagsarbeit.

Diese dauert von 8 1/2—9 Uhr morgens und soll diese Zeit nur für Pferdepflege und Wagenführern benutzt werden, andere Arbeit als diese wird nicht verlangt.

Nacharbeit.

Für die Nacharbeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens werden 3,50 Mk. bezahlt und erhält derjenige, welcher 24 Stunden hintereinander gearbeitet, hierauf 24 Stunden Ruhe.

Lohnzahlung.

Dieselbe erfolgt Sonntags.

Rückzahlung

findet nicht statt.

Ausschuß.

Wahl eines Arbeiterausschusses.

Sonntags.

Beim Abladen von Futter sollen alle Arbeiter und Kutscher mitbezogen werden.

Kauttion

bleibt bestehen.

Alle sich im Zustand befindlichen Personen werden wieder eingestellt.

Für die Firma:

Carl Luckmann.

Für die Lohnkommission:

Oberlechner.

Bismann.

Krüger.

Für die Organisation:

A. Weber.

Wenn auch nicht alles erreicht werden konnte, um den Wünschen der gesamten Kollegen gerecht zu werden, denn es fanden sich auch hier wieder Kollegen, die sich nicht vollständig erklären konnten, so kann man mit dem Erfolg vorläufig zufrieden sein. Ein jeder Kollege muß bestrebt sein, die Organisation auszubauen, damit das Erreichte auch bestehen bleibt.

Auch bei der Firma Jostke, Petroleum- und Selen-geschäft, ist es gelungen, Eingang zu finden und haben auch hier die Kollegen einen Erfolg gehabt, indem erstens das Verhängen von Strafgebern mehr eingebremst worden ist, und zweitens die Kollegen einen höheren Prozentsatz für volle und leere Seldendosen durch ein Entgegenkommen der Firma erhalten haben. Auch hier müssen die Kollegen alles daran setzen, ihre Position zu befestigen.

Hamburg. „Seid einig, einig, einig...“ Es gibt keine bessere Mahnung für die Arbeiterschaft, der unheilvollen Zersplitterung endlich Einhalt zu gebieten, als den Hohn, mit dem die Unternehmer die „getrennten Marschierenden“ überschütten, so lange die Uneinigkeit ihrer Ausbeutungsobjekte ihnen diesen Luxus gestattet. Das kann man wieder einmal so recht deutlich aus einer Notiz der „Deutschen Führer-Zeitung“ ersehen, die sich mit der Lohnbewegung der hiesigen Kutscher beschäftigt. Sie schreibt nämlich zu der von uns mitgeteilten Resolution der öffentlichen Versammlung vom Sonntag resp. zu der abgelehnten Haltung des Vereins der Fuhrherren von 1885 wörtlich folgendes:

„Die Abweisung des 80er Vereins kann doch der Sektion nicht überraschend gekommen sein. Nach Lage der Sache war der Verein gar nicht im Stande, irgendwelche Abmachungen zu treffen, denn es befanden am Orte noch zwei Unternehmervereine, außerdem aber der Verein der Kutscher vom öffentlichen Fuhrwesen, der eine Vermählung mit dem Transportarbeiterverband abgelehnt hat, also auch vom Verbands etwa eingegangene Verbindlichkeiten, betreffend Lohn- und Arbeitsbedingungen, keineswegs als bindend anerkennen würde.“

Das ist ja natürlich eine ganz saure Ausrede, aber — „Wer Ohren hat zu hören, der höre!“ Originell ist übrigens, daß die Zeitung sich naiv-böhmisch darüber aufhält, daß die Arbeitnehmers eine fieberliche Regelung durch tarifliche Vereinbarungen erstreben. Das kurze Gedächtnis! Am 20. Januar schrieb daselbstige Blatt zu den reichs-statistischen Erhebungen im Fuhrgewerbe u. a.:

„In einem späteren Stadium sollen die „Organisationen“ befragt werden, ob und wie die vorhandenen Mißstände behoben werden können und wie eine Regelung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen sei. Selbstverständlich müßten auch in diesem Falle Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen befragt werden, und somit scheinen uns diese Erhebungen vorerst einen Einfluß zu tariflichen Vereinbarungen zwischen den Organisationen haben zu sollen. Dadurch würde sich eine geistliche Regelung, die auf viel größere Schwierigkeiten stoßen dürfte, erübrigen.“

Das richtete sich damals gegen Müller, heute scheint die Redaktion des Blattes mit Müllers Mühen zu mahlen. Zwischen den Angestellten und der Firma haben unter Mitwirkung unserer Verbandsleitung Verhandlungen stattgefunden, die schließlich zu einer Abmachung geführt haben, wonach der bisherige Tarif durch Einfügung folgender Abmachungen ergänzt wird:

1. Die Arbeitszeit soll für den bevorstehenden Sommer versuchsweise um 4 1/2 Uhr werden und mit der Beendigung der Rundschaft enden. Im Winter beginnt die Arbeitszeit um 4 1/2 Uhr und endet nach der Beendigung der Rundschaft. — Der Wagen ist an das Geschäft nach Beendigung der Rundschaft zurückzuführen.

2. Arbeiten im inneren Betriebe, außer Pferdeputzen und Wagenwaschen, haben die Kutscher zu verrichten. Bei der Expedition werden den Kutschern Gültsträße zum Einparken gestellt. Je nach Umfang, und wenn es das Geschäftsinteresse erfordert, wird den Kutschern für die Beendigung der Rundschaft ein Zuschlag gestellt. Es soll die Möglichkeit versucht und geprüft werden, daß den Kutschern alle sechs Wochen ein völlig freier Tag gewährt werden kann. Wenn diese Einrichtung sich schaffen läßt, übernimmt die Firma die Bezahlung an diesen Tagen auf eigene Kosten.

3. Der feste Lohnsatz für die Kutscher beträgt pro Woche 20 Mk. Und ferner: An Provision für je verkaufte 25 Liter Vollmilch in Kannen 20 Pf., für den Ueberfluß von je 10 Liter Vollmilch in Kannen 10 Pf. Außerdem: Bei Ablieferung einer täglichen Rassa von 60 Mk. 50 Pf. und für jede weitere 10 Mk. 25 Pf. extra. Für Flaschenverlust hat die Kutscher nicht zu zahlen. Als Provision für den Verkauf von Milch in Flaschen erhalten die Kutscher für jede retournierte leere Eimliterflasche 1 Pf., für Ein-

halbierter und kleinere Flaschen $\frac{1}{2}$ Pf. Für je 100 Liter verkaufte Kanne mit dem Ruckeln ein Kanto von einem Liter gewährt. Falls von den Ruckeln der Wiederverkauf von der Bahn verlangt wird, werden denselben pro Mann und Woche 2 Pf. extra vergütet.

4. Die Ruckler haben eine Kaution von 200 Mt. zu stellen; dieselbe ist bei einer Sparrasse sicher und zinstragend zu hinterlegen. — Die Kaution haftet jedoch nur für Veruntreuungen und Unterschlagungen und nur bis zur Höhe des verursachten Schadens. Die Retourgabe der Kaution erfolgt nach Beendigung des Dienstverhältnisses und darauf erfolgter Abrechnung innerhalb einer Woche, bei erfolgter Veruntreuung und Unterschlagung, nach Feststellung des verursachten Schadens.

5. Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses ist gegenseitig eine Woche und darf nur am Taglöhne erfolgen. Bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses hat der Ruckler die Kaution der Firma aufzugeben.

6. Die im „Dienstkontrakt“ obigen Abmachungen entgegenstehenden Bestimmungen sind ab heute ungültig und respective werden längsam geändert.

Samburg. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der „Eilbader Meierei“ (Inhaber Böhm), Eilbadeviweg, geben zu mancherlei Ausstellungen Anlaß. Es werden dort 19 Ruckler und eine ständig wechselnde Anzahl Furschen und Mädchen beschäftigt. Obwohl die Löhne der Ruckler ausnehmend befriedigend sind, so stehen sie doch in keinem annehmbaren Verhältnis zu der Arbeitsleistung. Eine geregelte Arbeitszeit gibt es nicht; demgemäß ist natürlich auch von Bezahlung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit nicht die Rede. Das Jahr hat für die Leute 365 Arbeitsstage. Dazu kommt, daß die Ruckler ohne Unterschied für jede Flasche, die mit 20 Pf. berechnet wird, mit ihrem Lohne haften müssen, was zu erheblichen Lohnausfällen führt. Es kommen wöchentliche Abzüge von wohl über 10 Mt. pro Mann und Woche auf dieses Flaschenkonto. Leider schädigt auch das Uebel Publikum durch schlüssigen und gleichgültigen Umgang mit den teuren Flaschen häufig die Ruckler. Die Behandlung läßt manches zu wünschen übrig, namentlich seit etwa Jahresfrist der Inspektor Wegener im Betriebe tätig ist. Die Leute werden nicht beim Namen, sondern bei der Nummer gerufen, was bedenklich an Justizhausbräute erinnert. Schimpfworte gegen die Ruckler, die Furschen, sind an der Tagesordnung. Die Furschen, jugendliche Menschen im Alter von durchgehends 15–17 Jahren, haben übrigens ebenso lange Arbeitszeit wie die Ruckler, d. h. wöchentlich 84–100 Stunden. Dafür lohnt es pro Woche 8 Mt.; ebensoviel erhalten die ebenfalls jugendlichen Mädchen, welche eine gleich lange Arbeitszeit haben. Eine Steigerung bis zu 10 Mt. ist vorgesehen, diese Summe wird aber, da es wie im Lohnkampf aus- und eingeht, im allgemeinen nicht erreicht. Natürlich entspricht diesem ganzen Mißstand des Betriebes auch der Dienstkontrakt, den die Leute unterzeichnen müssen. Herr Böhm verfährt sich durch denselben weitgehende Rechte. Den Anordnungen muß „unwiderleglich Folge geleistet“ werden, was recht weit ausgedehnt werden kann, zumal, wenn man dazu die folgenden weiteren scharfen Bestimmungen in Betracht zieht:

§ 2. Der Fuhrmann muß das ihm überwiesene Vieh in vorgeschriebener Weise durchfahren, sich gegen das Publikum höflich und zuvorkommend benehmen und nach beendigten Verkauf auf dem kürzesten Wege zur Meierei zurückfahren. Ein Einsteigen in Wirtschaften während der Fahrt ist ihm streng verboten, es sei denn, daß dasselbe in Ausnahmefällen zur Fütterung und Erfrischung des Viehes nötig ist.

§ 3. Falls der Fuhrmann seinen Dienst verläßt, hat er zuvor im Monitor der Meierei sämtliche Kunden auf das gewissenhafteste, d. h. Name und Wohnung derselben angegeben; auch ist er verpflichtet, seinen Nachfolger in vorchriftsmäßiger Weise anzukündigen und ihn bei der ganzen Kundschaft einzuführen.

§ 4. Mißhandlungen des Viehes, Unhöflichkeiten gegen das Publikum oder seine Vorgesetzten, Trunkenheit im Dienst, Unterschlagung oder Diebstahl bedingen die sofortige Entlassung des Fuhrmannes ohne Kündigung und ohne Entschädigung, sowie den Verlust der geleisteten Kaution. Letzteres trifft auch zu, falls der Fuhrmann seinen Dienst ohne vorchriftsmäßige Kündigung einstellt.

§ 5. Bei dem Dienstantritt hat der Fuhrmann eine für die Zeit seines Dienstes ihm mit 5 Pf. pro anno zu verzinsende Kaution von dreihundert Mark bei der Eilbader Meierei zu hinterlegen. Die Rückzahlung der Kaution erfolgt eine Woche nach Auflösung des Dienstverhältnisses, es sei denn, daß Herr Böhm berechtigt ist, die Kaution noch länger oder ganz einzubehalten.

Der Fuhrmann verpflichtet sich, sowohl während seines Dienstverhältnisses zu Herrn Böhm als auch nach Auflösung desselben, keinerlei aus welchem Grunde die Ruckler des Herrn Böhm denselben abspenstig zu machen oder machen zu lassen. Er verpflichtet sich ferner, die Namen und Adressen der Kunden des Herrn Böhm keinem anderen Wiederverkäufer oder Konkurrenten zu verraten, auch während drei Jahre nach Auflösung seines Dienstverhältnisses zu Herrn Böhm weder für eigene noch für fremde Rechnung an Kunden des Herrn Böhm die von diesem gestellten Meiereiprodukte (Milch, Butter etc.) zu liefern. Im Falle der Uebertretung dieser Verpflichtung zahlt der Fuhrmann Herrn Böhm eine Konventionsstrafe von fünfzig Mark für jeden Konventionsfall, unbeschadet des Rechts des Herrn Böhm, eventuell, Erfolge eines höheren Schadens zu beanspruchen oder eine Bestrafung des Fuhrmannes zu veranlassen.

Wichtig ist schließlich diesem Kontrakte die Dienstinstruktion an, welche lautet: Die Fuhrleute der Eilbader Meierei fahren unter der Aufsicht der Beamten; sie haben ihre Pferde zu putzen, das Geschirr nach Vorschrift zu reinigen und die Wagen penibelt sauber zu erhalten. Zum Dienst haben die Fuhrleute stets pünktlich, ordentlich und sauber gekleidet zu erscheinen, müssen während des Dienstes die ihnen geleisteten Sachen tragen und beim Fahren vom Wagen eine gerade Haltung an-

nehmen. Im Dienste darf unter keinen Umständen geraucht werden; auch dürfen keine Schandwirthschaften während der Dienststunden ausgeübt werden. Die Fuhrleute müssen höflich und zuvorkommend sein, die ihnen anvertrauten Sachen, als Pferde, Wagen, Geschirre usw., vor dem Grundstücke der Meierei aus seine Produkte in der Meierei gehörigen oder eig. eigenen Gefäßen mitführen. Falls der Fuhrmann als Beihülfe einen Furschen erhält, so hat er für dessen ordentliches Benehmen dem Publikum gegenüber Sorge zu tragen.

Zur Durchführung dieser Bestimmungen dient ein sehr weit ausgebautes Straßensystem. Für das geringste Versehen — einige Minuten zu spät zum Dienste zu kommen u. v. a. m. — werden 50 Pf. abgezogen, die angeblich zu mildtätigen Zwecken verwandt werden, deren Wesen freilich den Leuten bisher fremd geblieben ist. Dabei wird den Leuten die Innehaltung der Vorschriften sehr erschwert. Sie sollen z. B. sauber an der Kundschaft erscheinen, was ja aus sonderlichen Gründen auch durchaus notwendig. Ehe sie aber an das Publikum gehen, müssen sie sehr unangenehme Arbeiten verrichten, wie z. B. Düngelarren, Hufe schmirren, Wagen schmirren usw. Dabei fehlt jedoch eine ausreichende Waschgelegenheit; denn das Verleihen der Räume, in denen eine gründliche Reinigung möglich wäre, ist den Rucklern nach ihrer Angabe nicht gestattet. Am Sonntag müssen die Ruckler die zum Teile weit verstreute Kundschaft voll bedienen, was ohne Uebertretung der Sonntagsruhevorschriften kaum möglich ist. Sehr im argen liegen auch die Abortverhältnisse.

Krefeld. Unsere Organisation ist seit ihrem Bestehen den Krefelder Spektakeln, namentlich der Firma Schaefer u. Schaefer, ein Dorn im Auge.

Im Januar dieses Jahres schon versuchte, diese Mutterfirma den Tarif zu durchbrechen, indem sie den Arbeitern einen Revers zur Unterzeichnung vorlegte, wonach die Arbeiter sich mit 21 Mt. Lohn (d. h. 3 Mt. Zogelohn) für 7 Arbeitsstage zufrieden geben sollten. Dieser wurden laut Tarif 21, 22 und 23 Mt. Lohn, die Wochenlohn- und Ueberstunden mit 40 Pf., die Sonntagsarbeit mit 50 Pf. pro Stunde bezahlt.

Durch das feste Zusammenhalten der Kollegen in der Organisation wurde diese Verschlechterung abgewehrt. Immer wieder versuchte es die Firma, die Kollegen zu mahregeln, den Verband zu schädigen. In der Osterwoche wurden wieder zwei Kollegen ohne jeden stichhaltigen Grund gefeuert, die gesamten Kollegen erblinden hierin wieder eine Mahregelung und verlangten die Zurücknahme der Kündigung. Letzteres erfolgte nicht, stattdessen legten unsere Kollegen, 21 an der Zahl, die Arbeit nieder. Zwei Arbeitswillige blieben stehen, auf die von vornherein nicht gerechnet wurde.

Von den Gehilfen war einer rund 20 Jahre, der zweite ca. 17 Jahre im Betrieb tätig. Die Firma sucht den Betrieb mit allerhand des Jahres unzulässigen Elementen aufrecht zu erhalten, Schaffer, Gärtner, Scherenscheiser, im Verein mit den Kommiss der Firma spielen die Kausreiber. Am schlimmsten sind letztere daran, aus den mangelhaften Bureausräumen auf die rauhe Landstraße, die Feder mit der Peitsche und den Jägeln verhaftet, ist nicht gerade angenehm. Ob denn diese Kausreiber im Grad nicht etwas mehr menschlich-kollegiales Gefühl und Takt ihren Kollegen mit der schwüligen Faust gegenüber zeigen könnten? Die Firma kann ihnen nichts anhaben, wenn sie nur die Arbeit verrichten, für die sie angenommen sind und sich nicht zu Arbeitswilligen degradieren, zu einer Handlung, die bei gestellten, anständigen Menschen als die größte Schmach, die je ein Mensch auf sich laden kann, angesehen wird.

Jeder Arbeitswillige kostet der Firma 10 Mt. Vermittelungsgebühr. Tut nichts. Die Hauptsache ist, daß der Geschäftsführer alles seinen Willen durchdringt. Die alten Leute, die jahrelang im Betriebe tätig waren, die sich in jeder Hinsicht als zuverlässig, treu und eifrig bewährt haben, tauschen man mit Leuten ein, die jahrelang nicht mehr gearbeitet haben, die sich von Dornen ernähren lassen, die nur Arbeit angenommen, um in den Besitz einer Arbeitsbescheinigung zu kommen und dem Arbeitslosentum zu entgehen. Die Streikenden sind trotz ihrer außerordentlichen Stimmung.

Die Polizei stellt sich, wie bereits erwähnt, auf Seite des Unternehmers. Die Herren Arbeitswilligen werden durch Polizeibeamte vom Geschäft zur Wirtshaft zur allgemeinen Fütterung geführt und wieder abgeholt, damit sie kein Streikender mit diesem Kränken in Verührung kommt — und es ist gut so, man hält sich Krantheiten und Ungeheuer vom Leibe.

Eine Erfahrung lehrt uns dieser Streik wieder, die Organisation ausbauen und ausbreiten bis in die kleinsten Winkel, wo die gut organisierten Städte, wie Elberfeld, Köln, Düsseldorf, keine Arbeitswilligen liefern, weil sie die bunten Dutzenden, die die Stadt Krefeld herum miteinander, das gefährliche Streikbrennstoff sind. Die Stadt Duisburg zu helfen, in Truppe bis zu 10 Mann kommen sie mit ihrem Seelenverfall, genannt Stellenvermittlung, angezogen, um dann ebenso schnell wieder zu verschwinden, wenn sie von den wahren Tatsachen unterrichtet sind. Hier in Duisburg hat die Organisation noch ein schweres Hindernis, unaufrichtig muß an dieser zurückgebliebenen aller Arbeiterkategorien gearbeitet werden, um aus diesen funktionsfähigen Menschen zielbewußte, charaktervolle Männer mit eigenem Willen zu erzielen.

Mies a. Elbe. Unsere erste Lohnbewegung. In einem Schreiben vom 1. April stellten unsere Kollegen bei der Firma August Schneider, Spektion und Kassierwerk, nachstehende Forderungen:

1. Lohn.

Der Lohn ist Sommer wie Winter der gleiche und beträgt:

- a) für Ruckler 20 Mt. pro Woche
- b) „Aufsaher“ 18 „

Die Lohnzahlung findet Freitag statt.

2. Auslösung.

Personal, das verhindert ist, in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags am gewöhnlichen Orte sein Mittagbrot einzunehmen, erhält dafür 80 Pf. Auslösung. Dauert eine Tour länger als 8 Std., so ist dafür eine Auslösung von 60 Pf. zu bezahlen.

Bei „Ueberlandfahrten“, welche mit Uebernachtung verbunden sind, beträgt die Auslösung 2,50 Mt. pro Tag und Nacht a Person, zuzüglich der eventuellen Kosten für Futtermittel und Standgelde.

3. Ueberstunden.

An der gegenwärtig üblichen Arbeitszeit wird nichts geändert. Von abends $\frac{1}{2}$ Uhr an werden Ueberstunden und zwar 85 Pf. für Ruckler und 80 Pf. für Aufsaher z. pro Stunde bezahlt. Sonntagsarbeit gilt immer als Ueberstundenarbeit, soweit nicht Füllern und Putzen der Pferde in Frage kommt.

4. Stallwache.

Die Stallwache wird wöchentlich mit 3 Mt. vergütet.

5. Aufenthaltstraum.

Die Firma hat für Schaffung eines gefunden Aufenthaltstraumes für das Personal Sorge zu tragen. Eine Antwort erfolgte auf dieses Schreiben nicht, auch eine zweite, bringender gehaltene Mahnung seitens des Gausleiters blieb ohne Beantwortung. Dagegen brachte eine persönliche Auseinandersetzung des Gausleiters und eines Dresdener Kollegen mit der Firma kein Resultat. Die „stenden Konkurrenzverhältnisse am Orte“ wurden immer und immer wieder als Hinderungsgrund seitens der Firma ins Feld geführt. Der Gausleiter drach deshalb die Verhandlungen ab mit der Erklärung: „Wir werden Ihnen noch einmal Gelegenheit geben, die Angelegenheit in Frieden zu regeln, versagt auch dieses Mittel, so wird die Nacht entfallen.“

Mangels eines Gewerbegerichtes, das als Einigungsamt hätte angerufen werden können, wurde unsererseits Herr Bürgermeister Dr. Dehne als Vermittelungsperson angerufen, welcher in anerkannter Weise dem Ansuchen auch entsprach. In einer am 15. April stattgefundenen Verhandlung kam nachstehende Vereinbarung zustande:

Krefeld, den 15. April 1905.

Protokoll.

Es erschienen Herr Moritz Gausch als Inhaber der Firma August Schneider mit seinem Prokuristen Herrn Schwanz und die Herren Richter und Robbi.

Es wird folgendes vereinbart:

1. Die Löhne werden um 1,50 Mt. pro Woche aufgesetzt.
2. Die Lohnzahlung erfolgt Freitag.
3. Die Forderungen zu 2. und 4. werden bewilligt, mit der Maßgabe, daß Ueberstunden für Ruckler von 8 Uhr und für Aufsaher und Arbeiter von 7 Uhr an gerechnet werden.

3. Zu 5. sichert Herr Gausch zu, den Aufenthaltstraum zu verbessern, sobald ihm dies dautlich möglich sein wird. Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

Rrefse, Stadtschreiber.

Protokollführer.

Dr. Dehne, Aug. Schneider, ppa. A. Schneider, Schwanz, Otto Richter, Otto Robbi.

Mit diesem Abschlus können unsere Krefelder Kollegen wohl zufrieden sein, haben sie doch damit ganz ansehnliche Vorteile gegen früher errungen. Ihre Aufgabe wird es nun sein, dafür zu sorgen, daß die Kollegen in den anderen Betrieben ebenfalls zu diesen Vergünstigungen gelangen. Geht dies, so hört die sogen. Schmutzkonturrenz ganz von selbst auf. Wenden sie aber auch immer daran denken, daß ihr Verband es war, der ihnen diese Vorteile verschaffte, mögen sie ihn dafür die Treue halten.

Herrn Paul v. Maur ins Stammbuch. Die „Soziale Praxis“, das Organ des ehemaligen preussischen Handelsministers von Lerch, des Vaters der Kaiserlichen Erlasse vom Februar 1890 schreibt:

„Die Maßregelung einer Auskunftsperson bei den Vernehmungen über das Fuhrwerksgewerbe mußte der Vorherrschaft des Weirats für Arbeiterkassat in der jüngsten Tagung zur Kenntnis bringen. Vom Vorstand des Verbandes der Handels-, Transport- und Vertriebsarbeiter wurde mitgeteilt, daß von dem Kassapreder Paul v. Maur in Stuttgart ein Ruckler wegen seiner Aussagen vor dem Weirat am 11. Januar d. J. gemahregelt worden sei. Im Interesse des Fortganges und des Wertes des sozialistischen Erhebungen muß ein derartiges Vorkommnis auf das schärfste verurteilt werden. Es ist ganz naturgemäß, daß Arbeiter und Angestellte wahrheitsgetreue Aussagen vor der Behörde nur machen können, wenn sie sicher sind, daß gemäß den Ausführungen des Vorherrschafts des Weirats bei Einleitung der Verhandlungen, ihnen irgend welche Nachteile aus ihren Aussagen nicht erwachsen werden. Der Vorherrschaft des Weirats darauf hin, daß die Arbeitnehmer von der Ehrenhaftigkeit der Arbeitgeber erwarten könnten, daß ihnen aus dem, was sie der Wahrheit entsprechend auszusagen würden, irgendwelche Unzuträglichkeiten nicht erwachsen würden.“

Gegen eine Unbilligkeit, wie sie in der angeführten Maßregelung zum Ausdruck kommt, muß von der öffentlichen Meinung auf das schärfste Front gemacht werden, aber auch die Regierung darf hier, wo sie gewissermaßen ihr Wort für die Sicherheit der Arbeiter in ihrem Arbeitsverhältnis versprochen hat, nicht müßig bleiben. Stehen ihr rechtliche Zwangsmaßnahmen gegen derartig cássandische Arbeitgeber nicht zur Verfügung, so ist ein solcher Fall prinzipiell nichtig genug, um dem Vertreter der Regierung im Reichstage zu einer öffentlichen Erklärung Veranlassung zu geben, daß auch die Regierung ein derartiges Vorkommnis verurteilt. Unseres Erachtens verleiht überdies eine Entlassung aus dem in Rede stehenden Grunde gegen die guten Sitten und würde daher auch zu einer erfolgreichen Klage auf Entschädigung Anlaß geben.“

Wir haben dieser vernichtenden Kritik von bürgerlicher Seite wirklich nichts hinzuzufügen, glauben jedoch, daß der

Serr v. Maur moralisch zu abgebrüht ist, als daß er einer Besserung fähig wäre. Wer kein Gewissen hat, dem predigt man auch umsonst die Lehre der guten Sitte.

Führerfreiheit im badiſchen „Mittelstande“.
In Daxlanden, einem Vorort von Karlsruhe, liegen seit Montag, den 10. April, 16 Führer im Streik, da sich die Ziegeleibesitzer der Umgebung weigerten, den Führerwertbesitzern eine Tarifserhöhung zu gewähren. Die Verhandlungen verliefen bisher resultatlos, weshalb sich die Streikenden an die Gemeindeverwaltung zu Daxlanden wendeten, die nun auf Anregung der Streikenden alle Schienengleise entfernen läßt, welche von den Ziegeleien zur Bahn oder zu den Ladestellen führen und somit diese Gleise auf gemeindlichen Boden liegen. Die Situation steht für die Streikenden günstig und ist zu erwarten, daß die Forderungen wohl genehmigt werden. Uebrigens sind die im Streik stehenden aus Ausländern entworfen, umsonst, da sie ihre Rechte jetzt mit selbständigen Beschäftigten können, die nun in Gottes freier Natur über den Streik der Patrone nachdenken können. Die Bevölkerung von Daxlanden sympathisiert mit den Ausländern, was sich am Besten aus dem Beschluß der Gemeindeverwaltung ergibt.

Entgegen über soll ein gemeingefährliches Vorgehen seitens Führer herrschen, jedoch in den Kreisen des Arbeitgeberbundes für das Fuhrerwerk Mittelbergs. Derselbe hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Führer von Daxlanden in Baden seine Mißbilligung auszusprechen, da sich für Führer einen Streik nicht gezieme, indem dadurch auch in die „Bauern“ Schädelschlag gebracht würde und die „Rechte“ es den „Serren“ nachmachen würden. Auf Antrag des I. Rönigk, württembergischen Hofpöblistens und Württembergers wurde der Schriftführer mit der Ausarbeitung einer Interpellation an den badiſchen Landtag beauftragt, doch lehnte dieser ein solches Ansuchen ab, Antennen er noch nie „so etwas“ gemacht habe. Schließlich übernahm ein Baumeister auf Zureden des Herrn Wöhr, genannt der Harte, den Auftrag und wird wahrscheinlich der Inhaber der berühmten Stuttgarter Fahrstraße das Schriftstück persönlich an den Vorort des hohen badiſchen Hauses überreichen. Der „Mittelstand“ aus Karlsruhe soll ihn dabei begleiten, damit er sich nicht schließend in der Nähe des einseitigen Spiels verirrt.

Im Vertrauen wollen wir noch den Streikenden ver raten, daß auf die Interpellation hin Reiner derselben mehr im Rheinischen oder auf einem Großherzoglich badiſchen Bahnhof fahren darf, auch sind die 16 bereits auf die schwarze Liste gesetzt und werden jedem Ziegeleibesitzer benutzet.

Wir aber wünschen den Daxlander Fuhrerunternehmern vollen Erfolg. Es ist brav von ihnen, daß sie endlich mal daran gegangen sind, die Schmutzkonkurrenz unter sich zu beseitigen, was die Herren Groß- und Kleinfuhrer unternehmer mit ohne „von“ Hofpöblistens und Württembergers nicht nur in Baden, sondern auch in den übrigen deutschen Vaterländern sehr notwendig hätten.

Währendem werden auch die Fuhrleute die Zeichen der Zeit verstehen lernen und sich unserm Verbande anschließen.

Die internationale Transportarbeiter-Federation erstreckt sich über Österreich, Italien, Frankreich, Portugal, Nordamerika, Belgien, Holland, Deutschland, Schweden und Norwegen. England und Dänemark sind ausgeschlossen. Der Austritt der englischen Organisationen erfolgte aus getränktem Nationalstolz der leitenden Personen. Die Führer der englischen Organisationen können es nicht verwinden, daß ihnen die Leitung der F. T. F. abgenommen und ihre Geschäftsführung als einfach „unter aller Kritik“ auf dem Kongress in Amsterdam bezeichnet wurde. Die Organisation der Seelute in Dänemark schied deshalb aus, weil sie sich auflöste infolge des unmittelbaren Druckes der Reeder; sie wandelten ihre Organisation in eine Unterstützungsvereinigung um. Die Mitgliederzahl der F. T. F. beträgt 176.711. Diese Gesamtsumme zerfällt in gemischte Organisationen (Hafenarbeiter, Seelute, Transportarbeiter, Handelsarbeiter usw.) mit 75.750 Mitglieder, Eisenbahner mit 68.080 Mitglieder, Hafenarbeiter mit 84.650 Mitglieder, Seelute mit 6882 Mitglieder, Feiger und Maschinenisten (Flußdampfer) mit 1000 Mitglieder und Straßenbahner mit 649 Mitglieder. Neu angeschlossene haben sich die Organisationen der Hafen- und Transportarbeiter in Norwegen und die Eisenbahner in Holland. In allerhöchster Zeit betreten werden die amerikanischen Seelute mit 28.000 Mitglieder, die französischen Eisenbahner mit 45.000 Mitglieder, die spanischen Seelute mit 8000 Mitglieder, die Eisenbahner in Schweden mit 5000 Mitglieder, und die Eisenbahner in Dänemark mit 4500 Mitglieder. Die demnächst stattfindenden Kongresse werden die Entscheidung bringen. Der Zusammenschluß aller verwandten Organisationen des Transport- und Verkehrsgewerbes zu Wasser und zu Lande ist die natürliche Folge der internationalen Vertretung des Kapitals. Die internationale Solidarität ist mächtig erwacht, die Landesgrenzen werden immer mehr verwischt, kein Meer ist zu weit, daß sich die gleichen Berufsgruppen nicht zum drückendsten Händedruck, zu gegenseitigem Schutz und Trutz vereinigen könnten. In den nächsten Jahren wird die F. T. F. sich mächtig entwickeln, so daß auch ein stürmischer Sturm, wenn er einmal über dieses Gebäude hinwegbrausen sollte, dasselbe nicht in seinen Grundfesten erschüttern wird.

Öffentliche und

Mitglieder-Versammlungen.

Mersburg. Sonntag, den 16. April, fand in der Funkenburg eine gutbesuchte Versammlung statt, in welcher Wörmes und Müller Bericht über die Verhandlungen betrefſ der Entlassung des Kollegen Hoffmann in der Wechauer Mühle erstatteten. Es ergab sich, daß von seinen dort beschäftigten Arbeiter, von welchen nur Hoffmann organisiert ist, der Fehler gemacht wurde, die Arbeit am Sonntag zu verweigern, welche von ihnen bis dato anstandslos gemacht wurde. Dies wurde als Entlassungsgrund angegeben und die Wechauer Mühle verweigert. Selber haben sich hier Unorganisierte in das Bild gelegt, das der organisierte Arbeiter gemacht hat, denn die geforderte Lohnerhöhung ist bewilligt. Es ist Pflicht der

dort beschäftigten Kollegen, sich der Organisation anzuschließen, sonst könnte vielleicht das Erzeugnis sehr leicht wieder verloren gehen. Betreffs einer event. Lohnbewegung in Mersburg erklärte Wörmes, es müsse unbedingt Pflicht eines jeden Kollegen sein, die Unzufriedenheit der Organisation zuzuführen, um so einen einheitlichen Lohnsatz in Mersburg durchdrücken zu können. Wörmes wurde noch, daß das Vorgehen des Kol. Hoffmann auch Einfluß auf einige andere Firmen gehabt hat, da man den dort beschäftigten Kollegen ebenfalls eine Lohnzulage gewährte. Es entspann sich eine rege Diskussion, in welcher Hoffmann aufforderte, die Kollegen möchten sich mehr an der Agitation beteiligen; aber auch das Volksblatt dürfe auf seinem Arbeitertische fehlen, denn nur aus diesem Blatte könnten sie lernen, wie ungerecht heute dem Arbeiter mitgespielt wird.

Mewis. Wir bitten die Kollegen, darauf zu achten, daß unser Versammlungstafel sich jetzt bei Deisner, Postenstraße 7/48, befindet, da im alten Lokal die Arbeiter nicht mehr gern gesehen werden.

Mischoff. In der am 9. April stattgefundenen allgemeinen Ratsoberversammlung sprach ein Kollege über: „Wie erhalten wir uns die erzielten Erfolge und schaffen uns Tarife?“ Redner schilderte eingangs seiner Ausführungen den Kampf der Griminaldauer Weber, die während der Dauer des Streiks stattgefundenen Gründung des allgemeinen deutschen Arbeitgeberbundes. Seit dieser Zeit haben wir im Zeichen der Organisation auf allen Gebieten. Unternehmer wie Arbeiterverbände rüsten sich im Ausbau der Organisation. Wollen die Arbeiter stabile Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben, sich erhalten und Tarife durchsetzen, so muß jeder Arbeiter, der noch nicht organisiert ist, dem Verband beigetreten werden. Redner geht auf einige von seinen der Unternehmer mit ihren Auftragsverhältnissen ein, beleuchtet den Inhalt derselben und die Verpflichtungen, welche für den Arbeiter unannehmbar waren und stellt fest, daß da, wo die Arbeiter geschlossen und seit in der Organisation waren, Tarife bereits mit den Unternehmern von seinen der Organisation abgeschlossen worden sind, z. B. Mühlentauern, Mühlentauern, Expeditionsgewerbe, und nennenswerte Erfolge gebracht haben. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Referat sprachen einige Diskussionsredner im Sinne des Referenten. Die Versammlung beschloß sich im nächsten Punkt mit der Lokalfrage des provisorischen Arbeitsnachweises. In Vorschlag kommen die Lokale: Hoppe, Schried, Grunewald, Biehl, Gellert und Hennig. Nach einer sehr lebhaften Diskussion wurde das Lokal Grunewald, Richardstr. 122, am geeigneten gehalten und entschied die Majorität für dasselbe. Die Eröffnung des provisorischen Arbeitsnachweises erfolgte am 1. Mai in diesem Lokal.

Zum 4. Punkt der Tagesordnung lief folgende Resolution ein, welche vom Kollegen Schlicht begründet wurde.

Resolution:

Die Mitglieder Kollegen protestieren energisch dagegen, daß die Redaktion des „Courier“ ihr Verprechen betrefſ der Ratsober Versammlungsberichte, deren Erscheinen im „Courier“ zugesichert wurde, bisher nicht nachkommen ist. Die Kollegen verlangen nunmehr, daß die Berichte der Ratsober Versammlungen veröffentlicht werden.

Kollege Franke führte unter anderem an, daß schon zu wiederholten Malen Proteste erhoben wurden, aber bisher nicht berücksichtigt wurden.

Kollege Kahler ist der Meinung, wenn die Berichte der Fensterputzer, wo nur ca. 200 Kollegen der Organisation angehören, im „Courier“ Platz haben, dann müßten die Ratsober Kollegen sich recht verlangen, daß ihre Berichte veröffentlicht werden; umsonst, da am Orte ca. 900 Kollegen organisiert sind. Kollege Straube wünscht prinzipiell, daß den Wünschen der Ratsober Kollegen Rechnung getragen wird, weil man mit ca. 900 Kollegen zu rechnen hat. Die Kollegen Wöhr und Straube wurden beauftragt, mit dem Zentralvorstand Rücksprache zu nehmen und in der nächsten Ratsober Versammlung Bericht zu erstatten. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Kollege Wöhr teilt mit, daß eine neue Zahlstelle für Ratsober bei Biehl, Reuterstr. 62, eingerichtet ist und schließt hierauf die aufgeschobene Versammlung.

N. B.: Die Redaktion richtet sich bezüglich der Aufnahme der Berichte nicht nach der Zahl der Kollegen am Orte, sondern nach dem Inhalt der Berichte. D. R.

Gingefandt.

An die Ratsober Königsberg!

Wann werden die Kollegen aus dem Vordröschenschlaf erwachen? Es ist die höchste Zeit, daß sie mit klarem Blick ihre traurige Lage übersehen. Vor allen Dingen müssen sie sich bewußt sein, daß sie auch Männer sind und Königsberg auch noch zum deutschen Reich gehört. Wir können mit Recht sagen, daß die Zustände am Orte die traurigsten sind. An dem liegt es denn, daß wir mit Hungerlöhnen zufrieden sein müssen? Wer ist Schuld daran, daß die Arbeitgeber unsere Arbeitszeit noch weiter ausdehnen? Nicht nur, daß man uns bis in die halbe Nacht beschäftigt, sondern auch des Sonntags. Wo ist die für uns gesetzlich bestimmte Ruhezeit? Die Herren pfeifen auf das Gesetz, das zu unserem Schutze erlassen ist; es steht ja auch nur auf dem Papier und fehlt die beherrschende Kontrolle. Die größeren Geschäfte schicken ihre Faktoren abends, kurz vor oder nach Geschäftsschluß, den Rücken voll Pakete gepackt, auf die Tour; wenn diese Arbeit beendet, dann ist die Uhr mitunter auch 1/10 geworden. Nun hat aber auch der Königsberger Hausbienen Feiertag, er kann sich zum Ratsober begeben und für den nächsten Tag Kräfte sammeln, wenn die will es der Kapitalist.

Die Kollegen, welche die Post zu bekommen haben, kommen auch erst um 1/2 oder 3/4 von der Post zurück. Wo bleibt da die nächste 11stündige Ruhezeit? Auch die Sonntagsruhezeit wird viel von unseren „Beitragern umgangen“; statt daß die Kollegen um 1/10 Uhr frei haben, steht man sie noch um 1 Uhr, auch noch später, Pakete austragen oder den Handarren ziehen. Ja, es kommt sehr häufig vor, daß sich Kollegen nach dieser Arbeit reißen, um nur die Gasse des Herrn zu erlangen. Der Arbeitgeber hat Kennenbild, er weiß seinen Vorteil aus diesem willigen

Arbeitsstier zu ziehen. Aber solch ein Kollege hat auch nur solange das Sattessen, wie seine Arbeitskraft vorhält; ist diese verbraucht, so erhält er denselben Fußtritt wie jeder andere. Dann heißt es gewöhnlich: Sie sind uns zu alt, das Geschäft ist größer geworden, dementsprechend ist auch mehr zu tun, wir brauchen einen jüngeren Menschen. Ja, wie lange hält unsere Arbeitskraft an? Wer unsere anstrengende Tätigkeit kennt, der wird wohl wissen, was es heißt, vom frühen Morgen bis in die späte Nacht laufen wie ein Windhund, dann auch noch immer treppauf treppab, vor dem Handwagen liegen oder im Packraum arbeiten. Ist es nicht eine Schande, daß unsere Frauen ihre Arbeitskraft den Kapitalisten verkaufen müssen, damit die Kinder nicht hungern oder nach herumlaufen.

Dieses Alles haben wir nur unserer Interessenlosigkeit zuzuschreiben. Viele Kollegen sind sehr stolz darauf, als lebende Plackatsäulen auf der Straße herumzulaufen, ein Wunder, daß der Chef nicht noch auf dem Rücken des Faktors sein ganzes Warenlager zur Geltung bringt. Auch den „Braven“ wird von den Chefs, wenn die Zeit da ist, der Gnaden-Fußtritt verfehlt; dann erst wachen die Kollegen auf, dann erst ist ihnen klar geworden, daß sie nur Ausbeutungsobjekte gewesen sind. Kollegen! Seht, wie die Arbeitgeber sich zusammenschließen; dieses tun sie nicht zum Vergnügen, sondern zu ihrem Vorteil. Wie schon gesagt, Königsberg gehört noch zum deutschen Reich, hier haben wir dieselben Gesetze wie im Westen, und die verbesserten Verhältnisse, in denen unsere Kollegen dort leben, haben sie sich durch stammige Organisation errungen, deshalb müssen auch wir Mann für Mann uns der Organisation anschließen, um unsere Lebenslage zu verbessern; tun wir dieses aber nicht, gehen wir gleichgültig darüber hinweg, dann sind wir Verlorene an uns und unseren Kindern. Wir müssen die Monstere der Zukunft sein. Deshalb, Kollegen, herunter mit der Schlafmütze, aufgemacht und heran an die Arbeit, werdet Mitglieder unseres Verbandes, der wirklich euer Interesse verteidigt, besucht fleißig die Versammlungen, lest dieses Blatt, und wenn ihr es gelesen habt, so gebt es anderen Kollegen, die noch nichts von unserm Verband wissen. Einer von Vielen.

Mitglieder in Charlottenburg.

Anlässlich der Generalversammlung in Frankfurt a. M. ist unser Bureau von 12 bis 2 Uhr und abends von 6 bis 10 Uhr geöffnet. Das Bureau befindet sich Rosinenstr. 2/1 Sonntags geschlossen. Telephon Amt Charlottenburg Nr. 4457.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß unsere Hausstapler mit einer Legitimation versehen sind, welche den Stempel der Ortsverwaltung Charlottenburg tragen. Alle diejenigen Stapler, welche keine derartige Legitimation vorzeigen können, sind keine Charlottenburger Stapler und sind Beiträge an diese nicht zu entrichten. Unsere Mitglieder-Versammlung findet am 14. Mai (Sonntag), abends 7 Uhr im Volkshaus statt. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein.

Wir bitten zu dieser Versammlung rege Agitation zu entfalten.

Die Ortsverwaltung.

J. A.: Gebert.

Für die Ortsverwaltungen des Gau III, Broding Brandenburg und Pommern, befindet sich das Bureau des Gauverwalters Charlottenburg, Rosinenstraße 2, 1, Telephon 4457 und sind alle Briefe zc. dorthin zu senden. Der Gauvorstand.

Mitteilungen des Zentral-Vorstandes.

Delegierte zur Generalversammlung sind noch gemeldet:
Beitrag 1, Königsberg: Hahlsberg-Königsberg.
Beitrag 2, Götting: Döring-Bunzlau.
Beitrag 3, Lüneburg: Stelling-Lüneburg.
Beitrag 10, Paderborn: B. Schuler-Fürth.
Beitrag 16, Götting: Müller-Götting.
Beitrag 27, Götting: Dettmering-Götting.
Beitrag 28, Frankfurt a. M.: Habicht-Frankfurt.
Beitrag 30, Mainz: Gell-Mannheim.
Beitrag 31, Stuttgart: Gebert und Reimüller-Stuttgart.

Mit kollegialem Gruß

Der Zentral-Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin 80.,

Engel-Ufer 21, I.

Briefkasten.

Die nächste Nummer des „Courier“ erscheint, da der Bericht von der Generalversammlung in Frankfurt a. M. noch Aufnahme finden soll, voraussichtlich 1-2 Tage später. Wir bitten die Kollegen, hiervon Notiz zu nehmen. D. R.

Posen, Adin. Manuskripte bitten wir nur auf einer Seite zu schreiben.

Bericht über die Lohnbewegung bei Schneider-Leipzig, Tarifabschluß Schmel-Berlin und Gebhard-Berlin, Lohnbewegung der Fensterputzer in Braunschweig, sowie diverse andere Notizen und Versammlungsberichte erscheinen in nächster Nummer. D. R.

Sterbetafel des Verbandes.

Im Verlaufe des Jahres sind:
alle sechs Wochen eintrag der Kollege Thomas
am 1. April.
In Gedenken der Kollege Hugo Dees.
In Gedenken der Kollege Joh. Siemens.
In Potsdam der Kollege Wilh. Hiero.
Chre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Verantw. Redakteur u. Verleger: A. Brühlke, Mummelsburg.
Druck: Maurer u. Dimmick, Berlin, Rauten-Ufer 11.

Botschaft an Garcia!

Unter obiger Epithete wird in Nr. 12 der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ einer Skizze aus Nr. 23 der „Zukunft“ von Maximilian Harden Raum gegeben, welche klipp und klar beweisen — soll, daß einerlei, ob Kopf- oder Handarbeiter, das arbeitende Proletariat durchweg faul und untüchtig und der Arbeitgeber derjenige ist, der nicht allein sein Geld und seine Kenntnisse seinem Unternehmen opfert, sondern sich auch noch Tag für Tag abmüht, nachlässige Taugenichtse zu intelligenten Arbeitern zu erziehen und neben pekuniären Schäden frühzeitig altert und dergl. mehr. In der Einleitung wird kurz auf einen Insurgentengeneral Garcia Bezug genommen, dem durch einen „Namenlosen“ vom Präsidenten Mac Kinley überbracht wurde, ohne daß der Bote sich erst lange nach dem „Warum“ und „Weshalb“ erkundigte, vielmehr ohne weitere Fragen sich seines Auftrages entledigte. Diesen Maßstab der „Botschaft an Garcia“ auf die heutige Qualität der arbeitnehmenden Bevölkerung angewandt, ergebe eben das oben genannte Resultat. Die Schlüßsätze dieser „Botschaft“ lauten wörtlich wie folgt:

„Habe ich die Farben zu grell aufgetragen? Vielleicht; doch wenn alle fürs Armenviertel sprechen, möchte ich ein Wort zugunsten des Mannes sagen, der etwas erreicht, das Mannes, der, gegen große Hindernisse kämpfend, die Arbeit anderer leitet und, wenn der Erfolg da ist, merkt, daß er auch nicht mehr als fatt werden kann. Ich habe als Arbeiter und als Arbeitgeber mein Wort verdient und ich weiß: die Sache hat zwei Seiten. Armut an sich ist kein Tugendgeißel; Lumpen sind kein Empfehlungsbrief; und nicht alle Arbeitgeber sind Ausbeuter, — ebenso wenig wie alle armen Leute tugendhaft sind.“

Ich halte es mit dem Mann, der seine Arbeit tut, auch wenn der Boss fort ist. Und mit dem Mann, der, wenn ihm eine Botschaft an Garcia aufgetragen wird, sie ihm in Empfang nimmt, seine überflüssigen Fragen stellt und sich nicht im stillen vornimmt, sie dem nächsten Tugendstrolach zur weiteren Beförderung anzuvertrauen. Ein solcher Mann braucht weder Arbeitslosigkeit zu fürchten, noch zu streiken, um höheren Lohn zu erreichen. In Stadt und Land ist er gesucht, die Welt verlangt nach ihm, man braucht ihn dringend, — den Mann, der die Botschaft an Garcia befolgt.“

In der folgenden Nummer 18 des genannten Scharf-machersblattes läßt sich einer der Leser desselben zu obigem Artikel wie folgt hören:

„Mit aufrichtigem Vergnügen habe ich in Ihrer Nummer vom 10. März gelesen, daß die Schwierigkeiten, mit denen der viel beneidete und viel geschmähte Arbeitgeber heute zu kämpfen hat, doch ausnahmsweise von einem oder dem andern Verbandsmitglied einmal richtig gemüßigt werden. Es ist heute wirklich kein Vergnügen, sich jahreslang, ja, mit einem fast durchweg interessierten, wenn nicht gar widerspenstigen Personal herumzuschlagen, denn die Leute, die pflichttreu und gewissenhaft eine Botschaft an Garcia ausrichten, sind tatsächlich weisse Raben. Ich weiß nicht, ob Ihnen eine orientalische Anekdote bekannt ist, die meines Erachtens nach eine sehr beherzigenswerte Wahrheit enthält, namentlich gegenüber der sinnlosen Forderung, die von den Gewerkschaften immer mehr betrieben wird, daß nämlich der Alfordbörgen möglichst bestesigt und für alle Arbeiter, ob faul oder fleißig, der gleiche Lohn bewilligt werden muß. Die Anekdote lautet: Zu einem reichen Handelskassier in einer türkischen Hafenstadt kam ein Gassfreund, der, weil er dabeim ein ähnliches Geschäft betrieb, mit Interesse alle Einrichtungen erforchte, die bei seinem Wirt im Gebrauche waren. U. a. fragte er auch natürlich nach dem Lohn, den die Angestellten des Kaufmanns erhielten. Bereitwillig gab dieser Auskunft und nannte ihm die Summe, welche die einzelnen Lastträger, Schreiber und Boten erhielten. „Drei junge Leute“, sagte der Kaufmann, „sind mir besonders wichtig, ich entsende sie jeden Morgen nach dem Hafen, um zu erkunden, welche Schiffe angekommen sind und was sie für Fracht tragen. Der eine von ihnen erhält 200, der andere 150 und der dritte 100 Pfaster monatlichen Lohn.“ „Wie kommt es“, fragte der Gassfreund, „daß du diese drei, die doch des gleichen Amtes wachen, so verschieden entlohnest?“ „Schon morgen früh“, antwortete ihm sein Wirt, „werde ich dir den Grund, wie ich glaube, sagen können, also gedulde dich, und du wirst die Ursache erfahren.“ Der Morgen kam und die drei Boten wurden zum Hafen hinausgeschickt. Nicht lange währte es, da kam der erste zurück und meldete, von Smyrna sei ein Schiff eingetroffen, mit kostbaren Teppichen und Seidenstoffen beladen. „Gut“, sagte der Handelskassier, und zu seinem Gassfreund gewandt, sagte er, „das ist der Bote, dem ich 100 Pfaster gebe.“ Eine kurze Zeit darauf kam der zweite, der mit 150 Pfaster angeliefert war und berichtete ebenfalls, daß ein Schiff aus Smyrna seien untadelig gewebt, die andern Stoffe aber hätten verschiedene Mängel, und der Kapitän sei willens, um schnell weiterfahren zu können, die ganze Ladung für 1000 Pfund zu verkaufen. „Gut, mein Sohn“, sagte wiederum der Handelskassier, und strich seinen langen Bart. „Nach ein Weilchen verging, da kam der dritte, den höchsten Lohn genießende Schiffe zurück, legte vor seinem Herrn zwei schwere Goldbroden hin und berichtete: „Aus Smyrna ist ein Schiff mit Teppichen und Seidenstoffen angelangt, der Kapitän, der sein Schiff rasch mit neuer Fracht beladen will, dot die Ware um 1000 Pfund aus, da aber, wie ich bald feststellte, an manchen Stellen Fehler und Mängel waren, so kaufte ich in deinem Namen die ganze Ware für nur 900 Pfund und ging elends zu unserm Geschäfts-freunde Ibrahim, der kürzlich um solche Stoffe bei dir gefesselt hat. Wir wurden handelsbeins, und ich verkaufte ihm die Ladung um 1200 Pfund. Darauf bezahlte ich den Kapitän, und hier, o Herr, sind die verdienten 300 Pfund!“ „Sehr gut, mein Sohn“, erwiderte der Kaufmann, und zu seinem Gassfreund gewandt, sagte er: „Nun schick zu, warum ich drei Boten, die denselben Totendienst tun, so verschieden entlohnen muß.“

Solche Verhältnisse freilich sind eben nur in einer türkischen Hafenstadt möglich, in Deutschland oder einem andern modernen Handels- und Industriestaat werden die Gewerkschaften mit ihrem Gacanny-System schon dafür sorgen, daß niemand für seinen Arbeitgeber mehr tut, als eben gerade vermögen ist.“

Zu diesen „Botschaften“ wird uns aus Kollegentreifen geschrieben:

Es ist doch eigentümlich, daß die Urteile usw., welche in der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ über Arbeiter und Angestellte publiziert werden stets so beschaffen sind, daß dem Leser derselben ohne weiteres der Gedanke kommen muß, die deutsche Arbeiterkraft besteht nur aus interessierten Taugenichtsen, Faulenägern und Individuen, die es lediglich darauf abgesehen haben, bei ständig steigendem Lohn und sich vergrößernder Arbeitszeit ein möglichst herrliches Leben auf Kosten der deutschen Arbeitgeber zu führen. Ja, der Schlußsatz: „Solche Verhältnisse freilich sind eben nur in einer türkischen Hafenstadt möglich, in Deutschland oder einem andern modernen Handels- und Industriestaat werden die Gewerkschaften mit ihrem Gacanny-System schon dafür sorgen, daß niemand für seinen Arbeitgeber mehr tut, als eben gerade vermögen ist!“ demset in seinem ersten Teil klar und deutlich, daß der Verfasser dieses Artikels die deutschen Hafenstädte bezog, das „arbeiten“ dort nicht kennt, während aus dem Vorhinein des „Gacanny-Systems“ ohne weiteres die Schwermütigkeit aus der Schrift „Gacanny“ des Freiherren v. Reisswig, Chefredakteur der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“, hervorgeht! (Zum besseren Verständnis für unsere Leser wollen wir kurz einfügen, daß Freiherr v. Reisswig in seiner Schrift „Gacanny“ den Beweis zu erbringen glaubt, Großbritanniens Handel und Industrie seien durch das „Gacanny“, d. h. nur immer hübsch langsam! — arbeiten der englischen Gewerkschaften mehr und mehr lahmgelegt und deshalb mit anderen Staaten nicht mehr konkurrenzfähig.) Von Verhältnissen, die angeblich (wohl des darin verkehrtesten „Geschäfts“ halber) nur in einer türkischen Hafenstadt möglich sein sollen, aber dennoch hundert-, ja tausendfach in deutschen Seestädten vorkommen, kann doch erst welche herbeigebracht. Immer fort, ohne Ende, eine Danaidenarbeit. Ein Gedanke fährt ihn durch den Kopf.

„Nicht die Welt auch solch ein großer Kessel, in dessen ungründlichen Schlund so vieler Menschen Leben und Glück verschwindet, gierig, unerfüllt, nur um den Gang der Dinge und die Ordnung aufrecht zu erhalten.“

Ja, welche Ordnung! — Erstickt fährt er zusammen, denn da erschallt schon wieder die rauhe Stimme des Oberheizers durch den von trüben Dampfen matt erleuchteten Raum. Stehend, mit schlafenden Knien, schiebt er den schweren Karren vor sich her. Mühsam drängt er ihn durch das enge Loch, das vom Bunker zum Feuerraum führt. Da, eine Kurve! Er beugt das Gesicht nach unten, und Karren, Kohlen und Mann liegen auf einem Haufen mitten im Wege. „Ungeheurer Lärm!“ Eine schwere Faust saust hernieder auf das Gesicht des Unglücklichen. „An Bord der „Cearense“ gibt's kein Simulieren, auf, oder es gibt Geißel!“

Taumelnd erhob sich der Mißhandelte. Sein Blick fiel auf einen schweren Schraubenschlüssel. — Seiner Sinne kaum mächtig, ergreift er ihn — ein schwerer Schlag.

Sein herzloser Angreifer liegt leblos am Boden.

Die Geschworenen treten in den Saal. „Schuldig des Totschlags im 1. Grade.“ Im Zuschauererraum bricht ein alles Mitherrgen beinahe stumm zusammen. Ihre einzige Stille, der Stab ihres Alters, ihr Ein und Alles, er wurde verurteilt zu fünfzehn Jahren schweren Kerkers. Doch sie hörte den unerfüllten Spruch richtiger „Gerechtigkeit“ nicht mehr; ihr Blick es erspart, sehen zu müssen, wie trübliche Zufall ein blühendes, junges Leben auf lange Jahre hinter graue Kerkermauern verbannte. Sie war tot.

Der Kohlenhändler.

Vim-Vim — Vim-Vim-Bang — Noch einen letzten künftigen Schwing mit der Welsche und der Ches-Schwab des prächtigen Passagierdampfers S. S. „Cearense“ verschwindet in der Nacht, um mit kritischem Blick über die mit trophäenreichen Aufhängen gefüllten, mit herrlichen Blumen und künstlichen Früchten aller Zonen besetzten Tische der 1. Kabine nochmals Witterung zu halten, ob wohl alles auch in voller Ordnung ist, damit nicht etwa jemand der vornehmen Reisegesellschaft irgend etwas am nurechten Ort oder ein Ständchen auf dem übernen Befehl zu tadeln fände.

Das Geräusch fröhlicher Stimmen vermischte sich mit dem Rauschen tollerender Seide und eifrig tonender Damen und Gruppen feiner Herren in tadelloser Gesellschaftung treten Arm in Arm in den geräumigen Speisefeston. Andere kommen, noch ergibt vom eisigen Spiel aus dem mit raffiniertem Luxus ausgestatteten Rauch- und Spielzimmer, lebhaft ihre Chancen in ihrem eben beendigten Spiel nochmals diskutierend. — „Gute Nacht — morgen dir“, sagt ein älterer, jovial aussehender Herr zu seinem jüngeren Partner, einem bläulichen Lebmann. „Gott sei Dank, bin nicht einer von jenen armen Schludern, die sich etwa über einen verlorenen Braumen“ ein Haar grau werden lassen. „Wohin ein „Jes-Mann“, mein „Feuerlöcher“ hat noch in „etwas Dinger aufzuweisen“, folgte er mit einem „König“ eine „ein“ zu. — „Doch da kommt ja schon, für jeden Konstruktivist des Schiffes, eine liebreizende junge Dame“, der gelochte Teller am Arm, führt diese galant an ihren Platz und läßt sich dann selbst in einem jener weichen, gepolsterten Drehstühle ermüdet nieder. Ja, ermüdet! Müde er doch den ganzen Vormittag mit einigen jungen Damen am Promenadenende „Salon Reims“ spielen, und überdies hatte er heute Morgen einem schmächtigen Kohlenhändler den gequältesten Fuß verbinden müssen. Der Dumme, warum stellte er sich auch so ungeschickt,

daß eine durch den Segang ins Rollen gekommene Stufenleiter ihn unter sich begrub.

Doch der Herr hat ein zähes Leben, könnte noch mehr ertragen, wird übrigens morgen schon wieder seine Waage antreten.

Nachdem Worte hinüber und herüber holtzen das federe Wahl. Bedenke huchsen geschnitzte Stuhlschäkel geräuschlos über die prächtigen, sammetweichen Läufer. Kraum dringt das monotone Geräusch der mit unvorstelllicher Gewalt die Wasser des Ozeans peitschenden Schraube an das Ohr des Reisenden.

Welchlich Klingen die Gläser, gefüllt mit perlendem Wein, überkaut von den entzückenden Klängen eines erlesenen Marfches, gepieft von einer trefflich geschulten Kapelle.

„Schon wieder keine Kohlen da, du verdammter Hund! Du aber ist, oder ich komme und helfe dir.“ Der, an den diese Worte gerichtet waren, saß eben auf dem Rand der schweren eisernen Schuttkarre, deren sich die Kohlenhändler bedienen, um die zur Feuerung nötigen Kohlen aus dem Bunker vor die Schmelze der gewaltigen Kessel zu schaffen. In kleinen Röhren riefelte der Schweiß über sein von Kohlenstaub geschwärztes Gesicht, und wo sie darüber hinwegflossen, konnte man ihre Spuren sehen, gezeichnet auf weißer Haut, eine Anklage an das fleischliche Schicksal, geschrieben von der Hand der Allmächtigen Natur.

Wie war er schon so müde! Erst vier Glasen pro-sätsig gleich 2 Uhr) erst die Gäßel noch volle. — Stunden bis zur Abkühlung, und jetzt schon versagen ihm die Beine ihren Dienst. Doch schweigend kommt er dem Befehle des Heizers nach.

„Rast dich auf, ergreife eine Karre und schwanke davon.“ Wie ist er doch so schwer, wie ist die Luft so heiß und trocken! Doch schnell einen Schwund Wasser. So, jetzt schnell, die Schaufel vor Hand und Kohlen herbeigebracht. Sie sind schon wieder zu Ende und er hatte

noch erst welche herbeigebracht. Immer fort, ohne Ende, eine Danaidenarbeit. Ein Gedanke fährt ihn durch den Kopf.

„Nicht die Welt auch solch ein großer Kessel, in dessen ungründlichen Schlund so vieler Menschen Leben und Glück verschwindet, gierig, unerfüllt, nur um den Gang der Dinge und die Ordnung aufrecht zu erhalten.“

Ja, welche Ordnung! — Erstickt fährt er zusammen, denn da erschallt schon wieder die rauhe Stimme des Oberheizers durch den von trüben Dampfen matt erleuchteten Raum.

Stehend, mit schlafenden Knien, schiebt er den schweren Karren vor sich her. Mühsam drängt er ihn durch das enge Loch, das vom Bunker zum Feuerraum führt. Da, eine Kurve! Er beugt das Gesicht nach unten, und Karren, Kohlen und Mann liegen auf einem Haufen mitten im Wege.

„Ungeheurer Lärm!“ Eine schwere Faust saust hernieder auf das Gesicht des Unglücklichen. „An Bord der „Cearense“ gibt's kein Simulieren, auf, oder es gibt Geißel!“

Taumelnd erhob sich der Mißhandelte. Sein Blick fiel auf einen schweren Schraubenschlüssel. — Seiner Sinne kaum mächtig, ergreift er ihn — ein schwerer Schlag.

Sein herzloser Angreifer liegt leblos am Boden.

Die Geschworenen treten in den Saal. „Schuldig des Totschlags im 1. Grade.“ Im Zuschauererraum bricht ein alles Mitherrgen beinahe stumm zusammen. Ihre einzige Stille, der Stab ihres Alters, ihr Ein und Alles, er wurde verurteilt zu fünfzehn Jahren schweren Kerkers. Doch sie hörte den unerfüllten Spruch richtiger „Gerechtigkeit“ nicht mehr; ihr Blick es erspart, sehen zu müssen, wie trübliche Zufall ein blühendes, junges Leben auf lange Jahre hinter graue Kerkermauern verbannte. Sie war tot.

— trotzdem arbeiten die deutschen Arbeiter „ca canny“! Wie manche andere Gemeinheit, die den deutschen Arbeiterorganisationen seitens des Scharfmachtums anhängt, läßt sie auch diese kalt und dient nur als gutes Agitationsmittel, zur Charakterisierung der heutigen Arbeit-gebet, für die Gewerkschaften.

Was die edlen Seelen des deutschen Scharfmachtums absolut nicht verneinen können und was sie mit ohnmächtigem Grimm erfüllt, ist die Tatsache, daß gerade diese tüchtigsten und intelligentesten „Wohlfahrter an Garcia“ die besten Gewerkschaftsagitatoren, die überzeugtesten Anhänger des Sozialismus sind, daß gerade diese Leute die Kerkertuppen bilden, welche das Proletariat zum endlichen Siege in die Stellung führen, die der Arbeiterpartei zukommt, trotz totaler Scharfmachtum und „Verbündeten“.

Ein kleiner „König Stumm“.

Werke Leset Ihr alle werdet gewiß schon von jenem Manne gehört haben, den man im Volksmunde den „König Stumm“ nannte. Von jenem Manne, der in „Saar-aramien“ der unumschränkte Herrscher war, der seinen anderen Gewalttätigen neben sich bildete, der über Leben und Sterben seiner Arbeiter verfügte. Ja, der sogar seinen Leuten vorschrieb, welche Zeitung, welche sonstige Lektüre sie lesen sollten; der ihnen das Gehalt verbot und erlaubte, ganz wie es ihm beliebte. Dieser König ist ja jetzt gestorben, aber wer sich für diesen Mann interessiert hat, der wird in der Presse genug gefunden haben, welches den Namen „König Stumm“ im vollsten Maße gerechtfertigt.

Seine Absicht nun ist es, Euch von einem Manne zu erzählen, der mit Recht ein „Kleiner Stumm“ genannt werden kann und der diesem Namen alle Ehre macht. Ich kann selbstverständlich nicht seine ganze Herrscherlaufbahn entrollen. Nur einige Epochen aus der Zeit seiner Regenschaft werde ich anführen, um zu zeigen, daß es neben der großen Härten und Regenten, die mitunter gar nichts oder doch nur recht wenig zu sagen haben, auch noch kleine Fürsten und Regenten gibt, die aber in ihrem Reich recht viel oder sogar viel getrost, alles zu sagen haben, die alleinigen Herrscher sind über alles, was in ihrem Gebiete vorkommt.

Wir haben ja auch in der letzten Zeit von einem Herrn „Stinnes“ — bekannt durch die große Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet — gehört, aber nicht diesem Herrn will ich heute die Ehre antun, daß ich mich mit ihm beschäftige, denn solches ist schon von anderer Seite genug geschehen. Nein, meine Erzählungen gelten einem Manne, welcher in der Bevölkerung der mit roten Fäden stark durchzogenen Burg der Sozialisten... barbon! wollte sagen: der mit blauen Fäden stark besetzten Reichsmonarchie „Kiel“ schon genügend bekannt ist, aber seine Eigenschaften als „ungefährter König“ verdienen es, daß sie auch über die Mauern dieser Stadt hinaus bekannt werden.

Nun, ich will die Leser nicht länger im Dunkeln tappen lassen, sondern endlich den Namen der kleinen Majestät verraten. Dieser — im Begriff sich bereits zu machende Mann — ist kein Geringerer, wie Herr W. Z. a f o b e n, Inhaber der Warenhäuser W. J. a f o b e n.

Im Stadtgespräch heißt es, daß dieser jegliche Herr und Gebieter in früheren Jahren selbst in der blauen Waise auf der Straße gelaufen habe, um Waren an die Aushäufung abzuliefern. Doch mit des Geschäftes Wachsen ist kein ewiger Bund zu sterben! — Die Zeit ist längst vorüber und die Aushäufung hat hier vergessen, daß sie einst ein Knecht gewesen ist. Aus dem Jüngling ist ein Mann geworden und nicht etwa ein halber, sondern ein ganzer Mann. Ein Mann, der — ich möchte jetzt gegen eins wollen —, wenn er nicht Inhaber der Warenhäuser und als solcher schon eine Repräsentationsperson wäre, sicher dem „Königen Bernhard“ Konkurrenz machen würde. Seine vorzügliche Gabe: Mit diesen Worten nichts zu sagen und sein geschmeidiges, algaltes Benehmen sind sicher Eigenschaften, die in ihm einen Staatsmann erkennen lassen.

Doch weil er schon Regent in seinem Reich, wird Bernhard noch ruhig schlafen können. Ezzellend J. hat vorläufig alle Hände voll zu tun, denn in seinem Königreich ist die Revolution ausgebrochen. War sind noch keine Barrikaden gebaut und die Revolution hat noch nicht den Umfang von anno 48 angenommen, auch ist Kiel bis jetzt noch nicht ins Barreich verlegt worden, wenigstens die angeworbenen getreuen Unterthanen des Königs mit Revolvern und Schlagringen ausgerüstet sind.

Vorläufig handelt es sich um nichts weiteres, als um einen Streik der Hausdiener in den genannten Warenhäusern. Wir sind ja im Prinzip keine Gegner der Warenhäuser, denn wir sehen in ihnen nur einen Fortschritt in der Konzentration des Kapitals, und weil wir weder Antisemiten noch Mittelstandler sein können, erkennen wir die Vorteile, welche die Warenhäuser für ihr Personal haben können, voll und ganz an. Aber wo die Vorteile nicht sind, die naturgemäß in einem Kleinbetrieb sein sollen und müssen, da muß Verbesserung eingebracht werden, um Abhilfe zu schaffen.

So auch hier! Die Hausdiener der Warenhäuser klagten schon lange über menschenunwürdige Behandlung seitens ihrer Vorgesetzten, ungenügenden Lohn usw. Alle Beschwerden nützten nichts, und so kamen sie denn auf den genialen Gedanken, sich zu organisieren. Gefagt, getan! Mit einem Schlage traten 40 Hausdiener dem Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverbande bei, und wuchs die Zahl der Organisierten von Tag zu Tag. Mit der Organisation zugleich wuchsen auch die Maßregeln und Schikanen von den Seiten der Vorgesetzten. Als dann schließlich um nichts sagenden Geringfügigkeiten dem Raub der Boden ausgeflogen wurde, da gab's kein Halten und Bremsen mehr; einstimmig wurde der Streik der Hausdiener beschlossen. Und nun folgen die einzelnen Epochen, die dem Herrn J. mit Recht den Ruf eines „Kleinen Stumms“ einbringen.

Zunächst das unumgähbare Verhalten des Mannes, der sich auf seinen Fall herbeilassen wollte, mit der Organisation in Verhandlung zu treten, sondern nur immer darauf pochte, mit seinen Hausdienern zu verhandeln. Erst nach vielen Schlägen und Kniffen, welche der Hausdiener der Organisation anwandte, gelang es ihm, sich dem alleinigen Herrscher zu nähern. Mit stützenden Wänden von oben nach unten und von unten nach oben ließ sich der erlauchte Fürst v. Kinte-Rosenstraße herbei, die Vertreter der Arbeiter zu empfangen. Aber bellerbe, es war kein Ehrenstimm, der sich von seinem Kinder-mann Rat erbot, sondern es schaute der „Proß“, der „ungefährte König“ von „Kiel“ aus allen Knöpfen. Stundenlang Rede- und Antwortspiel und am Schluß immer das alte Lied: Macht, was Ihr wollt, ich mache auch, was ich will.

Alle angegebenen Versuche zu einem friedlichen Vergleich scheiterten. Die Verhandlungen vor dem Gewerbe-gericht, die über 8 Stunden dauerten, brachten nicht den gewünschten Erfolg. Die Hausdiener hatten sich bereit erklärt, sich einem event. Schiedsspruch zu fügen, aber Herr J. erklärte, dies nie und nimmer zu tun, denn er sagte im beginnenden Tone: „Wie kann ich mich einem Schiedsspruch fügen, wenn ich nicht weiß, wie er ausfällt; wenn der Schiedsspruch nicht so ausfällt, wie ich ihn haben will, dann kann ich denselben auch nicht anerkennen.“

Der Vorstehende des Gewerbegerichts, der in der ob-geleiteten Weise die Sache behandelt hatte, schaltete mit dem Kopfe und klopfte die Papiere zusammen und meinte, dann sei das Verhandeln überflüssig und die Einigungs-versuche als gescheitert zu betrachten.

Nach einigen Zwischenfällen von geringer Bedeutung hatte sich dann das Gewerkschaftsamt mit der Sache zu befassen und wurde auch hier das Verhalten des eben-geleiteten Stumms in gebührender Weise gekennzeichnet. Mit erdrückender Majorität wurde beschlossen, sich mit den Hausdienern solidarisch zu erklären und die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Jedoch sollte der Rattevorstand nochmals einen Einigungsversuch anbahnen. In der nach-geordneten Verhandlung nun kam wieder einmal das wahre Gesicht des Allgewaltigen zum Vorschein. Alle Teilnehmer an den Verhandlungen haben übereinstimmend erklärt, daß sie mit einem solchen prozesshaften Arbeitsgeber noch nicht zu tun gehabt hätten. Selbstverständlich scheiterte auch dieser Einigungsversuch.

Nun begann J. sich auf das juristische Gebiet zu begeben. Nach berühmten Mustern erließ er durch das Amtsgericht eine „einstweilige Verfügung“, durch welche dem Vorstände der Organisation und der Druckerei der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung — in jedem einzelnen Fall — bei Strafe von 1000 Mk. verboten wurde, „durch öffentliche oder nichtöffentliche Rundgebungen aufzufordern, das Warenhaus W. J. a f o b e n in Kiel hinsichtlich der Einkäufe zu meiden bzw. bei genannter Firma Arbeit nicht anzunehmen.“

Aber was ist einem Könige eine solche Verfügung, die geht ihm doch lange nicht weit genug, und er als Herr in seinem Staate kommt flugs bei und erläßt im Anschluß an die richterliche Verfügung einen „A u f r u f an sein Volk“, der, wenn er auch einem Aufrufe Napoleons an seine Soldaten in Bezug auf Bedeutung ähnelt, doch sehr bezeichnend ist für das regierende Oberhaupt des kleinen Königreichs.

Der Ulaß hat folgenden Wortlaut:

Ich warne nachdrücklich vor den öffentlichen und nichtöffentlichen Rundgebungen, unter wozu letzteren namentlich auch die persönliche Beeinflussung meiner Rundschäft im kleinen und großen, sowie jede sonstige persönliche Unterführung des Volks zu verstehen sind. Zwischenhandlungen gegen obige Verfügung werde ich ohne jede Rücksicht, wie in der Verfügung angedroht, durch gerichtliche Strafe ahnden lassen.

Mit diesem Machtwort glaubte er nun jedenfalls die Revolution erstickt zu haben, hatte sich aber darin gewaltig geirrt. Genau so wie in Rußland sich die Bewegung erst von dem dankwürdigen Sonntag — 26. Februar — ab über das ganze Reich verbreitete, so verbreitete sich hier die Revolution über die ganze Stadt und Umgebung. Die Bombe, die er mit diesem Erlaß in die Arbeiterfront hineingeworfen hatte, platzte in der Volksversammlung, die von über 4000 Personen besucht war. Hier wurde tatsächlich die Brücke zwischen dem Könige und seinem Volke abgebrochen. Einstimmig wurde der Boykott über die Warenhäuser „W. J. a f o b e n“ beschlossen.

Charakteristisch für das Herrschertum sind die Ausführungen der verschiedenen Redner in der Versammlung. Hat doch J. gefagt: „Boytottiert nur ruhig los, die Arbeiter kommen mir doch!“ Dies ist und wird auch in Zukunft von den Frauen nicht so leicht vergessen werden und wehe, wenn erst die Arbeiter — wenn wir den Ausdruck weiter gebrauchen wollen — zu Spänen werden, dann werden sie ihre scharfen Zähne ansetzen und das Stöckelgum des J. an der Wurzel fassen.

Interessant waren die Ausführungen eines Redners über die bei den Verhandlungen aufgestellten Refrösche als Automaten, die auf Verlangen des Chefs mit dem Kopfe nicken und ein stereotypedes „Ja wohl, Herr J. a f o b e n“ so sich gaben.

Unwillkürlich erinnert man sich einer alten Sage aus Königsberg: Wo am Rathaussturm ein tollfoller Menschenkopf angebracht war, der bei besonderen Gelegenheiten — durch Mechanismus getrieben — nickte und die Zunge ausstreckte; alsdann ist ein Sperrling gekommen, hat sich auf die Zunge gefagt und seitdem funktioniert der Mechanismus nicht mehr.

Genau so bet J. Als von einem befehligen Vertreter der Arbeiter an den Refrösche die Frage gerichtet wurde, ob auch seine Handgelenksketten vorgekommen seien? Da versagten auch hier die Automaten und sie blieben das mechanische Nicken schuldig. Offenbar hatte sich ihnen die Wahrheit so stark auf die Zunge gefagt, daß sie stief im Geste geworden waren.

Als ein Beispiel, wie unumschränkt die Herrschermacht ausgeübt wird, mag nachfolgender Fall dienen: Ein Herr ging in das Geschäft und wurde dort von einem Refrösche angefahren: „Machen Sie, daß Sie rauskommen, denn Sie wollen doch nichts kaufen!“ Als der Herr nicht gutwillig gehen wollte, wurde er mit Büfien nach der Tür gedrängt und hinausgeworfen. Der Herr ging an einen Schuhmann heran und bat ihn, mitzukommen, um den Refrösche festzusetzen. Als der Schuhmann in Begleitung des Herrn ins Geschäft kam, wurden alle beide an die frische Luft gefagt.

Also Polizei ist dem Herrscher Nebensache, einen Polizeipräsidenten gebrauchen wir nicht, das alles wird von ihm nach seinem Ermessen geregelt.

Zu erwähnen ist ferner noch, daß J. meinte, seine Leute streifen, weil es ihnen zu gut gehe. Die Streikbrecher zu entlassen, könne man ihm nicht zumuten, das seien seine lieben Freunde, die ihm in schweren Zeiten aus der Not gebissen hätten usw.

Was Gefäßes Kinder die Arbeitswilligen sind, geht auch aus einigen drastischen Ausführungen hervor. So ist z. B. der Portier ein Mann, der seine Frau kurz vor der Niederkunft, als sie sich vor Schmerzen in der Stube wälzte, beim Bein ergaß und in der Stube umher-schlechte und ihr zurief: „Wenn Du das gebären willst, so mach, daß Du nach dem Schwelmeßfall kommst.“ Also doch ganz gewiß eine Welle in Menschengefäß. Ferner weggejagte Schulente, Leute, die Wein und Wein nicht unterscheiden können, mit Zuchtstaus bestrafte Individuen usw., das sind die jetzigen Kerntuppen des Admirets.

Mit einer solchen Garbe will er die Revolution unterwerfen, ob ihm das gelingen wird, ist eine Frage der Zeit. Zunächst hat die Arbeiterchaft Kiel den Kampf aufgenommen, und es wird gekämpft werden bis zum Weltkriege.

Der ungefährte König hat ja gefagt: Alles, was in seinem Geschäft vorginge, seien seine Anordnungen, alles, was seine Refrösche anordnen, trage er auf seinen Schultern, das bede er mit seinem breiten Rücken. Nun, dann mag er auch die Konsequenzen, welche seine Hinter-männer event. aus diesem Kampfe ziehen, auf seine Knappen nehmen.

Vorlesendes aber wird genügen, um ihm den Titel eines „Kleinen Stumms“ mit gutem Gewissen geben zu können.

Die moralisch-ökonomischen Anwandlungen des Herrn J. bel der Schilderung seiner Arbeitswilligen findet man durchweg bei allen Arbeitgebern. Selbst es ja doch von oben herab: Schutz den Arbeitswilligen. Natürlich nur den Elementen, die ihren aufgeregten Arbeitsdrüsen und Schwelmen bei jeder Gelegenheit in den Rücken fallen. Um die Arbeitswilligen, die gerne arbeiten wollen, ohne Schmarotzerdienste zu leisten, das Geer der Arbeitslosen, darum kümmert sich weder Staat noch Arbeitgeber, die können auf der Landstraße verhungern, für diese Armen hat man kein Herz im Leibe. Wenn organisierte Arbeiter den Versuch machen, die Arbeitszeit zu verkürzen, um einem Teil der feldernen Kollegen Gelegenheit zum arbeiten zu schaffen, dann wird Jeter und Morblo geschrien über die Unversämtheit der Arbeiter. Ja, man läßt es auf einen Streik ankommen, und wenn der Streik ausgebrochen, dann beschlafft man jene erblosen Geschöpfe, die ein englischer Richter einst mit Jagensflüchten verglichen hat. Diese Leute nennt das Unter-nehmertum seine lieben Freunde, für deren Schutz selbst Regierung und Polizei eintritt.

Diese Anschauungen sind allgemein in den Kreisen der herrschenden Klasse vertreten und nur die Organisa-tionen der Arbeiter können hier Wandel schaffen, indem sie die noch indifferenteren Massen aufklären, mit anderen Worten, die Massen revolutionieren. An den sogenannten professionellen Arbeitswilligen, die Kopfen und Maß ver-lören, aber die Leute, die aus Dummheit, aus Mangel an Erkenntnis sich zu solchen Verdrereten fergeben, die müssen befreit werden aus den Krallen der Unkenntnis. Nicht selten werden solche Menschen, wenn sie erst einen Begriff haben von unseren Ideen, ganz gute, über-geungungstreue Genossen. Ist es uns erst gelungen, un-seren größten Feind, die Dummheit der Massen, zu be-ziegen, dann werden auch solche „Könige Stumms“, wie ich im Vorlesenden geschriebe, von der Abklische ver-schwinden. Darum muß auch unsere Parole immer wieder sein: Klitteren, organisieren, aufklären und belehren, bis wir unser hohes Ziel: die Befreiung der Menschheit von dem Joch des Kapitalismus, erreicht haben.

Deutschlands Außenhandel im Jahre 1904.

I.

Wer vor einem Jahre, als der erste Schred über den Ausbruch des russisch-japanischen Krieges den Auf-schlag im wirtschaftlichen Leben der gesamten zivilisierten Völker stoben gemacht, gefagt hätte, daß unser Außen-handel in dem damals anfangenden Jahre höhere Ge-wichte- und Werzahlen zeigen würde als in irgend einem der vorausgegangenen Jahre, dem würde niemand geglaubt haben. Und heute können wir, trotzdem der Krieg schon fast ein Jahr angebauert hat, an der Hand der Zahlen feststellen, daß unser Außenhandel, im großen und ganzen betrachtet, ein glänzendes Jahr hinter sich hat als je zuvor. Die Wachstumszahlen, die sich auf einzelnen Gebieten zeigen, werden mehr als aufgehoben durch die starken Steigerungen auf anderen. Die Zahlen unserer Einfuhr und Ausfuhr geben uns einen sicheren Beweis dafür, daß der deutsche Außenhandel es verstan-den hat, sich eine gesicherte Stellung in der Welt zu er-obern, und daß seine Macht sich in der schneidigen Area der Handelsvertragspolitik ungemein gefagt hat. So daß er kleinen Stücken mit Erfolg indigieren kann. Ob er sich unter der Herrschaft der neuen Zollverträge, die so-

eben bekannt werden, in derselben Weise weiter entwickelt wird, erscheint uns fraglich, wie denn überhaupt der Augenblick, in dem wir dies schreiben, nicht gerade geeignet ist, die Zukunft in soigem Maße zu betrachten. Wir geben nachfolgend zunächst die Zahlen für die gesamte Einfuhr und Ausfuhrmenge in Doppelzetteln (100 kg.) in den letzten 15 Jahren:

	Einfuhr	Ausfuhr
1904	488 868 012	388 540 435
1903	470 338 478	382 808 160
1902	433 366 519	350 295 596
1901	443 045 774	323 625 886
1900	459 117 993	326 817 468
1899	446 522 882	304 082 263
1898	427 298 388	300 943 183
1897	401 623 139	280 199 486
1896	364 102 570	257 198 756
1895	325 369 756	238 296 583
1894	320 225 017	228 837 153
1893	298 115 270	213 615 440
1892	295 009 120	198 916 150
1891	290 127 190	201 393 700
1890	281 428 030	193 565 710

Hieraus war die Einfuhr um über 18½ Millionen D. oder 8,9 pCt. größer als im Jahre 1903, während die Ausfuhr nur eine Zunahme um 5½ Millionen D. oder 1,5 pCt. zeigt. Geht man bis zum Jahre 1893, so ist in den selbstem verfloßen 11 Jahren die Einfuhr um 190,7 Millionen D. oder 64 pCt., die Ausfuhr um 174,9 Millionen D. oder 82 pCt. gestiegen, die Ausfuhr also relativ erheblich mehr als die Einfuhr. Daß im letzten Jahre die Einfuhr im Vergleich zu den vorangegangenen beiden Jahren verhältnismäßig viel geringer geblieben ist, als die Einfuhr, ist wesentlich auf den Rückgang der Eisenausfuhr zurückzuführen, auf die wir noch besonders zu sprechen kommen.

Die Getreiszahlen des Außenhandels treten an Bedeutung zurück hinter den Werthausfuhr.

Trotzdem im Jahre 1904 stärkere Werthschwankungen erfolgt sind, wird bei der weiteren Ausdehnung der Arbeit, für die sich jetzt besondere Einzelwerte festgesetzt sind, die Veränderung bei endgültiger Feststellung hoffentlich nicht viel größer sein.

Es betrug der Außenhandel in Millionen Mark:

	Einfuhr	Ausfuhr
1904	6789	5259
1903	6231	5190
1902	5806	4813
1901	5710	4513
1900	6042	4753
1899	5784	4368
1898	5440	4011
1897	4865	3786
1896	4558	3753
1895	4246	3424
1894	4285	3051
1893	4134	3245
1892	4227	3150

Hieraus ist der Wert der Einfuhr im vergangenen Jahre um 568 Millionen Mark gestiegen und zeigt damit die bedeutendste Zunahme, abgesehen vom Jahre 1898. Die Ausfuhr hat nur eine Steigerung um 129 Millionen Mark gehabt. Prozentual ist die Einfuhr um 2,5, die Ausfuhr dagegen um 9,0 pCt. gewachsen. In zwei Jahren ist die Einfuhr um 983 Millionen Mark, die Ausfuhr dagegen nur um 446 Millionen Mark gestiegen. Die sogenannte Parität der Handelsbilanz hat sich also in diesen zwei Jahren um über eine halbe Milliarde Mark erhöht. Die Anhänger von der Theorie der Schädlichkeit einer passiven Handelsbilanz werden dadurch in ihrem Optimismus bestärkt werden. Deutschland teilt nun mit allen anderen europäischen Staaten von hohemoldeter Kultur das Schicksal einer passiven Handelsbilanz. Vor uns müßten schon England, Frankreich, Belgien, die Niederlande usw. längst bankrott sein, wenn tatsächlich der Ueberfluß der Einfuhr über die Ausfuhr ein Ruin wäre. Aber abgesehen davon, daß ein sehr großer Teil der Veränderung durch den Eisenerzverkehr, auf den wir noch zurückkommen werden, zurückzuführen ist, müssen wir im Gegenteil aus der starken Zunahme der Einfuhr, die in den letzten Jahren ohne irgend einen nachweisbaren Einfluß durch Naturereignisse, Kriege, Arbeitslosenstellung usw. und ohne Erkenntnis einer Schädigung des Nationalwohlstandes Platz gegriffen hat, schließen, daß unsere Zahlungsbilanz mit dem Auslande in der letzten Zeit ungemein günstig gestaltet hat; wie sich demzufolge in den Stand gesetzt, einen großen Teil unseres benötigten Gutes aus dem Ausland in Gestalt von Waren zu beziehen, insbesondere von Rohmaterialien, deren unsere Industrie bei den stark gestiegenen Ansprüchen, die an ihre Produktion gestellt werden, notwendig bedarf. Daß andererseits die Ausfuhr hinter der Vorjahre in ihrer Zunahme zurückgeblieben ist, läßt sich als ein guter Beweis dafür anführen, daß die starke Exportsteigerung, die fast zwei Jahre hindurch auf einzelnen Gebieten, insbesondere in der Eisenindustrie herrschte, aufgehört hat, und daß der Inlandsbedarf infolge der besseren wirtschaftlichen Verhältnisse gestiegen ist.

Die obigen Werthzahlen unseres Außenhandels werden wesentlich beeinflusst durch den Eisenerzverkehr, der für den eigentlichen Warenhandel ohne Bedeutung ist. Zahlen für ihn fort, so ergeben sich folgende Zahlen (Millionen Mark):

	Einfuhr	Ausfuhr
1904	6291	5172
1903	6003	5015
1902	5631	4677
1901	5421	4481
1900	5766	4611
1899	5483	4207
1898	5081	3735
1897	4681	3635
1896	4807	3525
1895	4121	3318
1894	3938	2961

Man sieht, daß das Bild jetzt ein ganz anderes wird. Die in den letzten beiden Jahren stark gesteigerte Eisenerzausfuhr verleiht der zurückerwarteten Eisenerzausfuhr derart, daß in den letzten Jahren die Einfuhr nur um 288, die Ausfuhr um 167 Millionen Mark und in den zwei letzten Jahren die Einfuhr um 660, die Ausfuhr um 459 Millionen Mark gestiegen ist. Das Einfuhrplus ist also wesentlich zusammengefallen. Auf die starken Eisenerzrückgänge, die Deutschland in den letzten Jahren verzeichnen konnte, sei hier nur nebenbei hingewiesen. Im letzten Jahre sind an Eisenerz fast 1½ Milliarden Mark (498 Millionen) eingeführt gegen 175 Millionen im Jahre 1902, dagegen nur 87 Millionen ausgeführt gegen 135 Millionen. In den letzten drei Jahren sind an Eisenerz für 655 Millionen Mark mehr eingeführt als ausgeführt.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Bielefeld. In der Mitglieder-Versammlung am Sonntag sprach Genosse Seevering über „Die ökonomische Entwicklung und deren Einwirkung auf das Handels- und Transportgewerbe“. Die Städtegründung und der Handels- und Transportgewerbe, sowie die Entdeckung der Seewege nach Ostindien und Amerika seien als die Ausgangspunkte zur heutigen wirtschaftlichen Entwicklung zu betrachten. Durch die Gründung der Maschinen ist die Selbstständigkeit des Einzelnen je länger je mehr zur Unmöglichkeit gemacht worden. Die letzten mehrerer Utopien baten die Unausführbarkeit in sich. Im Jahre 1885 wurde die erste Eisenbahn eröffnet, und ging nun auch im Transportgewerbe eine Umwälzung vor sich: Die Arbeiter lehnten sich gegen die neuen Erscheinungen auf, zerstörten stellenweise sogar die Fabriken, wurden aber durch Militär unterdrückt. Im englischen Fabrikgesetz wurde die Festsetzung von Maschinen sogar mit Todesstrafe bedroht. Im Jahre 1868 erfolgten dann in Deutschland die ersten Organisationsgründungen. Nach dem Feldzuge gegen Frankreich entwickelte sich ein kaum geahntes geschäftliches Leben, welches das Aufblühen der Arbeiterorganisationen begünstigte. Der große Krieg von 1870 und das drei Jahre später erlassene Sozialgesetz brachte zunächst diese erfreuliche Entwicklung sehr zurück. Aber bereits in der Mitte der 80er Jahre setzte die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung von neuem ein, um mit dem Falle des Sozialgesetzes im Jahre 1890 in ein schnelleres Tempo einzutreten. Besonders die Organisationen der Metallarbeiter und Holzarbeiter machten die erfreulichen Fortschritte. Bei den Handels- und Transportarbeitern seien infolge der Verkehrswege, wie Eisenbahnen, Straßenbahnen, neue Berufe entstanden und damit die Existenzbedingung dieser Organisation gegeben. Jeder müsse danach streben, daß die noch bestehenden indifferenten Vereinigungen von den modernen Gewerkschaften aufgesogen würden, da diese nur allein die Befriedigung der Lage der Arbeiter erstreben und erreichen können. Die Interessen der verschiedenen Berufsarten seien solidarisch. Die Befriedigung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter der einen Branche würde günstig auf die andere. Einmaligen Versplitterungsverfuchen seitens der christlichen Auch-Organisation solle man energisch entgegenreten. Nur eine einheitliche, stark gefestigte Organisation verbringe Erfolge. Nach einer kurzen Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.

Bunzlau. Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unsere Versammlungen nicht mehr im „Gasthof zum Stern“, sondern im „Gasthof zur Doffnung“, Schloßstraße, stattfinden und zwar am 4. Montag im Monat. Rätzsch fand bafelst schon eine öffentliche Versammlung statt, welche recht gut besucht war, in ihr sprach ein Kollege aus Breslau über den neuen Zolltarif und seine einschneidenden Wirkungen zur Lebenshaltung der Arbeiter gegenüber. Zu erwähnen ist noch, daß unsere Sache hier immer weiteren Boden gewinnt, wir sind in letzter Zeit in Betrieben eingebunden, welche uns bisher noch fern standen. Also Kollegen immer lustig weiter, einst wird unsere Saat auch ihre goldenen Früchte tragen.

Danzig. Mitgliederversammlung am 9. April. Die Tagesordnung lautete: Wahl der Verwaltung und Beiratskassierer. Bisher hatte der Genosse Schiller die Geschäfte geführt, da die Mitgliederzahl auf 42 gestiegen ist, war es notwendig, eine Verwaltung zu wählen. Gewählt wurden: als Bevollmächtigter Kollege W. Bahr, als Kassierer Hr. Wannhoff und als Beisitzer Kollege Fr. Dams. Die Wahl von Beiratskassierern war notwendig, weil unsere Zahlstelle bei dem Wirt Krenet, Poggenpohl, aufgehoben ist. Diesem Herrn ist unser Geld, was wir bei ihm verzeihen, sehr lieb, aber zur Erledigung unserer Geschäfte will er uns in seinem Lokale nicht haben, die Kollegen werden in Zukunft ihr Geld auch anderswo verzeihen können.

Zu Kassierern melbten sich freiwillig die Kollegen Bernede und Horn.

Redner gab dem anwesenden Gauleiter noch einige Anweisungen zur Vertretung der Agitation und forderte die Kollegen auf, weiter kräftig für die Ausbreitung des Verbandes zu agitieren.

Glogau. Am 9. April fand unsere Mitgliederversammlung statt, in welcher der Gauleiter einen Vortrag über die neuen Handelsverträge hielt, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion schilderte Kollege Sonnabend die Taktik der Bauherren, welche, um die Arbeiterorganisationen zu bezwingen, in diesem Jahre keine Neubauten aufzuführen wollen, auch die städtische Verwaltung will keine Bauarbeiten vorläufig vergeben. Zum Schluß wurden 8 Kollegen in den Verband aufgenommen und die nächsten Versammlungen auf Sonntag, den 28. Mai, nachmittags 4 Uhr, und Sonnabend, den 10. Juni, abends 8 Uhr, festgesetzt.

Samburg. Eine öffentliche Versammlung der Rutscher aller Branchen beschaffte sich kürzlich mit der geplanten Lohnbewegung. Der Bevollmächtigte referierte über „Unsere Forderungen an Staat, Polizeibehörden und Arbeitgeber“ in eingehender Weise. Redner wies auf die fortschreitende Vertiefung der Lebensmittel hin, die den Arbeiter doppelt treffe und die traurigsten Folgen zeitige. Die Versammelten würden darunter umso mehr leiden, als sowohl die vom Verbands veranlassete Enquete als auch die Erwerbungen des reichsstatistischen Amtes teilweise trübselige Mißstände im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe ans Licht gefördert hätten. Erfreulicherweise veranlassete ja die Regierung weitere Erhebungen, bei denen voraussichtlich die Organisationen befragt würden. Dagegen machte sich eine geradezu wütende Opposition der Unternehmer geltend. Namentlich tue sich der frühere Vorsitzende des Vereins der Rutscher, W. Müller, in Firma Müller & Pils, in Verleugnung seiner früher fortgesetzt betundenen Anschauungen hervor: Am 20. Januar d. J. schrieb der Mann zu den reichsstatistischen Erhebungen unter anderem folgendes: „An mehreren Tagen hätten die Rutscher gar nichts oder sehr wenig zu tun und gingen schon um 6 oder 7 Uhr nach Hause, könnten aber fast jeden Tag bedeutend früher im Hause sein, wenn sie nicht noch halbe oder ganze Stunden lang vor den Wirtschaften hielten.“ Ferner: „Die brennendste Frage ist heute die Arbeiterfrage. Es ist eine Schande, ansehen zu müssen, wie bald hier, bald da den Arbeitgebern seitens der Arbeitnehmer Forderungen abgefragt werden.“ Weiter: Jeder Arbeitgeber möge sich mit seinen Berufsgenossen eng verbinden zum gemeinschaftlichen Kampfe gegen die Feinde, die gegen ihn seien. Es müsse hier heißen: „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns.“ Als dann ein den Arbeitern wohlgefälliger Führer in einem Artikel gegen die vorfindlichen Ansichten dieses Herrn polemisierte, wurde derselbe von obenerwähntem Scharmacher in einem zweiten Artikel gehörig abgelangelt. Müller leistete sich in dem nachher folgenden Beleidigung der Rutscher: „Die Unzufriedenheit wird in den Fabriken vernein künstlich erzeugt und wird nicht beseitigt, selbst dann nicht, wenn die Arbeiter mit Honig besänftigt in Gold umgedreht werden und mit dem nach Hause gehen können, was an ihnen hängen bleibt.“ In demselben Artikel schrieb der Mann, daß 15 bis 16 Stunden tägliche Arbeitszeit für die Rutscher notwendig seien. Und am Schluß des Artikels heißt es: „Heute darf man sich nur im Kampfe etwas abringen lassen, jede freiwillige Wohltat, jedes freiwillige Zugeständnis dem Arbeitnehmer gegenüber wird von jener Seite nur als Schwäche aufgefaßt.“ Von dieser Art Arbeitgeber sei also eine gutwillige Verbesserung der Lage der Arbeiter nicht zu erwarten. Dazu komme, daß die Rutscher gegenüber den beherrschenden Mächten, wie allgemein bekannt, einen sehr schweren Stand hätten. Schuld an alledem trage bis zu einem gewissen Grade die Uneinigkeit, Mangelmüdigkeit und Unentschlossenheit der stark indifferenten Masse der Kollegen; darin ruhe die Stärke der Gegner. Das müsse in erster Linie anders werden, solle in absehbarer Zeit das Los der Versammelten sich glücklicher gestalten. — An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine lebhafteste Diskussion, die sich in dem vom Referenten geäußerten Anschauungen bewegte. Es wurde sodann einstimmig beschlossen, die Ortsverwaltung mit der weiteren Regelung der Sache zu betrauen. Sodann wurde ohne Widerspruch folgende Resolution angenommen:

„Die pp. Versammlung erklärt sich in jeder Beziehung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die amtlchen und durch den Transportarbeiter-Verband veranlasseten privaten Erhebungen, sowie die mündlichen Vernehmungen durch den Beirat für Arbeiterstatistik, haben eine solche Fülle von Mißständen und schweren Schäden, unter denen die Arbeitnehmer in den gewerblichen Betrieben usw. zu leiden haben, ergeben, daß eine gesetzliche Regelung ein unabwiesbares und dringendes Bedürfnis ist. Ferner werden die polizeilichen Strafverfügungen im sogenannten Interesse des Verkehrs sehr häufig so rigoros und willkürlich angewandt, daß die Betroffenen in empfindlicher Weise und oft völlig schuldlos an ihrem täglichen Einkommen gekürzt werden. Die Versammelten erwarten deshalb, daß die auf dem ersten allgemeinen Transportarbeiter-Kongress gestellten Forderungen seitens der gesetzgebenden Körperschaften baldigst verwirklicht werden. In Anbetracht der bevorstehenden Vertiefung aller Lebensmittel und Gebrauchsgüter erachten es die Versammelten im Interesse ihrer Existenz und der ihrer Familien für dringend geboten, an die Unternehmer heranzutreten, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Trotz der schmerzhaften Wunden eines großen Teiles der Arbeitnehmer erwarten die Versammelten dennoch, daß erstere sozialpolitische Einflüsse genug besitzen, um auf dem Wege friedlicher Verhandlung zu einer Verständigung mit den Arbeitern zu gelangen. Mit der Vorbereitung zu der Lohnbewegung betrauen die Versammelten die Ortsverwaltung, indem sie sich verpflichten, in tatkräftigster Weise dafür einzutreten, daß der Organisation die noch abseits stehende indifferente Masse der Berufscollegen so schnell wie möglich zugeführt wird.“

Gleichzeitig in Harburg und Wilhelmshafen stattgefundene Versammlungen endeten ebenfalls mit der Annahme dieser Resolution.

Blegitz. Endlich scheint es auch, als ob in Blegitz ein frischer Funke unter die Mitglieder unseres Verbandes gefallen wäre, dies zeigte so recht die am 11. April 1905 abgehaltene Monatsversammlung in unserem eigenen neuen Heim insofern, daß sich die Anwesenden durchweg lebhaft an der Diskussion der zur Tagesordnung stehenden Punkte beteiligten. Nachdem vom Kartelldelegierten über diesen Punkt berichtet worden war, gab der Kassierer die Abrechnung des letzten Quartals. Die Reserven konnten nur die muntere Führung und die Mithilfe der Kaffe bestärken, was seit Bestehen der hiesigen Zahlstelle wohl selten oder noch gar nicht der Fall gewesen ist. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Im Punkt Berichteten wurde zunächst bemängelt, daß der diesjährige Verbandstag auf einen so ungünstigen Zeitpunkt gelegt ist; diesen geeigneten Kräfte ist dadurch die Möglichkeit genommen, ihre Bezirke zu vertreten, dies auf eine günstigere Zeit festzusetzen, ist

die Sache des Verbandstages. Desgleichen wünschen die Mitglieder der hiesigen Zählstelle, daß dazu Stellung genommen wird: „Wie ist es möglich, die jüngeren Kollegen für uns zu gewinnen?“ Die Beantworter sind der Meinung, daß bis zum 18. Lebensjahr der weibliche Beitrag für sie festgesetzt wird. Für unsere Zukunft ist doch die Jugend die größte Hoffnung und danach mögen sich die Vertreter aller Orten richten. Nun hielt noch ein Kollege ein kurzes Referat über die Zustände am hiesigen Ort. Obwohl keine der hiesigen Firmen als gut bezeichnet werden kann, so kann es doch nicht unterlassen werden, die Firma „Reinrich Langner“ auch unter dem Namen „Barthalls Expeditionsgesellschaft“ im ganzen Deutschen Reich und über seine Grenzen bekannt. Inhaber sind drei Söhne der erst genannten Firma des Verstorbenen, welche die Gehörten als Referenthauptmann und Leutnants bezeichnen ins rechte Licht zu stellen. Daß die Käufer den enormen Lohn von 12 Mt. pro Woche verdienen und selbigen alle 14 Tage ausgezahlt bekommen und die Arbeiter gar den fälligen Lohn von 9.80 Mt., welcher alle Woche ausgezahlt wird nach Abzug des Krankens und Invaliditätsgeldes, dieses alles sind ja Sachen, worüber nicht genug gesprochen werden kann. Der Herr Leutnant Langner sagte gegen einen unserer Kollegen bei dessen Weggange: „Ich bekomme Leute zum Schweine füttern!“ Weiteres Kommentar hierzu erübrigt sich wohl. So klein nun auch noch die Mitgliederzahl der hiesigen Zählstelle ist, wird sie doppelt auf dem Posten sein müssen, um diesen menschenunwürdigen Zuständen ein Ende zu bereiten, daß dies geschehen soll, verpflichtet das kleine Häuflein, indem es fort und fort bemüht sein wird, Mitglieder zu werben für unseren Verband.

Magdeburg. Die zu Montag, den 17. April, einberufene öffentliche Versammlung der Hausdiener, Kutscher und kaufmännischen Arbeiter war von ca. 600 Personen besucht. Die Vertreter der genannten Berufe hatten den Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Unter den Anwesenden bemerkte man auch eine ganze Anzahl von Personen, die sicher als Beschäftigter einiger hiesiger Firmen im Handelsstande anzusehen waren. Sollten es Angehörige von Handelsherren gewesen sein, die bis jetzt die Organisationsbestrebungen der Arbeiter nicht anerkennen wollten, so werden sie bei Entgegennahme des Beschlusses über die gefällige Versammlung wohl andern Sinnes geworden sein.

Der Bevollmächtigte erstattete zunächst Bericht über die eingeleitete Lohnbewegung. Redner nahm Bezug auf die am 21. März b. S. abgehaltene Versammlung, in der der Vorstand beauftragt wurde, den in Frage kommenden Handelsherren die Forderungen der Arbeiter der genannten Berufe in Form einer Resolution zu unterbreiten. Dies ist geschehen, und nach den Wertungen zu urteilen, muß das Resultat wie ein Nilly aus helterem Himmel eingeschlagen haben. Als die nächste Veranstaltung sei die beurlaubte „Kaiserhof“-Versammlung anzusehen, in der der Angestellte des Verbandes selbständiger Kaufleute, Herr Dr. Möbius, es fertig brachte, die Forderungen der Handelskassensarbeiter als übermäßig zu bezeichnen.

Redner verliest nun eine Anzahl von Antworten, die von Firmeneinhabern an den Vorstand des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter geschickt worden sind. Viele davon klingen sehr lobend über den Vorstand der Arbeiter, die mitteilen, daß sie die gestellten Forderungen nicht nur bewilligt haben, sondern zum Teil noch darüber hinausgegangen waren.

Große Heiterkeit erregte die Verlesung der Briefe, worin die Arbeitgeber jedes Eingehen auf die gestellten Forderungen der Arbeiter strikte ablehnen.

Nach einer Würdigung der Handlungsweise derjenigen Firmen, die überhaupt nicht geantwortet haben, ging Referent dazu über, das Referat des Herrn Dr. Möbius zu zerstückeln. Zug um Zug war der Referent in der Lage, die allerdings nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Meinungen des gelehrten Herrn unter dem lauten Beifall der Anwesenden zu widerlegen. Da eine große Anzahl von Firmen die Forderungen bereits bewilligt haben, hofft Redner, daß auch die übrigen, ohne es zum äußersten kommen zu lassen, einlenken werden. Sollten die noch ausstehenden Firmen binnen acht Tagen ihr im „Kaiserhof“ gegebenes Versprechen nicht einlösen, dann werden die weiteren Schritte in einberufenden Branchenversammlungen beraten eventuell beschlossen werden. Mit der Aufforderung, daß die Anwesenden mit ganzer Kraft für die gestellten Forderungen einzutreten hätten, schloß Redner seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Nach einer Pause, in der sich eine ganze Anzahl neuer Mitglieder eingetragen ließen, wurde zunächst konstatiert, daß der eingeladene Dr. Möbius nicht erschienen war.

Der Arbeitersekretär Genosse Holzappel nahm hierauf das Wort und wies die Verdächtigungen, die Herr Möbius gegen die Arbeitersekretariate ausgesprochen hatte, energisch zurück. Nach einer kurzen aber faßlichen Diskussion und einem kräftigen Schlusswort des Kollegen Wenner wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 17. April im „Dreifaltigkeits“-tagende öffentliche Versammlung der Hausdiener, Kutscher und Arbeiter in den kaufmännischen Geschäften hielt die am 21. März 1905 gefasste Resolution betreffend die Neuordnung der Arbeitszeit, Löhne, Bezahlung usw. der Handelskassensarbeiter Magdeburgs in allen Punkten aufrecht und verpflichtet für die Durchführung dieser Resolution mit allen Mitteln zu wirken.“

Sie erklärt in den in Vorlesung gebrachten Lohnsätzen die Grenze dessen, was zur Erhaltung der Arbeitskraft der Arbeiter und der Ernährung ihrer Familien notwendig ist.

Da der Beschluss der Handelsherren in ihrer letzten Versammlung dahin ging, erst nach Ablauf von 14 Tagen Lohnverhandlungen freiwillig zu bewilligen, so erklärte die Versammlung, diese Frist abzuwarten, um den

Handelsherren Gelegenheit zu geben, ihr Versprechen einlösen zu können. Alle weiteren Beschlüsse bei etwaiger Nichtbewilligung behält sich die Versammlung vor.

Referat über die Versammlung auf der Zählstelle, daß die Magdeburger Handelsherren die Organisation der Handelskassensarbeiter, den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, nicht als die Vertreterin der wirtschaftlichen Interessen der Handelskassensarbeiter anerkennen will. Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter ist gegründet, um die wirtschaftlichen Interessen der Handelskassensarbeiter wahrzunehmen. Die Handelsherren besitzen in der Handelskammer eine Einrichtung, die ihre wirtschaftlichen Interessen wahrnimmt. Auch der Verein selbständiger Kaufleute verfolgt nur den Zweck, seinen Mitgliedern in wirtschaftlichen Fragen den nötigen Schutz zu gewähren. Bedürfen schon die reichen Handelsherren der Organisationen zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen, um wieviel mehr bedürfen sie nicht die Arbeiter! Die Versammlung beantragt, daß die Handelsherren Rechte, von denen sie selbst den ausgiebigsten Gebrauch machen, ihren Arbeitern nicht gewähren wollen; sie erwartet, daß den Handelskassensarbeitern und deren Organisation dieselben Rechte eingeräumt werden, die die Handelsherren für sich und ihre Organisation in Anspruch nehmen.“

Mit einem dreifachen donnernden Hoch auf den Zentralverband wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Nürnberg. Mitgliederversammlung am Sonntag, den 9. April 1905, nachmittags. Kollege Maar eröffnet die Versammlung mit der Mitteilung, daß der Kollege Nürnberg aus Berlin als Vertreter des Zentralverbandes anwesend ist und mit Einverständnis der Versammlung die Leitung derselben übernehme. Dergleichen erhob sich kein Widerspruch.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung erteilte Kollege Nürnberg dem Kollegen Ferich das Wort.

Ferich führte an, daß er, wie bereits den Kollegen ziemlich bekannt ist, seine Stellung als Gauleiter gekündigt hat, da ihm diese Stelle keine seiner letzten Familie entsprechende, einträgliche sei. Er sei deshalb auf der Suche nach einer neuen Stellung und aus diesem Grunde auch geneigt, den Posten als 1. Bevollmächtigter niederzulegen. Er ermahnt dann noch die Kollegen, auch fernerhin, ohne Rücksicht auf den momentanen Wechsel der Personen in der Leitung, dem Verbande treu zu bleiben und rege für denselben zu arbeiten.

Es wird dann sogleich zur Wahl eines 1. Bevollmächtigten geschritten. In Vororschlag kommt Kollege Maar. Der Antrag des Koll. Märkel, dem Koll. Nürnberg einzuweisen die Funktion des 1. Bevollmächtigten zu übertragen, wird abgelehnt. Der Affirmation wird einstimmig Kollege Maar als solcher gewählt.

Die Wahl des 2. Bevollmächtigten, welches bis dato Kollege Maar gewesen ist, erfolgt mittels Stimmzetteln. In Vororschlag werden gebracht die Kollegen Dehler, Schreyer und Pfanz. Koll. Dehler erhielt 87 Stimmen und ist somit mit großer Majorität gewählt.

Koll. Nürnberg weist nun darauf hin, daß bereits das Verbandsbureau bezogen sei und unter Nr. 2489 an das Telefonnetz angeschlossen ist; es hat sich nunmehr jeder der Kollegen bei allen Angelegenheiten dorthin zu wenden. Die Adresse ist Neugasse 44; die Bureauzeit ist von 9-1 und von 3-7 Uhr festgesetzt.

Die Abstimmung darüber, ob die Bibliothek sich von nun an im Vereinslokal oder im Bureau befinden soll, ergab, daß dieselbe in das Bureau zu verlegen sei.

Nachdem noch von verschiedenen Kollegen darauf hingewiesen wird, ja recht die Arbeiterpresse in Anspruch zu nehmen, bezw. zu abonnieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Witten i. Th. In der Versammlung am Sonntag, den 26. April, wurde vorerst Kollege Günther als Kassierer gewählt. Sodann hielt der Gauleiter einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Entwicklung der Organisation. Es fand jedoch eine Besprechung der bei der Firma Gruner bestehenden Mißstände statt und soll diesbezüglich eine öffentliche Versammlung einberufen werden. Desgleichen soll auf Abschaffung der Lohnzahlung am Sonntag gedrungen werden. Vier neue Mitglieder traten dem Verbande bei.

Zetorow. Die gefährliche Tagesordnung. Am 8. April sollte hierseits eine von der Zählstelle des Transportarbeiter-Verbandes einberufene öffentliche Gewerkschaftsversammlung stattfinden, in der Kollege Stellinghagen einen Vortrag über das Thema: „Wann der Arbeiter, aufgewacht!“ halten wollte. Doch der Mensch denkt und der Bürgermeister von Zetorow lenkt. Bereits am Nachmittag war dem Kartellvorstand, sowie der Wirtin, in deren Lokal die Versammlung stattfinden sollte, durch einen Polizisten die Mitteilung gemacht worden, daß die Versammlung nicht abgehalten werden dürfe. Da der Kartellvorstand mit der Sache absolut nichts zu tun hatte, so kümmerte er sich nicht weiter um diese Mitteilung. Als nun am Abend die Versammlung, die sehr gut besucht war, eröffnet werden sollte, erschienen sämtliche drei Zetorower Älter der Ordnung im Lokal und erklärten der Wirtin, sie dürfe die Abhaltung der Versammlung nicht dulden. Die Wirtin erschien denn auch im Saal und verständete den ihr gewordenen Auftrag, ihr auf dem Fuße folgten die drei Polizisten, die dem Einberufer und dem Referenten gleichfalls mitteilen, die Versammlung sei aufgehoben. Selbstredend verlangten die Herren einen schriftlichen Befehl. Ihr diesbezügliches Verlangen, sowie die Stellung der Frage nach dem Grunde dieser Maßnahme wurde jedoch mit einem nichtigenden Abschlusssatz beantwortet. Da alle weiteren Auseinandersetzungen nichts fruchteten, erklärte Stellinghagen, daß nunmehr eine geschlossene Mitgliederversammlung der Zählstelle stattfinden würde. Er forderte jeden, der sich nicht durch sein Mitgliedsbuch legitimieren könne, auf, den Saal zu verlassen. Doch auch hier erhoben die Beamten

Widerspruch und erklärten jede Versammlung, Sitzung etc. für aufgelöst. Da ein Protest gegen diese unfreie Meinung nach selbst in Wirtinlokale nicht statthaft war, Meinung nichts half, begaben sich Stellinghagen und der Einberufer in Gemeinschaft eines Polizisten zum Bürgermeister, um sofort mit ihm Rücksprache zu nehmen. Derselbe war jedoch angeblich in einer Krankentafelversammlung beschäftigt und ließ sich persönlich nicht sprechen; wohl aber ließ er durch den Polizisten erklären, daß keinerlei Versammlungen oder Sitzungen stattfinden dürften. Den Grund ließ der Bürgermeister aber auch sehr nicht mitteilen. Darauf begab sich Stellinghagen am Sonntag vormittag zum Bürgermeister und mußte hier erfahren, daß das — Thema es letzterem angetan hatte. Er meinte, daselbst sei nach seiner Annahme geeignet gewesen, aufreizen zu wirken. Auch könnte man glauben, daselbst beruhe ein politischer Vortrag in sich. Er erteilte dann Stellinghagen den Rat, doch vorher schriftlich bei ihm anzufragen, ob er, der Bürgermeister, gegen das Thema etwas einzuwenden hätte. Er gab auf eine diesbezügliche Bemerkung Stellinghagen, daß in solches Verlangen allerdings gesetzlich nicht begründet sei. Mit dem Bemerkten, daß er dem Ausgang der von Stellinghagen angeforderten Besprechung an das Ministerium ruhig entgegenstehe, war die Audienz für ihn beendet. Man ersieht hieraus wieder einmal, wie reaktionär im gelobten Lande Mecklenburg das Vereins- und Versammlungsrecht gehandhabt wird. Die Hauptsache aber ist: Der beschuldigte Zweck der behördlichen Maßregel ist nicht erreicht worden, vielmehr liegen sich eine Reihe Kollegen in den Verband aufnehmen.

Die dem Verbande noch fernstehenden Kollegen (ungerne Arbeiter etc.) aber erluchen wir, dem Herrn Bürgermeister ob seines an ruffische Zustände erinnernden Verhaltens insofern die richtige Antwort zu erteilen, als sie in der demnachst bei Buhr, Schulstraße, stattfindenden öffentlichen Gewerkschaftsversammlung recht zahlreich erscheinen. In dieser Versammlung wird Koll. Stellinghagen wiederum das Referat übernehmen, er wird sich aber ein Thema wählen, das selbst dem Bürgermeister von Zetorow gefällt.

Witten a. d. R. Sonntag, den 9. April, tagte im Lokale des Herrn Köster eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: Die Preisbrüderlei im Fuhrwerke und die Löhne der in diesem Gewerbe Beschäftigten Personen. Als Referent war Koll. Dr. Varnen erschienen. Redner legte den Anwesenden dar, wie die Unternehmer Schmutzkonkurrenz unter sich treiben und wie traurig die Kollegen behandelt und bezahlet werden. Anstatt daß die Unternehmer unter sich eine Vereinigung schaffen und die Preise festsetzen, treiben sie Preisbrüderlei und leicht erklärlich ist es doch, daß gerade diejenigen, die die Arbeit am billigsten übernehmen, ihre Leute am aller schlechtesten bezahlen. Reizend Beifall erteilte Redner für seine Ausführungen.

Koll. Schaub geistelte sodann das Koll. und Logiswesen in den Fuhrwerksbetrieben, namentlich die traurigen Schicksale. Ist es doch bei der Firma König vorgekommen, daß sich ein Kollege Ungeziefer geholt hat. Diese Zustände gehören ins Mittelalter, keineswegs mehr in das zwanzigste Jahrhundert. Redner fordert am Schluß seiner Ausführungen zur Organisation auf.

Nachdem noch einige Klagen vorgebracht waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Witten. Die Sonntag, den 9. April, im Lindengarten abgehaltene Versammlung der unsern Verbande angehörigen Berufs Kollegen hatte sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen; ca. 70 Kollegen waren erschienen und hörten mit gespanntem Interesse den Ausführungen unseres Gauleiters zu.

In sehr treffenden Worten schilderte er die Ausbeutung der Kutscher, die Sonntagsarbeiten, d. B. Elkart fahren, Straßenkehren während des Gottesdienstes. Es wurden hier verschiedene Firmen genannt, die auf diese Art sehr reformbedürftig sind. Allen voran immer die Firma Richter, dann Karl Großer, Neugere Weberstraße, wo die Kutscher am 9. April während der Kirchzeit mit Karre, Schaufel und Besen die Weberstraße reinigen mußten. Auch brachte Referent laut einer Anzeige vom vorigen Jahre die Antwort der Zittauer Polizeiverwaltung mit zu Gehör, wo sich der Vetter, Herr Richter, damit entschuldigt hatte, wenn sich die Leute besser bezahlen würden, könnten sie auch vor der Kirchzeit fertig werden. Im weiteren schildert er die Stadt Wittenfeld mit ca. 80.000 Mt. Strafgebern. Dann gibt er als Beispiel die Müllkutter von Berlin an, die durch festes Zusammenhalten immer wieder bessere Löhne erringen haben, also immer den Wahlpruch huldigen, Einigkeit macht stark. Ferner legte Referent den Kollegen die Paragraphen der Statuten in Unterstufungssachen klar, denn wie leicht ein Arbeiter drobblos werden kann, wiewohl jeder selber am besten, dann ist es auch schön, wenn er ein paar Märchen aus der Verbandskasse erhält. Im Laufe der Debatte erläuterte noch Kollege Scholz verschiedene von Straßengehen und von Firmen, die Schulungen als Kutscher angestellt hatten.

Darauf mahnte der Referent mit einem Appell an alle im Transportgewerbe Beschäftigten sich der Organisation anzuschließen, da nur dadurch die wirtschaftliche Lage gehoben und verbessert werden kann. Wie sehr der Referent den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte, zeigte der überaus reiche Beifall, der ihm gezollt wurde. Nach ein paar kurzen ermahrenden Worten des Einberufers, das Gebörte auch in die Tat umzusetzen und sich der Organisation anzuschließen, worauf sich auch 10 neue zum Verband anmeldeten, wurde die Versammlung geschlossen.

Briefkasten.

Potsdam, W. Die Bekanntmachung einer Geschäftsperre im „Courier“ erfolgt erst dann, wenn diese seitens des Zentralverbandes genehmigt ist.

Verantw. Redakteur u. Verleger: A. Bräse, Rummelsburg. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Louise-Ufer 11.